



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Martin Malek

Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin

Ausgewählte Aspekte

3/2009

Wien, März 2009

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für
Landesverteidigung und Sport
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Landesverteidigungsakademie
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Bgdr Dr. Walter Feichtinger
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Erscheinungsjahr:

März 2009

Druck:

Reprozentrum Wien
1070 Wien, Stiftgasse 2a

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Innenpolitik als Voraussetzung der Außenpolitik Russlands	7
I.1. Elemente der „gelenkten Demokratie“	7
I.2. Imitation im politischen System	8
I.3. Medien	11
I.4. Der Zustand der Demokratie	12
I.5. Russland als Großmacht und der „patriotische Konsens“	12
I.6. Bedrohungsperzeptionen	14
II. Für Außen- und Sicherheitspolitik relevante Amtsträger und Behörden Russlands	17
II.1. Präsident	17
II.2. Regierung	18
II.3. Außenministerium	20
II.4. Ministerium für Angelegenheiten der GUS	22
II.5. Verteidigungsministerium	22
II.6. Sicherheitsrat	23
II.7. Geheimdienste	25
II.8. Föderalversammlung (Parlament)	26
III. Ausgewählte Grunddokumente der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands	31
III.1. „Konzeption der nationalen Sicherheit“	31
III.2. Militärdoktrin	32
III.3. Die „Konzeption für Außenpolitik“ in der Fassung von 2000	34
III.4. „Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte“	36
IV. Die Renaissance der Geopolitik im postsowjetischen Russland	37
IV.1. Allgemeines	37
IV.2. Der Hintergrund der postsowjetischen russischen Geopolitik: Das Verhältnis zu den USA	45
IV.3. Dugins Neoeurasismus als geopolitische Strömung	48
IV.4. Aktuelle russische geopolitische Konzepte	50

IV.4.1. Die „multipolare Welt“	50
IV.4.2. Das „Dreieck“ Russland – China – Indien	53
V. Ausgewählte geopolitische Initiativen und Vorgänge	59
V.1. Zur Politik Russlands in der GUS	59
V.1.1. Allgemeines	59
V.1.2. Das „nahe“ und das „ferne“ Ausland	61
V.1.3. Die „Strategie der zwei Grenzen“	61
V.1.4. Vom Vks zur OVks	63
V.1.5. Der Einheitliche Wirtschaftsraum von vier Staaten	66
V.1.6. Die „Union“ Russland – Belarus	67
V.1.7. Exkurs: Die GUAM bzw. GUUAM	68
V.1.8. Befürchtungen der Moskauer GUS-Politik	69
V.2. Das Kaliningrad-Problem (2002): „Technik“ oder Geopolitik?	70
V.3. Die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)	71
V.4. Russische Ansprüche im Nordpolargebiet	76
V.5. Russische Debatten um Alaska	77
V.6. Der Export von Energieträgern als Instrument russischer Geopolitik	78
V.6.1. Erdöl- und Erdgasvorräte	78
V.6.2. Eine „Gas-OPEC“?	79
V.6.3. Vom „Rohstoff-Anhängsel“ zur „Energiegroßmacht“	80
V.7. Der Iran in russischen geopolitischen Szenarien	86
VI. Die Rolle der Kernwaffen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands	89
VI.1. Atomwaffen als politisches und militärisches Instrument	89
VI.2. Atomstrategische Abrüstung	90
VI.3. Die Zukunft der strategischen Nuklearkräfte Russlands	91
Abkürzungsverzeichnis	95

Vorwort

Russland ist nicht erst seit dem Georgien-Krieg im August 2008 wieder in den globalen sicherheitspolitischen Fokus geraten. Schon seit Jahren verweisen zahlreiche Analytiker angesichts wiederholter Unterbrechungen der Energieversorgung Europas darauf, dass Gas und Öl als strategische Waffen eingesetzt werden, um Russlands Position im internationalen Konzert der Mächte zu stärken. Manche Beobachter rätseln dabei, wie sich die neue innenpolitische Achse zwischen dem vormaligen Präsidenten und nunmehrigen Ministerpräsidenten Wladimir Putin und seinem Nachfolger Dmitrij Medwedew in der politischen Realität darstellen wird. So dürfte während des Georgien-Kriegs Ministerpräsident Putin das Geschehen in hohem Maße bestimmt haben.

Die Frage der realen Machtverteilung tritt aber angesichts der vorherrschenden außen- und sicherheitspolitischen Grundausrichtung Moskaus eher in den Hintergrund. Anhand der in der Verfassung und sonstigen Dokumenten den einzelnen Organen zugeordneten Kompetenzen kann sich der geschätzte Leserkreis zwar selbst ein Bild davon machen, wie weit die Realität den gesetzlichen Vorgaben entspricht; bedeutender scheint aber zu sein, auf welchem politisch-ideologischen Fundament die gesetzlichen Grundlagen und Konzepte der Russischen Föderation ruhen. Durch eine Analyse von Basisdokumenten zeigt Martin Malek in diesem Band auf, dass die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Orientierung noch immer vom westlichen Feind – allen voran den USA – ausgeht, der primär aufgrund seiner liberalen Werte- und Demokratieorientierung als Bedrohung eingestuft wird. Deshalb soll gemeinsam mit anderen Mächten wie China und Indien ein Gegengewicht zu den USA aufgebaut werden. Nun kann einiges davon als politische Rhetorik abgetan werden, die primär der Beruhigung und Überzeugung der russischen Bevölkerung dienen soll. Dennoch ist es erstaunlich nachzulesen, wie sehr sich dieses Bild verfestigt hat und wie geopolitisches Denken in Kategorien des Kalten Krieges und der ehemaligen Sowjetunion unverändert dominiert. Im Lichte der dargestellten Dokumente wird auch klar, warum Russland seit 2008 eine

neue Sicherheitsarchitektur propagiert – es geht schlicht um die Abkoppelung Europas von den USA.

Obwohl in den Dokumenten die Stärke Russlands und seine besondere Rolle in der Welt nachgerade beschworen werden, entsteht dennoch der Eindruck, dass dieses Russland auch schwach ist. Daran wird auch der angeführte patriotische Konsens nichts ändern.

Der Leiter IFK

Walter Feichtinger

I. Innenpolitik als Voraussetzung der Außenpolitik Russlands

I.1. Elemente der „gelenkten Demokratie“

Die wichtigsten Elemente des „Systems Putin“ bzw. der vom Kreml im Land etablierten „gelenkten Demokratie“ sind: straffe Zentralisierung, eine Aushöhlung der Autonomie der Regionen (die in den 1990er Jahren eine teilweise recht eigenständige Rolle mit Einfluss auch auf föderaler Ebene gespielt hatten), staatlich verordneter Patriotismus, Anzeichen für die Entstehung einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland (so erfreut sich die Parole „Russland den Russen“ steigender Beliebtheit), Wahlen mit vorbestimmtem Ausgang, Kontrolle des Kremls über die meisten landesweit sendenden elektronischen Medien (und sämtliche Fernsehkanäle) und viele Printmedien, eine politisierte und am Gängelband der Exekutive hängende Justiz (bis hin zum Verfassungsgericht), eine Ausweitung des Einflusses des Staates (d. h. des Kremls) in der Wirtschaft und eine Militarisierung der politischen Elite: Nach Berechnungen der Elitenforscherin Olga Kryschtanowskaja vom Institut für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften von 2006 waren 78% der 1.028 wichtigsten Politiker und Funktionäre des Landes irgendwann mit dem sowjetischen KGB und/oder postsowjetischen russischen Diensten verbunden.¹ Die „gelenkte Demokratie“ beruht auf einer starken Zentralmacht bzw. der so genannten „Präsidentenvertikale“, deren Herzstück die Administration des Präsidenten der Russländischen Föderation in Moskau ist. Es handelt sich dabei um eine „Kommandokette“ des Kremls, in die sich alle wichtigen Organe in Staat und Gesellschaft – darunter insbesondere Regierung, Parlament, Justiz sowie wichtige Parteien, Verbände und Medien – einzuordnen haben. Es ist fraglich, ob dieses System mit der von der russischen Verfassung festgelegten horizontalen und vertikalen

¹ Finn, Peter: In Russia, A Secretive Force Widens. Putin Led Regrouping Of Security Services. In: Washington Post, 12.12.2006, <<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/12/11/AR2006121101434.html>>, abgerufen am 7.6.2008.

Gewaltenteilung vereinbar ist.² Lew Gudkov, einer der bekanntesten Soziologen Russlands und Chef des angesehenen Moskauer Meinungsforschungsinstituts Levada-Zentrum, meinte gegen Ende der zweiten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin, dass die de facto-Konzentration der gesamten Macht im Staat in der Präsidentialadministration verfassungswidrig sei; sie „ersetzt faktisch die Regierung“.³

Putin, zwischen Ende 1999 und Mai 2008 Präsident und seither (wie schon wenige Monate Ende 1999) Ministerpräsident, ist nicht *trotz*, sondern gerade *wegen* dieser Realverfassung in der politischen Elite und in der Bevölkerung populär. Der Mainstream der Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien, Meinungsumfragen usw. lassen keinen Zweifel daran, dass ein „westliches Modell“ (– was immer man darunter konkret auch verstehen mag) für Russland ganz überwiegend abgelehnt wird. Das „System Putin“ mit seinen autoritären Zügen nach innen und Weltmachtansprüchen nach außen stößt auf sehr viel mehr Zustimmung als die Präsidentschaft des „Demokraten“ Boris Jelzin, der 1991 bis 1999 amtierte.

I.2. Imitation im politischen System

Manche russische und ausländische politische Beobachter bescheinigen dem politischen System Russlands, auch und gerade auf Imitation – einer Bürgergesellschaft, einer Mehrparteiendemokratie und auch von Wahlen – zu beruhen.⁴

² Vgl. Mommsen, Margareta: Putins „gelenkte Demokratie“: „Vertikale der Macht“ statt Gewaltenteilung. In: Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriela (Hrsg.): Russland heute: Rezentralisierung des Staates unter Putin. Wiesbaden 2007, S. 235-254.

³ Gudkov, Lev: Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland. In: Osteuropa, 1/2008, S. 3-16, hier S. 9.

⁴ Vgl. Furman, Dmitrij: Apologija imitacii. Demokratičeskaja forma, daže mnimaja, važnee i sil'nee soderžanija (Die Apologie der Imitation. Eine wenn auch scheinbar demokratische Form ist wichtiger und stärker als der Inhalt). In: Nezavizimaja gazeta, 6.4.2007, <http://www.ng.ru/ideas/2007-04-06/11_apology.html>, abgerufen am 7.6.2008; Wilhelm, Sergej: Rainer Lindner: „Mehrparteiensystem in Russland konstruiert“ (Interview). Deutsche Welle (Fokus Ost-Südost), 15.3.2007, <<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2386011,00.html>>, abgerufen am 7.6.2008.

1) Die *Bürgergesellschaft* wird u. a. durch die Schaffung einer so genannten „Bürgerkammer“ imitiert. Es handelt sich dabei um ein beratendes Gremium, in dem Fachleute, aber auch bekannte Schlagersänger etc. vertreten sind. Teil der Inszenierung einer Zivilgesellschaft sind auch die vom Kreml bzw. von ihm nahe stehenden Parteien gebildeten, unterstützten und mit „Aufträgen“ versorgten Jugendorganisationen „Junges Russland“, „Zusammen gehen“ und „Unsere“ („Naschi“). Gleichzeitig wird unabhängigen NGOs – und v. a. jenen, die sich um Menschen- und Bürgerrechte, Vergangenheitsbewältigung und/oder Demokratisierung kümmern – das Leben so schwer wie möglich gemacht: Sie sind dem Pauschalvorwurf ausgesetzt, zu spionieren, ausländischen Mächten oder gar Terroristen zuzuarbeiten, die Regierung stürzen zu wollen etc.

2) *Mehrparteiendemokratie*: Nach den Wahlen vom 2. Dezember 2007 sind folgende Parteien in der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) vertreten: „Einheitliches Russland“, „Gerechtes Russland“, die ultranationalistische „Liberal-demokratische Partei Russlands“ (LDPR) des auch in Westeuropa bekannten Exzentrikers Wladimir Schirinowskij und die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF). Die ersten beiden wurden überhaupt vom Kreml gegründet, die LDPR verfolgt seit Jelzins Zeiten einen Pro-Kreml-Kurs, und die KPRF kritisiert den Kreml nicht von demokratischen, sondern von sowjetischen Standpunkten aus: Die Wirtschaft sei (immer noch) zu wenig unter Staatseinfluss bzw. unzureichend an der Planwirtschaft orientiert, die Außenpolitik sei (gegenüber dem „Westen“) zu nachgiebig und zu wenig auf einen Großmachtstatus Russlands bedacht, die Militärausgaben seien zu niedrig usw.; zudem hat die Partei die Wiederherstellung der Sowjetunion in ihrem Programm. Kreml-kritische demokratische Parteien wie „Jabloko“ und die „Union der rechten Kräfte“ zogen 2003 nicht mehr in die Staatsduma ein – sehr wahrscheinlich aufgrund von Wahlmanipulationen der Behörden, die sie dort nicht einmal in Gestalt der bis dahin vorhandenen Kleinfaktionen haben wollten. Das hinderte aber insbesondere Vertreter der „Union der rechten Kräfte“ (und v. a. Ex-Premier Sergej Kirijenko und Ex-Vizepremier Anatolij Tschubajs) nicht, unter Putin hohe Posten zu bekleiden.

3) *Wahlen*: Bei den Staatsdumawahlen von 2003 hatte das „Einheitliche Russland“ mit 37% der Stimmen über 300 Sitze – und damit die Verfassungsmehrheit – erzielt. Das war auf der Grundlage eines Wahlrechts zustande gekommen, bei dem je 225 Sitze auf Parteilisten und in so genannten Einerwahlkreisen, wo auch Unabhängige, Unbequeme und Individualisten mitunter mit Erfolg kandidierten, gewählt worden waren.

Nach einem Geiseldrama in der südrussischen Stadt Beslan Anfang September 2004 verschärfte Putin unter Hinweis auf eine „Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus“ den autoritären Kurs. Er meinte wörtlich: „Ich bin noch der Liberalste in der politischen Führung. Die anderen wollen gar keine Wahlen.“⁵ Mit Anfang 2005 wurden die Volkswahlen der Oberhäupter der Exekutive der „Subjekte“ (= Provinzen) abgeschafft; sie werden seither vom Präsidenten Russlands ernannt und von den regionalen Parlamenten nur noch bestätigt. Zudem änderte der Kreml auch das Wahlrecht für die Staatsduma: Die Abschaffung der Einerwahlkreise bedeutete, dass niemand mehr ohne Parteibindung kandidieren kann. Gleichzeitig „musste“ aber das „Einheitliche Russland“ bei den Wahlen 2007 in etwa zwei Drittel der Stimmen erzielen, um auch wieder die Verfassungsmehrheit zu erringen. Genau das trat dann am 2. Dezember 2007 (wenig überraschend) auch ein: Die Partei gewann 64,24% der Stimmen. Praktisch alle ernstzunehmenden Beobachter äußerten sich skeptisch über die Fairness der Wahlen und ihre Ergebnisse, doch davon zeigten sich die Behörden gänzlich unbeeindruckt. Besonders unglaublich fiel das Resultat in Tschetschenien aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 99,5% sollen 99,36% für das „Einheitliche Russland“ gestimmt haben. Das war die höchste Zustimmung im ganzen Land, doch hatte Putins Statthalter vor Ort und Mitglied des „Obersten Rates“ (einer Art Vorstand) dieser Partei, Ramzan Kadyrow, zuvor eigentlich 100% versprochen.

Grundsätzlich stellt sich allerdings die Frage, wie wichtig die Vorkommnisse in und um die Staatsduma noch sind, wenn zutreffen sollte,

⁵ Zitiert nach: Klusmann, Uwe/Mayr, Walter: Gefangener des Kaukasus. In: Der Spiegel, 38/2004, <[http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=32134679 &top=SPIEGEL](http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=32134679&top=SPIEGEL)>, abgerufen am 20.6.2008.

was ihr Vorsitzender (und Chef des „Obersten Rates“ des „Einheitlichen Russlands“), der Putin-Vertraute Boris Gryslow, wörtlich meinte: „Das Parlament ist kein Ort für Diskussionen.“⁶

I.3. Medien

Die Medienfreiheit ist offenkundig ein wichtiger Indikator für den Zustand einer Demokratie. Unter Putin schaltete der Kreml die meisten überregional bedeutenden Medien – und v. a. das Fernsehen, das für viele Bürger die einzige oder hauptsächliche Informationsquelle ist – gleich. Die Medien erfüllen nun wieder jene Mission, die ihnen bereits in der Sowjetzeit zukam – nämlich Erklärung, Verteidigung und Rechtfertigung der Politik des Kremls. Von einer möglichst unabhängigen „vierten Gewalt“, welche die drei staatlichen Gewalten demokratisch kontrolliert, ist kaum noch die Rede. Eine unabhängige-kritische Presse kann sich am ehesten im Printbereich halten, doch ist sie oft Schikanen der Behörden oder „Konkurrenten“ ausgesetzt. Zudem ist ihr Verbreitungsgrad gering (so sind sie außerhalb der großen Städte nicht oder nur schwer erhältlich). Zahlreiche „unbequeme“ Journalisten wurden ermordet; Anna Politkowskaja von der Moskauer „Novaja gazeta“ („Neue Zeitung“) ist wohl das international bekannteste Beispiel.

Diese Vorgänge wirken sich zwangsläufig auf den Platz Russlands in internationalen Rankings aus. Im „Worldwide Press Freedom Index“ der bekannten NGO „Reporter ohne Grenzen“ lag es 2007 von 169 erfassten Ländern auf dem 144. Rang (Island und Norwegen – 1., Österreich – 16., Eritrea – 169.).⁷

⁶ Zitiert nach: Vse po mestam (Alle auf die Plätze). Polit.ru, 13.4.2007, <http://www.polit.ru/event/2007/04/13/gryzly_bear.html>, abgerufen am 20.6.2008.

⁷ Reporters Without Borders: Worldwide Press Freedom Index 2007, <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025>, abgerufen am 7.6.2008.

I.4. Der Zustand der Demokratie

Gudkow sieht kaum Voraussetzungen für die Entwicklung der Demokratie in seinem Land: „Die meisten haben kaum eine Vorstellung davon, was eine Demokratie ist, denn sie haben nie in der Demokratie gelebt. Mehr noch: Die populistische konservative Demagogie der 1990er Jahre seitens der Kommunisten und später seitens der „Partei der Macht“ (gemeint: das „Einheitliche Russland“, M.M.) hinsichtlich der Reform-Politik und der demokratischen Parteien hat dazu geführt, dass die Prinzipien und Modelle der Demokratie in Verruf geraten sind. Je nach Bildungsniveau und Informationsgrad verstehen die Russen unter Demokratie das Recht, die Macht zu kritisieren, Reisefreiheit oder sogar Chaos, Zerfall, leere Versprechen und Demagogie.“ Es sei kaum bekannt, dass „Demokratie eine Staatsordnung ist, die auf Gewaltentrennung und auf freier Konkurrenz der politischen Parteien basiert. ... Nur 10 bis 12 Prozent der Bevölkerung sind mit den Grundlagen der Demokratie wirklich vertraut.“⁸

I.5. Russland als Großmacht und der „patriotische Konsens“

Boris Meissner definierte für die erste Zeit nach dem Zerfall der UdSSR zwei unterschiedliche Linien in der russischen Außenpolitik: Der offiziellen, v. a. von Außenminister Andrej Kossyrew vertretenen „atlantischen“, grundsätzlich „prowestlichen“ Richtung sei ein Kurs der nationalistischen und kommunistischen Opposition (die die russische Legislative – d. h. 1992/93 den Volksdeputiertenkongress und den Obersten Sowjet Russlands und 1994 bis 1999 die Staatsduma – dominierte) mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Ablehnung einer Zusammenarbeit mit „dem Westen“ und der Betonung eines russischen „Sonderweges“ gegenübergestanden.⁹ Präsident Jelzin und seine Regierung

⁸ Zitiert nach: Morosow, Sergej: „Die wenigsten Russen verstehen, was Demokratie ist“ (Interview). Deutsche Welle, 2.12.2007, <<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2974022,00.html>>, abgerufen am 5.12.2007.

⁹ Meissner, Boris: Die zwei Grundlinien der Außenpolitik Rußlands. In: Österreichische Osthefte, 1/1994, S. 5-36, hier S. 5ff.

näherten sich den Prämissen ihrer oppositionellen Kritiker an und übernahmen sie schließlich weitgehend. Der bekannte russische Politologe Sergej Karaganow konstatierte bereits 1993 einen „entstehenden politischen Konsens in der politischen Klasse Rußlands“.¹⁰ Dieser Prozess lief zunächst ohne Austausch der handelnden Personen ab. Ergebnis der Integration der Grundauffassungen in der politischen Elite des Landes war um die Mitte der 1990er Jahre ein „außenpolitischer Konsens“ (Olga Alexandrova¹¹) als Teil eines „patriotischen Konsenses“ (Gerhard Simon¹²), der sämtliche politisch relevanten Kräfte – die zunehmend schwachen „Demokraten“, die dem Kreml nahe stehenden Parteien und Fraktionen in der Staatsduma sowie die einflussreichen Nationalisten und Kommunisten – auf der Grundlage ähnlicher bis gleichen Auffassungen umspannte.¹³

Eine der zentralen Postulate des „patriotischen Konsenses“ besteht aus der Annahme, dass Russland eine Groß- und Weltmacht bzw. wieder eine solche zu werden hat. „Welchen Weg Russland auch immer geht, sein strategisches Hauptinteresse wird die Wiederherstellung einer erneuerten Großmacht, eines mächtigen russischen Staates sein.“¹⁴ Moskau erhob somit schon geraume Zeit vor dem Aufstieg Putins zum Präsidenten (1999/2000) wieder Anspruch auf globales Mitspracherecht.

¹⁰ Karaganov, Sergei A.: Russia: Towards “Enlightened Post-Imperialism”. In: Weidenfeld, Werner/Janning, Josef (Hrsg.): Europe in Global Change. Strategies and Options for Europe. Gütersloh 1993, S. 126f.

¹¹ Alexandrova, Olga: Der außenpolitische Konsens in Rußland. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 17/1997.

¹² Simon, Gerhard: Der patriotische Konsens. Aktuelle Analysen des BIOst, 11/1997; ders.: Die Identität Rußlands und die internationale Politik. In: Aussenpolitik, III/1997, S. 245-256; ders.: Russische Normalität. Kohäsion und Gefährdung durch den patriotischen Konsens. In: Neue Zürcher Zeitung, 18./19.10.1997, S. 7; ders.: Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“. In: Osteuropa, 12/1997, S. 1169-1190, v. a. S. 1172f.

¹³ Dieses Konzept hat in der westlichen Russland-Forschung bei weitem nicht jene Bedeutung erfahren, die ihm angesichts seiner analytischen Reichweite zukommen würde. Anfang 2003 lenkte eine deutsche Politik-Professorin die Aufmerksamkeit wieder darauf (vgl. Mommsen, Margareta: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003, S. 137ff).

¹⁴ Serebrjannikov, Vladimir V. u. a.: Bezopasnost’ Rossii i armija (Die Sicherheit Russlands und die Armee). Moskva 1995, S. 239.

Anfang 1997 entstand in der Staatsduma die fraktionsübergreifende Gruppierung „AntiNATO“, der Anfang 1998 über 300 kommunistische, nationalistische und „demokratische“ Abgeordnete angehörten. Die NATO war und ist denn auch ein wichtiger „Katalysator“ des patriotischen Konsenses. Beständige Hinweise auf eine angebliche Bedrohung durch das Bündnis dienten in den 1990er Jahren der Ablenkung von inneren Problemen und der Integration und Konsolidierung der politischen Klasse wie der ganzen von einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Krise gezeichneten russischen Gesellschaft.

I.6. Bedrohungsperzeptionen

Die „Stoßrichtung“ des patriotischen Konsenses gab bereits eindeutige Hinweise auf die im postsowjetischen Russland dominierenden Feindbilder. Der bekannte Moskauer außen- und sicherheitspolitische Analytiker Pavel Felgenhauer fasste die Bedrohungsperzeption aus Moskauer Sicht wie folgt zusammen: „The threat to the Russian elite does not come from Iran, China, or North Korea. These countries are in no way interested in bringing democracy, the rule of law, or a free press to Russia or any CIS member. With the insurgency in the North Caucasus (gemeint insbesondere: in Tschetschenien, M.M.) mostly contained at present and the Taliban in Afghanistan driven far from post-Soviet Central Asia to the Pakistan border area by the U.S.-lead alliance, the Islamist-connected terrorist threat is not seen as imminent. The genuine threat is currently perceived to be coming from the West. This is not a case of lingering Cold War attitudes: Russia’s ruling elites’ true interests conflict with Western standards and values, while broadly coinciding with those of, say, Iran and its rulers.“¹⁵ Diese Freund- und Feindbilder der Eliten finden in großen Teilen der russischen Gesellschaft Unterstützung: Bei Meinungsumfragen zu Ländern, welche als besonders unbeliebt, „unfreundlich“ oder sogar „feindlich“ gelten, belegen die USA schon seit vielen Jahren stabil vordere Plätze.

¹⁵ Felgenhauer, Pavel: CIS And Other Issues Sour U.S.-Russian Relations. In: Eurasia Daily Monitor (Jamestown Foundation), 11.4.2007, Volume 4, Issue 71.

Die derzeit von Moskau in erheblichem Umfang angeschafften bzw. modernisierten Waffen – strategische Kernwaffen, U-Boote usw. – sind nicht gegen Terroristen einsetzbar, gegen die sich Russland insbesondere in Tschetschenien im Abwehrkampf glaubt, dafür aber gegen Staaten und Bündnisse mit ähnlichen Großwaffensystemen. Es wird auch weiterhin keine Mühen und Kosten scheuen, um eine mit den USA zumindest in der Größenordnung gleichrangige Atommacht zu bleiben (vgl. Kap. VI.).

Das Feindbild „Westen“ (und v. a. NATO und USA) in großen Teilen der Eliten, in der Gesellschaft und im Militär Russlands wird in der überschaubaren Zukunft erhalten bleiben bzw. sich weiter verfestigen. NATO und USA dürften „potenzielle Kriegsgegner“ (so die in Russland sehr verbreitete Diktion) bleiben; davon zeugen viele Manöverannahmen (darunter solche, die den Einsatz von Kernwaffen vorsehen) der russischen Streitkräfte seit den 1990er Jahren (d. h. nicht erst seit dem „neuen Selbstbewusstsein“ unter Putin). Die EU hat wenig Anlass, sich für eine „annehmerere „Alternative“ zu den USA und zur NATO zu halten: Nach einer vom Levada-Zentrum durchgeführten Umfrage ist fast die Hälfte der Befragten der Meinung, dass die EU eine Bedrohung für Russland und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit darstellt; zudem betrachten sich 71% nicht als Europäer.¹⁶ Ein EU-Beitritt Russlands wird in der überschaubaren Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zur Diskussion stehen.

¹⁶ Levada-Centr: Vosprijatie rossijanami evropejskich cennostej (Die Perzeption europäischer Werte durch die Einwohner Russlands), 15.2.2007, <<http://www.levada.ru/press/2007021501.html>>, abgerufen am 3.9.2008.

II. Für Außen- und Sicherheitspolitik relevante Amtsträger und Behörden Russlands

II.1. Präsident

In Artikel 80 der Verfassung von 1993¹⁷ heißt es über den Präsidenten: „Gemäß dem durch die Verfassung der Rußländischen Föderation festgelegten Verfahren ergreift er Maßnahmen zum Schutz der Souveränität der Rußländischen Föderation, ihrer Unabhängigkeit und staatlichen Integrität“ (Absatz 2). „Der Präsident der Rußländischen Föderation bestimmt in Übereinstimmung mit der Verfassung der Rußländischen Föderation und den Bundesgesetzen die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik des Staates“ (Absatz 3). „Der Präsident der Rußländischen Föderation vertritt als Staatsoberhaupt die Rußländische Föderation innerhalb des Landes und in den internationalen Beziehungen“ (Absatz 4).

Nach Artikel 83 der Verfassung hat der Präsident u. a. folgende Aufgaben: Er „ ... g) bildet und leitet den Sicherheitsrat der Rußländischen Föderation, dessen Status durch Bundesgesetz bestimmt wird; h) bestätigt die Militärdoktrin der Rußländischen Föderation; ... k) ernennt und entläßt das Oberkommando der Streitkräfte der Rußländischen Föderation; l) ernennt und beruft ab nach Konsultierung der entsprechenden Komitees oder Kommissionen der Kammern der Bundesversammlung die diplomatischen Vertreter der Rußländischen Föderation in ausländischen Staaten und bei internationalen Organisationen.“

Nach Artikel 86 hat der Präsident „a) ... die Leitung der Außenpolitik der Rußländischen Föderation inne; b) führt Verhandlungen und unterzeichnet die völkerrechtlichen Verträge der Rußländischen Föderation; c) unterzeichnet die Ratifikationsurkunden; d) nimmt die Beglaubigungs- und Abberufungsurkunden der bei ihm akkreditierten diplo-

¹⁷ Hier zitiert nach: Verfassung der Rußländischen Föderation, Startseite: <<http://www.constitution.ru/de/index.htm>>, abgerufen am 17.6.2008.

matischen Vertreter entgegen.“ In Artikel 87 heißt es: „1. Der Präsident der Rußländischen Föderation ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Rußländischen Föderation. 2. Im Falle eines Angriffs gegen die Rußländische Föderation oder eines unmittelbar drohenden Angriffs verhängt der Präsident der Rußländischen Föderation unter unverzüglicher Benachrichtigung des Bundesrates und der Staatsduma den Kriegszustand über das Territorium der Rußländischen Föderation oder einzelne ihrer Gegenden.“

II.2. Regierung

Artikel 114 der Verfassung nennt unter den Aufgaben der Regierung nur eine, die direkt zur Außen- und Sicherheitspolitik Bezug hat: Sie „trifft Maßnahmen, um die Landesverteidigung und die Staatssicherheit zu gewährleisten und die Außenpolitik der Rußländischen Föderation zu verwirklichen.“ Mehr Details bringt das Gesetz „Über die Regierung“ von 1997 (geändert 1997, zweimal 2004, 2005, zweimal 2007):¹⁸ Die Regierung „formiert den Mobilisierungsplan der Wirtschaft ... und stellt das Funktionieren der Rüstungsproduktion“ sicher (Artikel 14). Zudem „führt die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung von Verteidigung und Staatssicherheit“ durch und „organisiert die Ausrüstung mit Waffen und Militärtechnik und die Versorgung der Streitkräfte, anderer Truppen und Truppenformationen der Russländischen Föderation mit materiellen Mitteln, Ressourcen und Diensten.“ Weiters trifft die Regierung Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze, leitet die Zivilverteidigung usw. (Artikel 20). Zu den Vollmachten der Regierung im Bereich Außenpolitik/Internationale Beziehungen zählt das Gesetz (Artikel 21): „Maßnahmen zur Sicherstellung der Realisierung der Außenpolitik“; „Vertretung der Russländischen Föderation in anderen Staaten und in internationalen Organisationen“; Abschluss internationaler Verträge; Erfüllung der Verpflichtungen Russlands aus internationalen Verträgen, Beobachtung der Erfüllung der Verpflich-

¹⁸ Rossijskaja Federacija – federal’nyj konstitucionnyj zakon: O pravitel’stve Rossijskoj Federacii (Russländische Föderation – föderales Verfassungsgesetz: Über die Regierung der Russländischen Föderation), <<http://www.consultant.ru/online/base/?req=doc;base=LAW;n=66567>>, abgerufen am 2.6.2008.

tungen aus den betreffenden Verträgen durch ihre anderen Teilnehmer; Verteidigung der „geopolitischen Interessen“ des Landes; Schutz der Bürger der Russländischen Föderation im Ausland; Regulierung und staatliche Kontrolle in den Bereichen Außenhandel, internationale wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit.

Von großer Tragweite ist Artikel 32 dieses Gesetzes: „Der Präsident der Russländischen Föderation leitet in Übereinstimmung mit der Verfassung der Russländischen Föderation, föderalen Verfassungsgesetzen und föderalen Gesetzen die Tätigkeit jener föderalen Organe der Exekutivmacht, die für Fragen von Verteidigung, Sicherheit, der inneren Sicherheit, Justiz, äußere Angelegenheiten, der Verhinderung von außerordentlichen Situationen und der Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen verantwortlich sind.“ Der Präsident „ernennt die Leiter und stellvertretenden Leiter dieser Organe und nimmt als Oberkommandierender der Streitkräfte der Russländischen Föderation und Vorsitzender des Sicherheitsrates andere Vollmachten wahr.“

Diese Bestimmungen haben bereits unter Präsident Jelzin dazu geführt, dass die entsprechenden sicherheitsrelevanten Behörden nicht dem Ministerpräsidenten Russlands unterstehen, sondern direkt dem Präsidenten. Manche Beobachter meinen daher, dass Russland somit de facto „zwei Regierungen“ hat – eine mit dem Präsidenten als Leiter der sicherheitsrelevanten Behörden und eine mit dem Premierminister, dem die übrigen Behörden (die v. a. für wirtschaftliche und soziale Fragen zuständig sind) untergeordnet sind. Das wurde dann in verschiedenen Erlässen des Präsidenten Russlands ausgeführt, so unter Putin zuletzt am 24. September 2007.¹⁹ Diesem Dokument zufolge unterstehen dem Präsidenten: das Außenministerium; das Justizministerium; das Innenministerium; das Ministerium für Angelegenheiten der Zivilverteidigung, außerordentliche Situationen und die Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen; das Verteidigungsministerium; der Föderale

¹⁹ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 24 sentjabrja 2007 g. N 1.271: Voprosy struktury federal'nych organov ispol'nitel'noj vlasti (Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 24. September 2007, Nr. 1.271: Fragen der Struktur der föderalen Organe der Exekutivmacht), Rossijskaja gazeta, 26.9.2007, <<http://www.rg.ru/2007/09/26/struktura-dok.html>>, abgerufen am 20.6.2008.

Sicherheitsdienst (FSB); der Dienst für Auslandsaufklärung (SVR); der Föderale Schutzdienst (FSO); der Föderale Kurierdienst; der Föderale Dienst für die Kontrolle des Umlaufs von Drogen (= Behörde zur Bekämpfung des Drogenhandels); die Hauptverwaltung für Spezialprogramme des Präsidenten Russlands;²⁰ und die Hauptverwaltung für administrative Angelegenheiten der Präsidentialadministration.

Diese Unterstellungsverhältnisse bestätigte dann auch ein Erlass des neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew vom 12. Mai 2008, also wenige Tage nach seiner Angelobung.²¹ Das muss allerdings keinesfalls so bleiben. Nicht wenige seriöse Beobachter aus Russland und dem Ausland haben eine Umverteilung der Kompetenzen zwischen Präsident und Premier zu Gunsten des Letzteren (also Putins) vorhergesagt. Man müsste dafür nicht einmal die Verfassung ändern – es genügen Änderungen des Gesetzes „Über die Regierung“ und ein entsprechender Erlass des Präsidenten. Es gibt aber auch ein gewichtiges Argument, das dagegen spricht und etwa vom Putin-nahen „Polittechnologen“ Wjatscheslaw Nikonow im April 2008 explizit gemacht wurde: „Warum sollte Putin die Kompetenzen des Präsidenten beschneiden, wo er doch in dieses Amt zurückkehrt?“

II.3. Außenministerium

Eine zentrale rechtliche Grundlage für seine Tätigkeit ist der Erlass „Fragen des Außenministeriums der Russländischen Föderation“ des Präsidenten Russlands vom 11. Juli 2004. Dieses Dokument legt die Organisationsstruktur, die personelle Stärke (Obergrenze im Zentral-

²⁰ Dies ist eine der geheimsten Institutionen Russlands, über die nur wenige gesicherte Informationen vorliegen; sie ist jedenfalls für Mobilisierungsmaßnahmen der zentralen staatlichen Institutionen im Kriegsfall verantwortlich (vgl. Pallin, Carolina Vendil: *The Russian Power Ministries: Tool and Insurance of Power*. In: *Journal of Slavic Military Studies*, 1/2007, S. 1-25, hier S. 19f).

²¹ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 12 maja 2008 goda, N 724: *Voprosy sistemy i struktury federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti* (Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 12. Mai 2008, Nr. 724: *Fragen des Systems und der Struktur der föderalen Organe der Exekutivmacht*), <<http://base.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=LAW;n=76855>>, abgerufen am 20.6.2008.

apparat sind demnach – ohne das Personal für Bewachung und Bewirtschaftung der Gebäude – 3.028 Personen) und die Aufgaben der Behörde fest. In dem Erlass heißt es grundsätzlich: „Das Außenministerium der Russländischen Föderation ist ein föderales Organ der Exekutivmacht, das Funktionen zur Ausarbeitung und Realisierung der staatlichen Politik und der normativ-rechtlichen Regulierung im Bereich der internationalen Beziehungen der Russländischen Föderation wahrnimmt. Die Leitung der Tätigkeit des Außenministeriums liegt beim Präsidenten der Russländischen Föderation.“²²

Auch und gerade die Struktur des Außenministeriums dokumentiert die große Bedeutung, die das offizielle Russland der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beimisst (vgl. Kap. V.1.): drei von 15 territorialen Departements befassen sich mit der früheren Sowjetunion, nämlich das zweite Departement der GUS-Länder (Weißrussland, Moldawien, Ukraine), das dritte Departement der GUS-Länder (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien, Usbekistan) und das vierte Departement der GUS-Länder (Aserbaidshan, Armenien, Georgien). Dazu kommt noch das erste Departement der GUS-Länder („allgemeine Fragen der Zusammenarbeit“) als eine der so genannten funktionalen Organisationseinheiten.²³

Es ist erwähnenswert, dass das Außenministerium auch über Vertretungen *innerhalb* Russlands verfügt. Mit Stand Mitte 2008 nannte die Homepage des Ressorts 38 solcher so genannter „territorialer Organe“ (von denen manche noch Filialen besitzen²⁴). Ihre Aufgaben sind u. a.:

²² Položenie o Ministerstve inostrannyh del Rossijskoj Federacii, utverždennoe Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 11 ijulja 2004 g. (Bestimmung über das Außenministerium der Russländischen Föderation, bestätigt durch einen Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 11. Juli 2004), N 865, <<http://www.mid.ru/nsite-sv.nsf/6a5a8c8bf57c548743256aaa00420ab4/4c8c99e0526dd3c643256aaa00429706?OpenDocument>>, abgerufen am 4.6.2008.

²³ Struktura Ministerstva inostrannyh del Rossijskoj Federacii (Die Struktur des Außenministeriums der Russländischen Föderation), <<http://www.mid.ru/nsite-sv.nsf/mnsdoc/03.04>>, abgerufen am 20.6.2008.

²⁴ Adresa Predstavitel'stv MID Rossii na territorii Rossijskoj Federacii (Adressen der Vertretung des Außenministeriums Russlands auf dem Territorium der Russländischen Föderation), <<http://www.mid.ru/dks.nsf/mnsdoc/04.01.03>>, abgerufen am 4.6.2008.

Unterstützung der Zusammenarbeit des Außenministeriums mit den Organen der Exekutivmacht der Provinzen; Hilfe für die Provinzen bei der Erfüllung internationaler Verträge, deren Teilnehmer Russland ist; Hilfe bei der Entwicklung von wirtschaftlichen, kulturellen etc. Verbindungen der Provinzen mit ausländischen Partnern; Zusammenarbeit mit Konsularbehörden und Botschaften anderer Staaten usw.²⁵

II.4. Ministerium für Angelegenheiten der GUS

Dieses Ministerium wurde erstmals 1994 ins Leben gerufen. Seine Vorgängerbehörde war das Ende 1991 gegründete „Staatskomitee der Russländischen Föderation zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten der GUS“. Im April 1998 wurde das GUS-Ministerium erstmals aufgelöst, doch entstand es einige Monate später erneut. Per Erlass Putins vom 18. Mai 2000 verschwand es dann endgültig. Seine Kompetenzen gingen auf die Ministerien für Äußeres und Wirtschaft über.²⁶

II.5. Verteidigungsministerium

Entscheidende Rechtsgrundlage für seine Tätigkeit ist die „Bestimmung über das Verteidigungsministerium der Russländischen Föderation“ vom 16. August 2004, in der es allgemein heißt, dass diese Behörde „ein föderales Organ der Exekutivmacht ist, das Funktionen zur Ausarbeitung und Realisierung der staatlichen Politik und der normativ-rechtlichen Regulierung auf dem Gebiet der Verteidigung und auch andere von föderalen Verfassungsgesetzen, föderalen Gesetzen sowie Akten des Präsidenten der Russländischen Föderation und der Regierung der

²⁵ Predstavitel'stvo Ministerstva inostrannyh del Rossijskoj Federacii v g. Archangel'ske (Die Vertretung des Außenministeriums der Russländischen Föderation in der Stadt Archangelsk), <<http://www.arkhangelsk.mid.ru/>>, abgerufen am 6.6.2008.

²⁶ Čubčenko, Jurij: Minsodružestvo razognali vo vtoroj raz (Das Ministerium für Angelegenheiten der GUS wurde zum zweiten Mal aufgelöst). In: Kommersant', 25.5.2000, <<http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=148816>>, abgerufen am 3.3.2008.

Russländischen Föderation festgelegte Funktionen auf diesem Gebiet hat.“ Das Verteidigungsministerium ist das „Leitungsorgan“ der Streitkräfte. Die „Bestimmung“ weist ihm 82 „Vollmachten“ zu.²⁷

II.6. Sicherheitsrat

Eine wichtige Grundlage für die Arbeit des 1992 ins Leben gerufenen Sicherheitsrates Russlands ist das Gesetz „Über die Sicherheit“ vom 5. März 1992 (geändert 1992, 1993, 2002, 2005, 2006 und 2007). Abschnitt III, d. h. die Paragraphen 13 bis 19, betreffen den Sicherheitsrat. Es heißt darin, dass der Sicherheitsrat ein Verfassungsorgan ist, das Entscheidungen des Präsidenten Russlands im Sicherheitsbereich „vorbereitet“. Und weiter: „Der Sicherheitsrat der Russländischen Föderation untersucht Fragen der inneren und äußeren Sicherheit der Russländischen Föderation auf den Gebieten Gewährleistung der Sicherheit, strategische Probleme der staatlichen, ökonomischen, gesellschaftlichen, Verteidigungs-, Informations-, ökologischen und anderer Arten von Sicherheit, Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, Prognostizierung und Verhinderung von außerordentlichen Situationen und Überwindung ihrer Folgen sowie Sicherung der Stabilität und Rechtsordnung“ (Artikel 13).

Dem Sicherheitsrat gehören der Vorsitzende, der Sekretär, ständige Mitglieder und einfache Mitglieder an. Der Präsident Russlands ist kraft seines Amtes Vorsitzender des Sicherheitsrates (Artikel 14). Artikel 15 legt folgende Hauptaufgaben des Sicherheitsrates fest: „Festlegung der lebenswichtigen Interessen der Person, der Gesellschaft und des Staates“; „Ausarbeitung der Hauptrichtungen der Strategie der Gewährleistung der Sicherheit der Russländischen Föderation“; „Vorbereitung von Empfehlungen an den Präsidenten der Russländischen Föderation für Entscheidungen der Innen- und Außenpolitik in Fragen der Sicher-

²⁷ Положеніе о Министерствe оборонь RF. Utverždено Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 16 avgustja 2004 g. (Bestimmung über das Verteidigungsministerium der RF, bestätigt durch einen Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 16. August 2004), N 1082, <<http://www.mil.ru/847/850/index.shtml>>, abgerufen am 20.6.2008.

heit der Person, der Gesellschaft und des Staates“; „Vorbereitung von Entscheidungen zur Verhinderung von außerordentlichen Situationen, die wesentliche soziale, politische, ökonomische, militärische und andere Folgen nach sich ziehen können, und zur Organisation ihrer Bewältigung“; „Vorbereitung von Vorschlägen an den Präsidenten der Russländischen Föderation über die Verhängung, Verlängerung oder Aufhebung des Aufnahmestandes“; „Ausarbeitung von Vorschlägen zur Koordinierung der Tätigkeit der Organe der Exekutivmacht im Prozess der Realisierung getroffener Entscheidungen auf dem Gebiet der Gewährleistung der Sicherheit und der Bewertung ihrer Effektivität“; „Vervollkommnung des Systems der Gewährleistung der Sicherheit auf dem Weg der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Reformierung bestehender oder der Schaffung neuer Organe, welche die Sicherheit der Person, der Gesellschaft und des Staates garantieren.“²⁸

Neben dem Gesetz „Über die Sicherheit“ regulieren noch andere normative Dokumente die Tätigkeit des Sicherheitsrates, so die „Bestimmung über den Sicherheitsrat der Russländischen Föderation“²⁹ und die „Bestimmung über den Apparat des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation“, die beide per Erlass des Präsidenten Russlands vom 7. Juni 2004 ausgefertigt wurden.³⁰

Eines der wenigen in deutscher Sprache vorliegenden Einführungsbücher in das politische System Russlands meinte, dass zur „konkreten Arbeit“ des Sicherheitsrates nur wenige Informationen vorliegen. Es ist

²⁸ Zakon RF ot 5 marta 1992 g. N 2446-I „O bezopasnosti“ (Gesetz Russlands vom 5. März 1992, N 2 246-I „Über die Sicherheit“), <<http://www.scrf.gov.ru/documents/20.html#3>>, abgerufen am 1.6.2008.

²⁹ Položenie o sovete bezopasnosti Rossijskoj Federacii, utverždno Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 7 ijunja 2004 g. (Bestimmung über den Sicherheitsrat der Russländischen Föderation, bestätigt durch einen Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 7. Juni 2004), No. 726, <<http://www.scrf.gov.ru/documents/3.html>>, abgerufen am 11.6.2008.

³⁰ Položenie ob apparate soveta bezopasnosti Rossijskoj Federacii, utverždno Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 7 ijunja 2004 g. (Bestimmung über den Apparat des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation, bestätigt durch einen Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation vom 7. Juni 2004), No. 726, <<http://www.scrf.gov.ru/documents/16.html>>, abgerufen am 11.6.2008.

immerhin unstrittig, dass er bei der Ausarbeitung von Grunddokumenten der Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. Kap. III.) eine wichtige Rolle spielt. Ausgehend von seiner personellen Zusammensetzung wird der Sicherheitsrat mitunter mit dem Politbüro der (1991 aufgelösten) KPdSU verglichen. Das ist „insofern nicht ganz abwegig, als die Regierung mehr eine Art Wirtschaftskabinetts ist und die sonstigen politischen Fragen offensichtlich im Sicherheitsrat behandelt werden. Das politische Gewicht des Sicherheitsrates änderte sich im Lauf der Zeit. Eine unrühmliche Rolle spielte er im Herbst 1994 im Entscheidungsprozeß, den Tschetschenien-Krieg zu beginnen.“³¹ Insgesamt dürfte es aber zwischen dem seinerzeitigen sowjetischen Politbüro und dem post-sowjetischen Sicherheitsrat Russlands mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten geben, da sie im jeweiligen politischen System doch verschiedene Positionen einnehmen.

II.7. Geheimdienste

Kurz nach dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 teilte man das sowjetische Komitee für Staatssicherheit (KGB) auf. Die frühere 1. Hauptverwaltung des KGB (Auslandsspionage) wurde im Dezember 1991 als „Dienst für Auslandsaufklärung“ (SVR) eine eigene Behörde, die zunächst Jewgenij Primakow leitete; er wurde dann 1996 Außenminister und 1998 Ministerpräsident Russlands. Ebenfalls im Dezember 1991 entstand auf der Basis der beiden Hauptverwaltungen 8 (Chiffrier- und Dechiffrierdienst) und 16 (Abhördienste) des KGB die „Föderale Agentur für Regierungs-Fernmeldewesen und Information“ (FAPSI). An die Stelle des im Jänner 1992 begründeten Sicherheitsministeriums Russlands trat Ende 1993 der „Föderale Dienst für Gegenspionage“ (FSK). Er wurde im April 1995 in „Föderaler Sicherheitsdienst“ (FSB) umbenannt. Die ehemaligen Grenztruppen des KGB mit eigener Luft- und Marinekomponente wurden 1992 dem Sicherheitsministerium unterstellt und Ende 1993 als eigene Behörde ausgegliedert. 2003 schloss ein Erlass von Präsident Putin die Grenztruppen an den FSB an. 1999 ent-

³¹ Schneider, Eberhard: Das politische System der Russischen Föderation. Eine Einführung. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2001, S. 84.

standen per Erlass des Präsidenten Russlands auch im FSB Organe für Auslandsspionage. Er wurde damit – neben dem SVR und dem Militärgeheimdienst GRU – der dritte russische Geheimdienst mit dem Recht auf Auslandsoperationen.

Der GRU ist im Unterschied zu den anderen postsowjetischen russischen Geheimdiensten nicht aus dem System des sowjetischen KGB hervorgegangen. Er hat als Institution die Sowjetzeit insofern unverändert überstanden, als man ihn nicht aufteilte oder mit anderen Diensten oder Organisationen zusammenlegte. Über den GRU liegen nur wenige zuverlässige Informationen vor. Jedenfalls betreibt er ein eigenes Netz an Aufklärungssatelliten, Abhörstationen im In- und Ausland, Beobachtungsflugzeugen und -schiffen. Seine Spezialeinheiten kämpften u. a. in Tschetschenien.

Der Föderale Schutzdienst (FSO) nimmt zwei Hauptaufgaben wahr: 1) Schutz des Präsidenten und anderer wichtiger Funktionäre des Staates (= Aufgabe der früheren 9. Hauptverwaltung des KGB); 2) 2003-2004 wurde dem FSO der Großteil der Abteilungen der früheren FAPSI übergeben (der kleinere Teil ging an den FSB). Der in der Öffentlichkeit präsenteste Teil des FSO ist das Präsidentenregiment (auch Kremregiment genannt).

II.8. Föderalversammlung (Parlament)

Das russische Parlament, die Föderalversammlung, besteht aus zwei Kammern, nämlich der Staatsduma (Unterhaus) und dem Föderationsrat (Oberhaus).

Die Staatsduma beschließt (natürlich) für jene Behörden geltende Gesetze (mit), die für die Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich sind. Mit Stand Mai 2008 besaß die Staatsduma 33 Komitees, darunter für Verteidigung, für Sicherheit, für internationale Angelegenheiten sowie für „Angelegenheiten der GUS und der Verbindungen mit den Landsleuten“ (so die wörtliche Übersetzung der offiziellen Bezeichnung).

Der Duma steht die Möglichkeit offen, zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen für die Exekutive (Präsident und Regierung) nicht bindende Erklärungen (zajavlenie) und Aufrufe (obraščenie) zu verabschieden. Diese waren oft „radikaler“ als die offizielle Linie der Exekutive. Das ist bereits seit Beginn der Existenz der postsowjetischen Staatsduma (also seit 1994) der Fall. In den 1990er Jahren verfügten dort stets Kommunisten und Nationalisten, nie aber Pro-Jelzin-Fraktionen bzw. „Demokraten“ über eine Mehrheit. Das führte dann zu Entscheidungen wie etwa der „Kündigung“ der Ende 1991 gefallenen Auflösungsbeschlüsse der Sowjetunion durch die Dumamehrheit (LDPR sowie Kommunisten und mit ihnen verbündete Fraktionen wie Agrarier und „Volksmacht“) im März 1996. Dieser Schritt zeitigte keine praktischen Auswirkungen, warf aber ein eindeutiges Schlaglicht auf die Stimmung in einem erheblichen Teil der politischen Elite wie auch der Gesellschaft Russlands.

Unter Putin legte die Duma ihre oppositionelle Rolle vollkommen ab. Seit dem Jahr 2000 hat sie sich in keiner relevanten Frage dem Willen des Kremls widersetzt, von Initiativen zur Absetzung des Präsidenten Russlands (die unter Jelzin mehrmals vorkamen) konnte schon überhaupt keine Rede sein. Daher richten sich auch „radikale“ außenpolitische Resolutionen nicht wirklich gegen eine vermeintlich „weiche“ Linie der Exekutive, sondern sollen dokumentieren, dass „wir auch anders können“. Das zeigte sich etwa in der Frage einer „Anerkennung der Unabhängigkeit“ prorussischer separatistischer Staatsgebilde an der südwestlichen Peripherie der GUS: Am 21. März 2008 legte die Staatsduma in einer von 440 Abgeordneten und ohne Gegenstimme angenommenen Resolution unter Hinweis auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dem Präsidenten und der Regierung Russlands nahe, „die Frage der Zweckmäßigkeit der Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens zu untersuchen“.³² Im August

³² Zajavlenie Gosudarstvennoj Dumy No. 245-5GD – O politike Rossijskoj Federacii v otnošenii Abchazii, Južnoj Osetii i Pridnestrov’ja (Erklärung der Staatsduma No. 245-5GD – Über die Politik der Russländischen Föderation gegenüber Abchasien, Südossetien und dem Dnestr-Gebiet), 21.5.2008, <http://www.pnp.ru/chapters/rights/rights_6094.html>, abgerufen am 3.6.2008.

2008, nach einem fünftägigen Krieg gegen Georgien, erkannte Russland die beiden separatistischen Gebiete als „unabhängige Staaten“ an.

Im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit legt die Duma in ihrer Selbstdarstellung auf ihrer Homepage großen Wert auf die Feststellung, dass deren Schwerpunkt auf der GUS liegt³³ (was voll und ganz den Prioritäten der russischen Staatsführung entspricht; vgl. Kap. V.1.). Verschiedene „Integrations“-Initiativen in der früheren Sowjetunion haben eigene interparlamentarische Versammlungen ins Leben gerufen, so die GUS, die „Union“ Russland-Belarus, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (die im Jahr 2000 von Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan unterzeichnet wurde) und die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit/OVKs (vgl. Kap. V.1.4.). Abgeordnete beider russischer Parlamentskammern spielen überall dort naturgemäß eine zentrale Rolle.

Erheblich weniger Relevanz als die GUS hat aus russischer Sicht die interparlamentarische Zusammenarbeit mit dem „fernen Ausland“, obwohl es so genannte „bilaterale interparlamentarische Kommissionen“ der Staatsduma gibt, so mit Frankreich, Italien und China. Die Staatsduma hat auch Abgeordnetengruppen für Verbindungen mit der GUS, dem Baltikum, Europa, Nordamerika, Zentral- und Südamerika, dem Nahen und Mittleren Osten, Asien, Afrika sowie zur UNESCO.

Die Verfassung (Artikel 102) legt folgende außen- und sicherheitspolitische Kompetenzen des Föderationsrates fest: Bestätigung eines Erlasses des Präsidenten Russlands über die Verhängung des Kriegszustandes; Bestätigung eines Erlasses des Präsidenten Russlands über die Verhängung des Ausnahmezustandes; Entscheidungen über einen Einsatz der russischen Streitkräfte im Ausland. Der Föderationsrat besaß mit Stand Mai 2008 16 Komitees und zehn Kommissionen. Für das vorliegende Thema relevant sind das Komitee für Verteidigung und Sicherheit, das Komitee für internationale Angelegenheiten, das Komitee für

³³ O mežparlamentskich svjazach Gosudarstvennoj Domy v 2004-2007 gg. (Über die interparlamentarischen Kontakte der Staatsduma in den Jahren 2004 bis 2007), <<http://www.duma.gov.ru/>>, abgerufen am 3.6.2008.

Angelegenheiten der GUS sowie die Kommission für nationale Meerespolitik.

Nach Artikel 105 der Verfassung werden föderale Gesetze von der Staatsduma verabschiedet und dann innerhalb von fünf Tagen an den Föderationsrat weitergeleitet. Das Gesetz gilt als gebilligt, wenn die Hälfte aller Abgeordneten dafür gestimmt hat oder es nicht innerhalb von 14 Tagen vom Föderationsrat behandelt wurde. Artikel 106 kennt allerdings den Fall einer „obligatorischen Behandlung“ von durch die Duma verabschiedeten Gesetzen im Föderationsrat. Er betrifft u. a. die Ratifizierung und Aufkündigung von internationalen Verträgen, den Status und Schutz der Staatsgrenze Russlands sowie Fragen von Krieg und Frieden. Die Ratifizierung und Aufkündigung von internationalen Verträgen hat u. a. deswegen besondere Bedeutung, weil diese nach der Verfassung Teil der russischen Rechtsordnung sind. Wenn diese Verträge etwas anderes vorsehen als von russischen Gesetzen ursprünglich vorgesehen, genießen die Verträge Vorrang (Artikel 15, Absatz 4 der Verfassung).³⁴

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind die russischen Vertreter insbesondere damit befasst, Kritik an den Militärinterventionen in Tschetschenien (1994-1996 und seit 1999) zurückzuweisen bzw. erst gar nicht aufkommen zu lassen. Erwähnenswert sind noch die Mitgliedschaft beider Kammern des russischen Parlaments in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die assoziierte Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung der NATO sowie die Tätigkeit russischer Abgeordneter in der 1994 gegründeten Interparlamentarischen Orthodoxen Versammlung.³⁵

³⁴ Topornin, B. N./Baturin, Ju. M./Orechov, R. G.: Konstitucija Rossijskoj Federacii. Kommentarij (Die Verfassung der Russländischen Föderation. Kommentar). Moskva 1994, S. 111, 470f.

³⁵ Mit Stand Mitte 2007 gehörten dieser Versammlung Abgeordnete von Parlamenten aus 27 Ländern an. Ihr Präsident ist Sergej Popow von der Pro-Kreml-Fraktion „Einheitliches Russland“, der in der Staatsduma dem Komitee für Angelegenheiten gesellschaftlicher Vereinigungen und religiöser Organisationen vorsitzt. In sowjetischer Zeit war er kommunistischer Parteifunktionär.

Ein weiterer Aspekt der internationalen Tätigkeit der beiden Kammern des russischen Parlaments betrifft die Entsendung von Abgeordneten zur Beobachtung von Präsidenten- und Parlamentswahlen in verschiedenen Ländern der GUS. Sie sind dabei stets darauf bedacht, prorussische Kandidaten und Parteien zu fördern, was sie immer wieder in Widerspruch zu den Beobachtern internationaler Organisation – und insbesondere der OSZE – bringt, die in zahlreichen Fällen auf inkorrekte Abläufe oder überhaupt Fälschungen von Wahlen (immer zugunsten der gerade herrschenden Elite) aufmerksam gemacht haben.

III. Ausgewählte Grunddokumente der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands

III.1. „Konzeption der nationalen Sicherheit“

Dieses am 10. Jänner 2000 durch einen Präsidentenerlass formal in Kraft gesetzte Papier, bei dem es sich um die Neufassung eines gleichnamigen Dokuments von Ende 1997 handelt, setzt sich aus einer Präambel und vier Abschnitten zusammen – I. Russland in der Weltgemeinschaft, II. Die nationalen Interessen Russlands, III. Bedrohungen der nationalen Sicherheit, IV. Die Gewährleistung der nationalen Sicherheit.³⁶

Abschnitt I wiederholt die bekannte russische Auffassung, wonach sich in der gegenwärtigen Weltpolitik zwei Tendenzen gegenüberstünden, nämlich einerseits von Russland unterstützte Bemühungen zur Schaffung einer „multipolaren Welt“ und andererseits die Politik der westlichen Länder unter der Führung der USA (vgl. Kap. IV.4.1. der vorliegenden Untersuchung). Eine „Reihe von Staaten“ wolle Russland v. a. politisch, wirtschaftlich und militärisch schwächen.

Abschnitt II dekretiert u. a., dass die nationalen Interessen Russlands eine Stärkung seiner Positionen als „Großmacht“ und „eines der Einflusszentren einer multipolaren Welt“ erfordern.

Abschnitt III beginnt zwar mit Verweisen auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes, macht aber auch Bedrohungsvorstellungen deutlich. So heißt es, dass „einzelne Staaten“ – offenbar eine Anspielung auf die USA – den Stellenwert internationaler Sicherheitsorganisationen wie UNO und OSZE reduzieren wollten. Die NATO dehne sich nach Osten aus, und es bestünde die „Möglichkeit des Auftauchens ausländischer Militärbasen und großer militärischer Kontingente in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen.“ Außerdem versuchten „andere Staaten“, den

³⁶ Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation. Bestätigt durch den Erlaß des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 24 vom 10. Januar 2000, <<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00011i.htm>>, abgerufen am 20.6.2008.

Einfluss Russlands in Europa, im Nahen Osten, im Südkaukasus, in Zentralasien und der Pazifikregion zu schwächen.

Abschnitt IV der „Konzeption der nationalen Sicherheit“ enthält eine breite Palette von Maßnahmen, mit denen sich Russland gegen diese unterstellten Gefahren verteidigen möchte. So ruft es ebenso nach „Formierung harmonischer Beziehungen zwischen den Nationen“ wie nach einer „Bewahrung der Rolle der russischen Sprache als Faktor der geistigen Einheit der Völker im multinationalen Rußland“. Zudem legt die „Konzeption der nationalen Sicherheit“ fest, dass die Interessen Russlands seine militärische Präsenz in „einigen strategisch wichtigen Regionen der Welt“ erforderten. Das Militärpotenzial des Staates sei „auf hinreichend hohem Niveau“ zu halten. Nicht schlüssig wirkte die Forderung der Konzeption nach einem Verbot von Fernsehfilmen, die (angeblich oder tatsächlich, M.M.) Gewalt propagieren, während Moskau gleichzeitig in Tschetschenien einen sehr realen und verlustreichen Krieg führt(e).

III.2. Militärdoktrin

Die durch einen Erlass von Präsident Putin am 21. April 2000 in Kraft gesetzte Militärdoktrin besteht aus einer kurzen Präambel und den drei Hauptabschnitten „Militärpolitische Grundlagen“, „Militärstrategische Grundlagen“ und „Militärökonomische Grundlagen“.³⁷ Das Dokument entwickelt die bis dahin gültigen so genannten „Grundprinzipien der Militärdoktrin“ von 1993 weiter und konkretisiert die „Konzeption der nationalen Sicherheit“.

Die Präambel der Militärdoktrin postuliert ihren „Verteidigungscharakter“. Die „Militärpolitischen Grundlagen“ unternehmen eine Analyse der militärpolitischen Situation, die u. a. durch eine Reduzierung der Gefahr eines großmaßstäblichen Krieges, aber gleichzeitig einer Ver-

³⁷ Militärdoktrin der Russischen Föderation. Bestätigt durch Erlaß des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 706 vom 21. April 2000, <<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00041i.htm>>, abgerufen am 20.6.2008.

breitung von lokalen Kriegen und bewaffneten Konflikten, der Verstärkung von nationalem, ethnischem und religiösem Extremismus sowie einer Aktivierung des Separatismus bestimmt sei.

Es werden sechs „destabilisierende“ Faktoren genannt, die auf die militärpolitische Situation einwirkten. Davon sind vier ganz offensichtlich auf die NATO gezielt, so z. B. „die Nutzung militärischer Gewaltaktionen als Mittel ‚humanitärer Interventionen‘, ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates (gemeint: ohne dortige Zustimmung Russlands, M.M.), unter Umgehung der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts.“ Zwei weitere Faktoren zielen offenkundig auf Tschetschenien, darunter die „Tätigkeit extremistischer, nationalistischer, religiöser, separatistischer, terroristischer Bewegungen, Organisationen und Strukturen“.

Die Drohung einer „direkten militärischen Aggression“ gegen Russland sei, so diagnostiziert das Dokument, reduziert – und zwar dank „der positiven Veränderungen der internationalen Lage, des aktiven friedliebenden außenpolitischen Kurses unseres Landes und der Aufrechterhaltung des russischen Militärpotentials, vor allem des nuklearen Abschreckungspotentials, auf einem hinreichenden Niveau.“

Der Unterabschnitt „Charakter der Kriege und bewaffneten Konflikte“ unterscheidet zwischen „lokalen“, „regionalen“ und „großen“ Kriegen. Russland müsse in jedem Falle eine Beendigung der Kampfhandlungen erzwingen, die seinen Interessen entspricht (d. h. militärischer Sieg; Verhandlungen zwecks Erreichung einer Kompromisslösung sind nicht genannt).

III.3. Die „Konzeption für Außenpolitik“ in der Fassung von 2000

Am 28. Juni 2000 setzte Putin mittels Erlass eine „Konzeption für Außenpolitik der Russländischen Föderation“ in Kraft,³⁸ die an die Stelle eines entsprechenden Dokumentes aus dem Jahre 1993 tritt. Es handelt sich hier – nach der Konzeption für nationale Sicherheit und der Militärdoktrin – um das dritte grundlegende Strategiepapier des Jahres 2000. Die „Konzeption für Außenpolitik“ und die Militärdoktrin sollten nach Absicht des russischen Sicherheitsrates die Vorgaben der „Konzeption der nationalen Sicherheit“ weiterentwickeln und ausführen.

Die „Konzeption für Außenpolitik“ setzte keine neuen Akzente, sondern fasste lediglich vertraute offizielle Positionen Moskaus zusammen. Das Dokument ist in fünf Abschnitte gegliedert: I. Allgemeine Bestimmungen, II. Die gegenwärtige Welt und die Außenpolitik der Russländischen Föderation, III. Prioritäten der Russländischen Föderation bei der Lösung globaler Probleme (mit den Unterabschnitten 1. Die Herausbildung eines neuen Weltaufbaus, 2. Die Festigung der internationalen Sicherheit, 3. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, 4. Menschenrechte und internationale Beziehungen, 5. Informationelle Begleitung der außenpolitischen Tätigkeit), IV. Regionale Prioritäten, V. Die Formierung und Verwirklichung der Außenpolitik der Russländischen Föderation.

Die „Konzeption für Außenpolitik“ postuliert eine aus mehreren gleichberechtigten Großmächten bestehende „multipolare Welt“. Die Konzeption beklagt, dass bei der Lösung „prinzipieller Fragen der internationalen Sicherheit“ das Schwergewicht auf westliche Institutionen und „Foren im begrenzten Bestand“ (gemeint: ohne Russland, M.M.) und eine Schwächung der Rolle des UNO-Sicherheitsrates gelegt werde. Letzteres behauptete Moskau damals v. a. deswegen, weil die amerikanischen und britischen Luftschläge gegen den Irak („Desert Fox“,

³⁸ Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation. Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 (Nr. Pr-351), <<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm>>, abgerufen am 20.6.2008.

Dezember 1998) und die NATO-Intervention gegen Jugoslawien („Allied Force“, März bis Juni 1999) ohne Befassung des UNO-Sicherheitsrates durchgeführt wurden, was Russland der Möglichkeit beraubte, sie mit seinem Vetorecht zu verhindern. Daher fordert die Konzeption für Außenpolitik, dass die UNO „Hauptregulierungszentrum der internationalen Beziehungen im XXI. Jahrhundert“ bleiben müsse.

Vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges 1999 ist auch die in der Konzeption (nochmals) verankerte russische Ablehnung von „humanitären Interventionen“ zu betrachten, die nur dazu dienen könnten, „einseitige Gewaltaktionen“ unter Umgehung des UNO-Sicherheitsrates (d. h. wiederum: des dortigen russischen Vetorechts, M.M.) zu rechtfertigen. Die Konzeption warnt vor „Einmischungen in die inneren Angelegenheiten“ von Staaten, zu denen es kommen könne, wenn „die Rolle des souveränen Staates als grundlegendes Element der internationalen Beziehungen“ geschwächt werde.

Unter den „regionalen Prioritäten“ Moskaus stellt auch die „Konzeption“ die GUS an die erste Stelle. Weiters verweist die Konzeption auf die Wichtigkeit der OSZE und des Vertrages über konventionelle Rüstung in Europa (VKSE), des Europarates, der Beziehungen zur EU, zur NATO (deren Aktivitäten würden den Sicherheitsinteressen Russlands „bisweilen direkt“ widersprechen), zu Westeuropa, Zentral- und Osteuropa, den baltischen Staaten (von denen eine „Respektierung der russischen Interessen“ verlangt wird), und der Balkanregion; erst dann finden die USA Erwähnung, mit denen „ernsthafte, in einer Reihe von Fällen prinzipielle Meinungsunterschiede“ bestünden. Vom „Schutz der Rechte und Interessen russischer Bürger und Landsleute im Ausland“ ist an drei Stellen der Konzeption die Rede. Der Begriff „Landsleute“ wird in dem Dokument nicht näher definiert oder erklärt; es ist allerdings offensichtlich, dass damit die „Russischsprachigen“ (und in erster Linie Russen und andere russifizierte Slawen) in der GUS und im Baltikum gemeint sind, denen sich Moskau auch dann annehmen will, wenn sie keine russische Staatsbürgerschaft besitzen.

III.4. „Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte“

Dieses Anfang Oktober 2003 präsentierte Dokument setzt sich aus folgenden Teilen zusammen: Einführung; I. Die russischen Streitkräfte: an der Schwelle einer neuen Entwicklungsetappe; II. Russland im System der militärpolitischen Beziehungen in der Welt; III. Zur Bewertung der Bedrohungen; IV. Der Charakter der Kriege und bewaffneten Konflikte in der Gegenwart; V. Die Aufgaben der Streitkräfte der Russländischen Föderation; VI. Grundsätzliche Prioritäten des Aufbaus der Streitkräfte der Russländischen Föderation.³⁹

Das Dokument bestreitet an mehreren Stellen, dass die Bedeutung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen zurückgegangen ist, und konstatiert sogar eine bedeutendere „Rolle der Militärmacht bei der Gewährleistung der politischen und ökonomischen Interessen der Staaten der Welt.“ Einige Widersprüche sind unverkennbar: Einerseits heißt es wörtlich, dass ein globaler Atomkrieg und ein großmaßstäblicher Krieg gegen die NATO nicht zu den wahrscheinlichsten Konflikten zählen, aber andererseits findet sich eine Aufzählung von „Besonderheiten möglicher Kampfhandlungen in der strategischen Richtung WEST“; einerseits ist von „Partnerbeziehungen“ Russlands zur NATO die Rede, andererseits kann man lesen: „Wenn ... die NATO als Militärallianz mit der heute existierenden offensiven Militärdoktrin erhalten bleibt, dann erfordert das einen tiefgehenden Umbau der russischen Militärplanung und der Prinzipien des Aufbaus der russischen Streitkräfte, eingeschlossen die Veränderung der russischen Kernwaffenstrategie.“

³⁹ Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation. Denkschrift, vorgestellt auf der Tagung führender Militärs am 2. Oktober 2003 im Verteidigungsministerium der RF, <http://www.jokler.de/russ/milumbau/dssk3100.htm>, abgerufen am 20.6.2008.

IV. Die Renaissance der Geopolitik im postsowjetischen Russland

IV.1. Allgemeines

Der drastische Einflussverlust des Marxismus-Leninismus sowohl als innerer Rechtfertigungsideologie wie auch als Instrument zur Analyse der Internationalen Beziehungen ließ in der UdSSR gegen Ende der 1980er Jahre und dann, nach ihrem Zerfall (1991), in ihrem mit Abstand wichtigsten Nachfolgestaat Russland zunehmend den Bedarf nach Alternativen entstehen. Ein vom Zentrum für geopolitische Forschungen des Instituts für Geographie der Russländischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenes Buch vertrat die (plausible) Auffassung, dass gerade in Krisen- und Übergangsphasen begriffene Länder für geopolitische Betrachtungen der Welt „anfällig“ sind.⁴⁰ Diese konnten denn auch im postsowjetischen Russland das „weltanschauliche Vakuum“ zumindest teilweise auffüllen. Nach dem Zerfall der UdSSR führte das russische Interesse an der Geopolitik u. a. zur Projektion geopolitischer Kategorien auf die Sowjetzeit. So meinte der russische Analytiker (und gelernte Geograph) Dmitrij Oreschkin, dass die Politik von Diktator Josef Stalin „in den Kontext der heutigen geopolitischen Doktrin eingeordnet wird.“⁴¹ Unter russischen Kommentatoren ist durchaus umstritten, ob die UdSSR über „geopolitische Konzeptionen“ verfügte. Während das manche Stimmen unter Hinweis auf die Ächtung der Geopolitik bestreiten, sieht z. B. Ilja Mogiljowkin (Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften) in Lenins und Trozkijs Plänen für eine Weltrevolution ein geopolitisches Konzept, und auch während des Zweiten Weltkrieges habe sich Moskau „von früheren geopolitischen Konzeptionen leiten

⁴⁰ Kolosov, V. A. (Hrsg.): *Mir glazami rossijan: mify i vnešnjaja politika* (Die Welt durch die Augen der Einwohner Russlands: Mythen und Außenpolitik). Moskva 2003, S. 48.

⁴¹ Oreškin, Dmitrij: *Dekonstrukcija rekonstrukcii. Slavjanskij opyt i sovremennaja ideologija* (Die Dekonstruktion der Rekonstruktion. Die slawische Erfahrung und die moderne Ideologie). In: *Nezavisimaja gazeta*, 21.6.2005, S. 10.

lassen“. Das während des Kalten Krieges verfolgte Ziel des „Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt“ sei „mehr als geopolitisch“ gewesen, „obwohl das Wort ‚Geopolitik‘ selbst noch lange Zeit verboten war.“⁴² Auch andere postsowjetische russische Quellen sprechen von einer Entwicklung der Geopolitik auch zu sowjetischen Zeiten – nur eben nicht unter diesem Namen, sondern in der politischen und militärischen Geographie, Orientalistik und Diplomatie. Als jedenfalls Russlands Präsident Wladimir Putin im April 2005 bei seiner jährlichen Ansprache vor beiden Häusern des Parlaments den Zerfall der UdSSR die „größte geopolitische Katastrophe des (20.) Jahrhunderts“ nannte,⁴³ sprach er damit zweifellos der überwältigenden Mehrheit seiner Landsleute wie auch der politischen Elite aus der Seele.

Der bekannte Moskauer außen- und sicherheitspolitische Analytiker Dmitrij Trenin meinte, dass „die Ersatzreligion Geopolitik“ Anfang der 1990er Jahre den Marxismus-Leninismus abgelöst habe.⁴⁴ Der amerikanische GUS-Experte Paul Goble schlug – auch unter Berufung auf den russischen Globalisierungskritiker Boris Kagarlitzkij – in die gleiche Kerbe: „For many Russian analysts, geopolitics now fills the gap left by the collapse of Soviet Marxism, providing them with yet another simplified model of a world divided between good and evil and encouraging them to believe that Moscow remains a far more central player in world affairs than is in fact the case.“⁴⁵ Der oben erwähnte Gudkow meinte: „Die offizielle Ideologie – so man denn das eklektische Sammelsurium alter Klischees und Stereotypen wie die Fremdheit der westlichen Kultur für Russland und diverse geopolitische Theorien als

⁴² Mogilevkin, Il'ja: Geopolitika v SSSR (Die Geopolitik in der UdSSR). In: Nezavisimaja gazeta, 5.3.1999, S. 7.

⁴³ Putin, Vladimir: Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii. Moskva, Kreml' (Botschaft an der Föderalversammlung der Russländischen Föderation. Moskau, Kreml), 25.4.2005, <http://www.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372_type63374type82634_87049.shtml>, abgerufen am 10.10.2007.

⁴⁴ Zitiert nach: Stepanova, Elena: Abschied von allem Großmachtstreben. In: Das Parlament, 28-29/2005, <<http://www.das-parlament.de/2005/28-29/DaspolitischeBuch/005.html>>, abgerufen am 19.7.2005.

⁴⁵ Goble, Paul: In Moscow, Geopolitics is the Scientific Communism of Today. RFE/RL, Volume 9, Number 151, 11 August 2005, <<http://www.rferl.org/newsline/2005/08/5-NOT/not-110805.asp?po=y>>, abgerufen am 1.2.2008.

Ideologie bezeichnen kann – entspricht dem Bedürfnis nach kompensatorischen nationalistischen Mythen, nach einem psychischen Trost für die Gesellschaft, die den Zerfall der UdSSR und die Erosion der sowjetischen Identität als Trauma erlebt hat.⁴⁶ Und der bekannte Militärwissenschaftler Milan Vego konstatierte eine „enduring and paramount importance of geopolitics in the thinking and policies of the Russian elite.“⁴⁷

Die Beschäftigung mit Geopolitik mag heute in deutschsprachigen Ländern wegen der Nähe verschiedener ihrer Vertreter zum NS-Regime weitgehend diskreditiert bzw. lediglich unter dem Begriff „Politische Geographie“ (so auch der Titel eines 1897 erschienenen und für die Geopolitik grundlegenden Buches von Friedrich Ratzel) eingeschränkt statthaft sein. In Frankreich, Großbritannien und den USA hatte man stets weniger Berührungsängste. Und in Russland ist Geopolitik alles andere als ein Gegenstand von für Politik und Öffentlichkeit wenig bedeutenden akademischen Disputen, sondern spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung der offiziellen Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik. Zahllose Bücher, Broschüren, Artikel usw. befassen sich – auf höchst unterschiedlichem Niveau – mit Geopolitik, und staatliche Institutionen, darunter das Verteidigungsministerium, organisieren wie selbstverständlich Veranstaltungen dazu. Nicht einmal die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) kennt Berührungsängste. So wurden unter dem Namen ihres Vorsitzenden Gennadij Sjuganow mehrere einschlägige Bücher und Artikel publiziert. Alexander Dugin, führender Vertreter des Neoeurasismus (vgl. Kap. IV.3.), war 1998 Geopolitik-Berater von Gennadij Selesnjow, des kommunistischen Vorsitzenden der Staatsduma. Diese verfügte auch – wohl einmalig in den Parlamenten der Welt – über eine eigene Kommission für Geopolitik, die 2000-2003 unter der Leitung des Kommunisten Alexander Schabanow stand. Auch demokratische politische Kräfte wie z. B. die Partei „Jabloko“ des Wirtschaftsreformers Grigorij Jawlinskij wiesen die Geopolitik keineswegs grundsätzlich zurück. Und auch die Russisch-

⁴⁶ Gudkov a. a. O., S. 6.

⁴⁷ Vego, Milan: Russia and the Return to Geopolitics. In: Joint Force Quarterly, Nr. 45, 2007, S. 8-15, hier S. 12.

orthodoxe Kirche, die Putins Außenpolitik entschieden unterstützt bzw. eigene Beiträge zu ihr zu leisten versucht, interessiert sich für Geopolitik. So meinte der Leiter der Abteilung für auswärtige Kirchenbeziehungen des Moskauer Patriarchats, der Metropolit von Kaliningrad und Smolensk Kirill 2004: „Heute appelliert Russland immer mehr an geistige Werte. Und da kann sich die Erfahrung der Russisch-orthodoxen Kirche als nützlich erweisen. Im vorigen Jahrhundert hat sich der Staat zwecks Lösung vieler, darunter geopolitischer, Fragen der orthodoxen Tradition bedient.“⁴⁸

Diese Entwicklungen spiegelten sich auch und gerade in offiziellen Publikationen wieder. Der 1994 erschienene zweite Band der achtbändigen Russländischen Militärenzyklopädie, die kaum noch explizite marxistisch-leninistische Terminologie enthält, verweist unter dem Stichwort „Geopolitik“ auf das Stichwort „Militärpolitik“ (politika voennaja). Dort wiederum, im 2002 veröffentlichten sechsten Band, finden sich jedoch keine näheren Erläuterungen zu Inhalt und Auffassung der Geopolitik durch den Herausgeber (d. h. das russische Verteidigungsministerium). Es heißt dort etwa, dass die Militärpolitik u. a. „die geopolitische Lage des Landes auffasst und verkörpert“. Und: „Geopolitische Faktoren üben verschiedenartigen und wesentlichen Einfluss auf die Militärpolitik der Staaten aus. ... Die geopolitische Lage und die Rolle eines Landes bedingen den Charakter seiner Militärorganisation und den Maßstab der militärischen Mittel.“⁴⁹ Der zweite Band der Militärenzyklopädie verweist unter dem Stichwort „geopolitische Kriegstheorien“ (geo-političeskie teorii vojny) auf „Kriegskonzeptionen“ (konceptii vojny). Allerdings gibt es auch dort keine

⁴⁸ Zitiert nach: Vasilenko, Kirill: Povestka tol'ko dlja pravoslavnych. RPC počuvstvovala „glubokie christjanskije peremeny“ (Eine Vorladung nur für Orthodoxe. Die Russisch-orthodoxe Kirche fühlte „tiefe christliche Veränderungen“). In: Vremja novostej, 3.2.2004, <<http://www.vremya.ru/print/90660.html>>, abgerufen am 2.9.2008.

⁴⁹ Bel'kov, O. A.: Politika voennaja (Militärpolitik). In: Ivanov, S. B. (Vorsitzender der Haupt-Redaktionskommission): Voennaja enciklopedija v vos'mi tomach (Militärenzyklopädie in acht Bänden), Bd. 6. Moskva 2002, S. 476.

näheren Erläuterungen zur Geopolitik aus der Sicht der Herausgeber.⁵⁰ Der sechste Band der Großen Russländischen Enzyklopädie (die der Großen Sowjetenzyklopädie nachfolgt) bringt einen von dem Politikprofessor Kamaludin Gadschijew in weitgehend neutralem Ton verfassten Artikel zur Geopolitik. Sie wird darin definiert als „Richtung der Politischen Wissenschaft, die theoretische und praktische Probleme der Weltpolitik, Gesetzmäßigkeiten und Grundtendenzen der Entwicklung und des Funktionierens des internationalen Lebens“ untersucht. Der Beitrag bringt nicht „die Geopolitik“ als solche, sondern lediglich „Konzeptionen der deutschen Schule der Geopolitik“ mit dem NS-Regime in Zusammenhang.⁵¹

Gadschijews Lexikonartikel geht mit keinem Wort auf eine eigene russische Schule bzw. Tradition der Geopolitik ein, obwohl viele russische Publikationen aus postsowjetischer Zeit gerade an sie erinnern bzw. auf ihr aufbauen. Manche russische Autoren verlegen den Ursprung dieser Schule ins 18. Jahrhundert, konkret in die Zeit der Entwicklung der russischen Geographie in der von Zar Peter dem Großen gegründeten St. Petersburger Akademie der Wissenschaften; andere setzen erst im 19. Jahrhundert an. Manche glauben aber schon in der mittelalterlichen Kiewer Rus, dem ersten ostslawischen Staatsgebilde, eigene geopolitische Überlegungen zu erkennen.

Die in sowjetischen Quellen verurteilten Geopolitiker vom Ende des 19. und aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die in Mittel- und Westeuropa vergessen sind oder als diskreditiert gelten, werden im postsowjetischen Russland aktiv verlegt, gelesen und rezipiert. Die eigene russische (vorrevolutionäre) Schule der Geopolitik war in sowjetischer Zeit naturgemäß praktisch totgeschwiegen worden. In den postsowjetischen russischen Quellen finden sich durchaus unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, wer eigentlich zu deren Urhebern zu zählen ist. Immer

⁵⁰ Šinev, S. B.: *Koncepcii vojny (Kriegskonzepte)*. In: Sergeev, I. D. (Vorsitzender der Haupt-Redaktionskommission): *Voennaja enciklopedija v vos'mi tomach (Militärenzyklopädie in acht Bänden)*, Bd. 4. Moskva 1999, S. 169-170.

⁵¹ Gadžiev, K. S.: *Geopolitika (Geopolitik)*. In: Osipov, Ju. S. (Vorsitzender des wissenschaftlichen Herausgeberkomitees): *Bol'shaja Rossijskaja Enciklopedija (Große russländische Enzyklopädie)*, Bd. 6. Moskva 2006, S. 628.

wieder tauchen aber v. a. folgende Persönlichkeiten auf: Der Geograph und Statistiker Konstantin Arsenjew (1789-1865); der Kriegsminister Generalfeldmarschall Dmitrij A. Miljutin (1816-1912); der Universalgelehrte Nikolaj Danilewskij (1822-1885), dessen Buch „Russland und Europa“ (1869) auch außerhalb Russlands auf Beachtung stieß und auch im postsowjetischen Russland neu aufgelegt wurde; der Philosoph Konstantin Leontjew (1831-1891); der Geograph, Anthropologe, Psychologe und Soziologe Lew Metschnikow (1838-1888); der Offizier und Militärgeograph Andrej Snesarjow (1865-1937); der Geograph und Statistiker Wenjamin Semojonow-Tjan-Schanskij (1870-1942), ab 1925 Professor an der Fakultät für Geographie der Leningrader Staatlichen Universität (der nach der Oktoberrevolution 1917 nicht mehr explizit über Geopolitik publizierte) usw.

Unter den heute lebenden russischen Geopolitikern gelten in Russland selbst als besonders bedeutend: Dugin, Gadschijew, Sjuganow, der exzentrische ultranationalistische Politiker Wladimir Schirinowskij, Generaloberst a. D. Leonid Iwaschow (stellvertretender Chef einer 1999 entstandenen „Akademie für geopolitische Probleme“), Anatolij Utkin (USA-und-Kanada-Institut der Akademie der Wissenschaften), Nikolaj Mironenko (Leiter des Lehrstuhles für Geographie der Weltwirtschaft an der Moskauer Staatlichen Universität), Wladimir Kolosow (Leiter des Zentrums für geopolitische Forschungen beim Institut für Geographie der Akademie der Wissenschaften), Alexander Neklessa (Direktor des Zentrums für geoökonomische Strategien beim Institut für ökonomische Strategien⁵²), Elgiz Posdnjakow (Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften), Konstantin Sorokin (seinerzeit Direktor eines inzwischen nicht mehr bestehenden Zentrums für geopolitische Forschungen am Europainstitut der Akademie der Wissenschaften) und Wadim Zymburskij (wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften).

⁵² Es handelt sich hier um einen von Boris Kuzyk (1994-1998 Berater von Präsident Boris Jelzin für Fragen des Rüstungsexports) geleiteten Think-tank (<http://www.inesnet.ru/>).

Unter der Bezeichnung „Geopolitik“ gehandelte russische Publikationen beinhalten aber in vielen Fällen wenig mehr als politische Agitation, die von der Anwendung wissenschaftlicher – oder jedenfalls nachvollziehbarer – Methoden weit entfernt ist und nicht selten mit Verschwörungstheorien Hand in Hand geht. Das betrifft auch manche jener Werke, die zur Verwendung als Lehrbücher an Hochschulen zugelassen sind. Ein Beispiel ist die inzwischen in vier Auflagen vorliegende „Geopolitik“ von Nikolaj Nartow. Die beiden letzten Auflagen sind in der Serie „Der goldene Fonds der russischen Lehrbücher“ erschienen. Die vierte Auflage enthält 15 Kapitel. Sie behandeln u. a. die Grundlagen der Geopolitik; geopolitische Richtungen in Westeuropa und Nordamerika; die russische Schule der Geopolitik und den Neoeurasismus; die geopolitische Lage Russlands; geopolitische Betrachtungen zu den USA, China, Japan, Indien, islamischen Ländern, Afrika und Lateinamerika. An der Ausrichtung seiner Überlegungen lässt der Autor keinen Zweifel; gleich der erste Absatz des Vorworts kritisiert USA und NATO. Zudem heißt es, dass die „Orange Revolution“ in der Ukraine im Herbst 2004 von „Sponsoren von jenseits des Ozeans“ (gemeint: den USA) ermöglicht worden sei; Lettland, Estland, Norwegen, Finnland und Japan würden an Russland Gebietsansprüche stellen usw.⁵³

Im Zentrum der meisten aktuellen Überlegungen zur Geopolitik in Russland steht die – in der politischen Elite wie auch der Bevölkerung aktiv vertretene bzw. allgemein akzeptierte – Auffassung, dass man dazu „verurteilt“ sei, „eine Großmacht zu sein“, „Russland ohne Imperium undenkbar“ sei bzw. „Russland entweder eine Großmacht (ein Imperium) oder gar nicht sein wird.“ Überzeugende Gründe für diese „Verurteilung“ und „Undenkbarkeit“ werden allerdings kaum jemals genannt (wenn man sich nicht mit Aussagen wie z. B. jener, dass Russland „in anderen Maßstäben und Bedeutungen nicht existieren kann“⁵⁴, zufrieden geben will). Jedenfalls definiert Moskau von der Prämisse des Großmachtstatus ausgehend seine Interessen an der traditionell instabilen

⁵³ Nartov, Nikolaj A./Nartov, Vladimir N.: Geopolitika (Geopolitik). Moskva 2007, S. 3.

⁵⁴ Podberezkin, Aleksej: Russkij Put' (Der russische Weg). Moskva 1996, S. 41.

südlichen Peripherie Russlands (Nordkaukasus) sowie in- und außerhalb der als „Zone besonderer Interessen“ beanspruchten GUS.

Der russische Umgang mit Geopolitik stellt stark auf bestimmte „Einflussbereiche“, „Interessensphären“ (oft mit dem Adjektiv „lebenswichtig“ verstärkt), „Pufferzonen“, „geopolitische Räume“ und die Konkurrenz um Ressourcen, Bodenschätze und Transportkorridore (v. a. im und am Kaspischen Meer, im Südkaukasus sowie in Zentralasien) ab. Dazu kommen eine ständige Sorge, dass Russland an Einfluss in der Welt verlieren könnte; Skepsis bis scharfe Kritik am angeblichen oder tatsächlichen Verhalten „des Westens“ (und konkret der USA und der NATO), der gegenüber Russland nur Übles im Sinn habe, eine Bedrohung darstelle, seinen Einfluss begrenzen, von den Weltanlässen ausschließen usw. wolle; eine mehr oder weniger starke Ausprägung des „Belagerungssyndroms“⁵⁵ bzw. der Überzeugung, dass Russland eine „belagerte Festung“ sei; und die Forderung nach der Schaffung von Bündnissen (wenn irgendwie möglich, unter russischer Führung), die „dem Westen“ die Stirn bieten sollen etc. Eine „pro-westliche“ oder auch nur „neutrale“ russische Geopolitik gibt es nicht,⁵⁶ und es fehlen auch alle Anhaltspunkte für ihre Entstehung in der überschaubaren Zukunft.

Ein wichtiger Hintergrund für praktisch alle aktuellen russischen geopolitischen Überlegungen ist das Beharren auf einem eigenen „russischen Weg“, der weder in den „Osten“ noch in den „Westen“ führe. Dieses Thema wird – oft mit historischen Beispielen und Vergleichen sowie Zitaten aus der Literatur⁵⁷ – in zahllosen Variationen abgehandelt.

⁵⁵ So die Formulierung von Ignatow, Assen: Geopolitische Theorien in Rußland heute. Berichte des BIOst, 17/1998, S. 11ff.

⁵⁶ Das räumen auch russische Quellen ein. So heißt es in einem Geopolitik-Lehrbuch, dass „bisher keine Neowestler (Russ. neozapadniki, M.M.) in der russischen Geopolitik aufgetaucht sind“; Kolosov, Vladimir/Mironenko, Nikolaj: Geopolitika i političeskaja geografija (Geopolitik und politische Geografie). 2. Aufl., Moskva 2005, S. 169.

⁵⁷ Bis heute immer wieder zitiert werden etwa Fjodor Tjutschews Worte von 1866: „Mit dem Verstand ist Russland nicht zu begreifen, es ist nicht mit einer Elle zu messen, es hat etwas ganz Eigenes, an Russland kann man nur glauben“. Dem slawophilen Dichter und Diplomaten Tjutschew (1803-1873) sprechen denn auch

Iwaschow, der sich in seiner Zeit als Leiter der Hauptverwaltung für internationale Militärzusammenarbeit des Verteidigungsministeriums (1996-2001) u. a. durch schroffe Aussagen an die Adresse der NATO zu profilieren trachtete, fand dazu folgende Worte: „Russland stellt heute einen besonderen Zivilisationstyp dar, für den weder eine umfangreiche Verwestlichung noch ein innerer Konflikt entlang einer ‚zivilisatorischen Bruchlinie‘ zwischen der russisch-orthodoxen und türkisch-islamischen Subzivilisation annehmbar sind. Die Perspektiven Russlands im 21. Jahrhundert sind v. a. mit der Stärkung seines eigenen zivilisatorischen Potenzials, der Erhaltung der kulturellen Identität sowie Widerstand und Festigkeit gegen die Expansion fremder Kulturen und Traditionen verbunden.“⁵⁸

IV.2. Der Hintergrund der postsowjetischen russischen Geopolitik: Das Verhältnis zu den USA

An dieser Stelle ist nicht detailliert auf das komplexe russisch-amerikanische Verhältnis einzugehen, doch bildet es den jederzeit gegenwärtigen Hintergrund für eine seriöse Untersuchung der postsowjetischen russischen Geopolitik.

In den russischen Eliten wie auch in der Öffentlichkeit herrscht kein Zweifel am Bestehen einer Bedrohung Russlands durch die NATO und/oder die USA. Die Tageszeitung des Verteidigungsministeriums, der „Rote Stern“, nannte die USA und ihre transatlantischen Verbündeten offen „unsere geopolitischen Feinde“.⁵⁹ Nicht nur an den Rändern

diverse postsowjetische russische Publikationen Beiträge zur Entwicklung der Geopolitik zu.

⁵⁸ Ivašov, L. G.: Geopolitičeskie protivoborstvo: mesto i rol' Rossii (Die geopolitische Konfrontation: Platz und Rolle Russlands). Institut meždunarodnogo biznesa i kommunikacii (St. Petersburg), Konferenz „Geopolitičeskaja doktrina Rossii: realii i problemy vybora“, 5.-6.3.2004, <<http://www.ibci.ru/AGP/conferencia/statya01.htm>>, abgerufen am 12.1.2008.

⁵⁹ Maruev, Aleksej: Geostrategija Rossii: prioritet nacional'nych interesov (Die Geostrategie Russlands: Priorität der nationalen Interessen). In: Krasnaja zvezda, 12.12.2007, <http://www.redstar.ru/2007/12/12_12/2_04.html>, abgerufen am 2.9.2008.

des politischen Spektrums, sondern auch und gerade im Mainstream dominiert die Überzeugung, dass Washington nichts unversucht lasse, um Russlands Einfluss in der Welt und sogar in der GUS einzuschränken, auf die Verbündeten Russlands Druck auszuüben, einen Regimewechsel in Moskau zu erreichen, Kontrolle über die Bodenschätze und/oder das Nuklearpotenzial Russlands zu erlangen oder es nach einem „Plan (Zbigniew) Brzezinski“ (1977-1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter), der angeblich in dem Buch „The Grand Chessboard“⁶⁰ dargelegt ist, territorial aufzuspalten.

Aus den russischen Ansprüchen auf Großmachtstatus resultiert praktisch zwangsläufig eine Frontstellung gegenüber den USA. Henry Kissinger irrte sich entschieden, als er meinte, dass „in Putin’s geostrategic conception, the U.S. would be the logical partner for Russia.“⁶¹ Das genaue Gegenteil ist der Fall: „Das kollektive Bewusstsein (in Russland, M.M.) sucht und findet ständig neue Beweise eines aggressiven und unfreundlichen Verhaltens der USA gegenüber Russland.“⁶² Die Hauptlinie der Konfrontation in der Welt verläuft nach dominierender Moskauer Ansicht zwischen Russland und den USA, wobei beide versuchen würden, gegen den jeweils anderen Verbündete zu finden und zu mobilisieren. Konsequenterweise betrachtet der russische Mainstream in Eliten wie öffentlicher Meinung die Weltpolitik als Nullsummenspiel: „What’s good for the United States is bad for Russia, and vice versa.“⁶³ Wenn (subjektiv, also aus russischer Sicht) der Einfluss der NATO und/oder der USA steigt, fällt der Russlands – und umgekehrt. Daher unterliegt es für die große Mehrheit der außenpolitischen Praktiker wie Beobachter in

⁶⁰ Brzezinski, Zbigniew: *The grand chessboard. American primacy and its geostrategic imperatives*. New York 1997. Dieses Buch erschien schon im Jahr nach der amerikanischen Erstveröffentlichung auf Russisch; vgl. Bžezinskij, Zbignev: *Velikaja šachmat-naja doska. Gospodstvo Ameriki i ego geostrategičeskie imperativy* (Das große Schachbrett. Die Herrschaft Amerikas und ihre geostrategischen Imperative). Moskva 1998.

⁶¹ Ratnesar, Romesh: Kissinger on Putin: „He thinks he is a reformer“ (Interview). *Time*, 31.12.2007, S. 63.

⁶² Kolosov a. a. O., S. 256.

⁶³ Goldgeier, James/McFaul, Michael: *Russia’s No Democracy. So What?* In: *Washington Post*, 9.4.2006, <<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/04/07/AR2006040701972.html>>, abgerufen am 13.12.2007.

Russland keinem Zweifel, dass die eigenen Interessen durch jede angebliche Erweiterung von „westlichem“ Einfluss zwangsläufig Schaden nehmen müssen. Das betrifft auch und gerade die Osterweiterung der NATO, die in Russland durchgehend als von den USA ausgehende geopolitische Herausforderung und sicherheitspolitische Bedrohung perzipiert wird.

Die Einschätzungen des Einflusses der USA durch russische Geo- und Sicherheitspolitiker differieren stark: Mitunter erscheint er drastisch überzeichnet, und Washington gilt als – im negativen Sinne – beinahe allmächtig; dann wieder heißt es, dass in den USA schwere innen- und wirtschaftspolitische Krisen unausweichlich seien bzw. bereits eingesetzt hätten (manche Stimmen prognostizieren sogar ihren baldigen Zerfall⁶⁴), Washington auch und gerade weltpolitisch auf dem absteigenden Ast sei, „Gegenmachtbildung“ herausfordere und auf immer mehr Widerstände stoße usw.

Russland ist in Europa das mit Abstand flächenmäßig größte und bevölkerungsreichste Land und – trotz der wirtschaftlichen Probleme in den 1990er Jahren – die klar stärkste Militärmacht. Sein Einfluss in Europa wird nach Auffassung des Mainstreams in den die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmenden Eliten eigentlich nur von den USA begrenzt. Daher ist es subjektiv verständlich, ja nahe liegend, dass die Moskauer Politik nach wie vor an einer Abkopplung Westeuropas von Nordamerika arbeitet. Moskau ist unzweifelhaft Nutznießer der objektiv bestehenden Differenzen zwischen der Mehrheit der EU-Mitglieder und den USA. Und es ist auch unübersehbar, dass die EU in vielen Fragen Russland näher steht als Washington. Das betrifft etwa den „Krieg gegen den Terror“, Fragen der Nahostpolitik, die Intervention im Irak 2003 usw.

⁶⁴ Vgl. z. B. Panarin, Igor': Raspad SŠA: mif ili real'nost? (Zerfall der USA: Mythos oder Realität?) Akademija Trinitarizma, 2005, <<http://www.trinitas.ru/rus/doc/0228/002a/02280029.htm>>, abgerufen am 24.1.2008. Panarin, ein Professor an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums Russlands, erhebt auf seiner Homepage den expliziten Anspruch, sich mit Geopolitik zu befassen (<http://www.panarin.com/>).

IV.3. Dugins Neoeurasismus als geopolitische Strömung

Der Eurasismus war eine insbesondere in den 1920er Jahren unter russischen Emigranten florierende Strömung der russischen Geopolitik. Als ihre wichtigsten Vertreter gelten der Philologe Graf Nikolaj Trubezkoj (1890-1938); der Ökonom, Geograph und Soziologe Pjotr Sawitzkij (1895-1968); der Geistliche Georgij Florenskij (1893-1979) und der Historiker Georgij Wernadskij (1887-1973). Auch der Ethnologe Lew Gumiljow (1912-1992), Sohn der berühmten Dichterin Anna Achmatowa, wird immer wieder dem Eurasismus zugerechnet, obwohl er weder Emigrant war noch explizit über Geopolitik arbeitete. Sein Beitrag zum (Neo-)Eurasismus wird allgemein in seiner Theorie der Ethnogenese gesehen. Seine Werke über teilweise exotisch anmutende Themen, denen man auf den ersten Blick kaum Breitenwirksamkeit zutrauen würde (z. B. „Die alten Türken“, „Die alte Rus und die große Steppe“, „Die Ethnogenese und die Biosphäre der Erde“, „Die Entdeckung Chasariens“, „Ein Jahrtausend um das Kaspische Meer“ usw.), sind bis heute in Russland populär und verkaufen sich in immer neuen Auflagen.

Der erwähnte Alexander Dugin, einst „Schattenaußenminister“ der LDPR, ist der in Russland wie im Ausland mit Abstand bekannteste Exponent des Neoeurasismus. Er tritt seit Jahren ständig u. a. in vom Kreml direkt oder indirekt kontrollierten elektronischen und Printmedien (und auch in der Regierungszeitung und im „Roten Stern“) auf, was ohne Unterstützung oder zumindest billigende Duldung der Staatsspitze ausgeschlossen wäre. Mit Sukkurs von Putins Präsidentialadministration erfolgte denn auch 2001 die Gründung von Dugins Bewegung „Eurasien“. Dugin ist lange mit einem der wichtigsten „Polittechnolog“ des Kremls, Gleb Pawlowskij, bekannt. Auch „zentristische“ (d.h. nicht von vornherein nationalistische) seriöse Zeitungen und Zeitschriften drucken Dugins Artikel. Er hielt Vorlesungen an der wichtigsten militärischen Lehranstalt Russlands, der Akademie des Generalstabes der Streitkräfte. Sein Buch „Grundlagen der Geopolitik“ (1. Auflage 1997) erlangte ungeachtet der dort präsentierten teilweise bizarren geopolitischen Phantasien den Status eines Standardwerkes und wurde an vielen russischen Hochschulen als Lehrbuch genutzt.

Putin-Unterstützer Dugin bedient so eine sichtlich vorhandene Nachfrage auf dem postsowjetischen „Markt der Weltanschauungen“. Ursprünglich als extremistisch geltende Auffassungen wurden in der – unter Putin maßgeblich vom Kreml-Establishment bestimmten – Hauptströmung der russischen sicherheitspolitischen Diskussion allmählich hoffähig. Mit anderen Worten: Dugin hat sich seit den 1990er Jahren durchaus nicht vom Rand ins Zentrum des russischen Diskurses bewegt – stattdessen kam dieses Zentrum Dugin entgegen.⁶⁵ Andreas Umland zufolge ist die „Auseinandersetzung mit dem Inhalt sowie der Verbreitung und Rezeption von Dugins eigenartigen Ideen bereits seit geraumer Zeit für einen adäquaten Zugang zum Mainstream des heutigen russischen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens relevant“. Dugin habe eine reale Chance, „die desorientierte kulturelle, akademische und politische russische Elite auf den Weg einer neuen radikal antiwestlichen Utopie zu lenken.“⁶⁶ Dugin berichtete selbst nicht ohne Stolz vom Eindringen eurasischer Ideen in die Programmatik und politische Praxis vieler Parteien, Gruppierungen und Spitzenpolitiker.⁶⁷ Der zunehmende Einfluss des Neoeurasismus auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist denn auch unverkennbar.

⁶⁵ Vgl. Umland, Andreas: Intellektueller Rechtsextremismus im postsowjetischen Rußland: Der Fall Aleksandr Dugin. In: Berliner Debatte Initial, 6/2006, S. 33-43, v. a. S. 36ff.

⁶⁶ Umland, Andreas: Kulturhegemoniale Strategien der russischen extremen Rechten. Die Verbindung von faschistischer Ideologie und metapolitischer Taktik im „Neoeurasismus“ des Aleksandr Dugin. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 4/2004, S. 437-454, v. a. S. 440f, 447.

⁶⁷ Dugin, Aleksandr: Evrazijskaja platforma. Nacional'naja ideja javljaetsja iz živogo čreva istorii (Die Eurasische Plattform. Eine nationale Idee entspringt dem lebenden Mutterleib der Geschichte). In: Nezavisimaja gazeta, 15.11.2000, <http://www.ng.ru/style/2000-11-15/16_eurasia.html>, abgerufen am 2.9.2008.

IV.4. Aktuelle russische geopolitische Konzepte

IV.4.1. Die „multipolare Welt“

1996 führte der damalige Außenminister Jewgenij Primakow das Konzept der „multipolaren Welt“ ein, das der russischen Außen- und Sicherheitspolitik seither zugrunde liegt. Es postuliert zumindest sechs weltpolitische „Pole“, nämlich Russland, die EU, die USA, China, Indien und Japan (doch dezidiert nicht die NATO) und ist explizit gegen eine „einpolige Welt“ gerichtet, welche die USA nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben.⁶⁸ Offenkundig handelte es sich hier um einen Versuch, das wirtschaftlich jedenfalls im Vergleich mit den anderen „Polen“ v. a. bis zum Jahr 2000 allgemein als „schwach“ geltende Russland in einen „Kreis gleichberechtigter Großmächte“ zu reklamieren. Die „multipolare Welt“ ging auch rasch in russische Betrachtungen zur Geopolitik ein.

Im Jahr 2000, in seinem ersten Jahr im Amt des Präsidenten, verabschiedete Putin die erwähnten drei Grunddokumente der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands in Neuredaktionen (vgl. Kap. III). Alle hielten am Konzept der „multipolaren Welt“ fest. In der „Konzeption der nationalen Sicherheit“ setzte sich Moskau das Ziel einer „Stärkung der Positionen Russlands als einer Supermacht und eines der wichtigsten Zentren der multipolaren Welt“. Als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands gelten „Versuche anderer Staaten, sich der Stärkung Russlands als eines der Einflusszentren in einer multipolaren Welt zu widersetzen“. Ganz ähnliche Formulierungen finden sich in der Militärdoktrin. In der „Konzeption für Außenpolitik“ heißt es neutraler, dass Russland ein multipolares System der Internationalen Beziehungen anstreben wird.

⁶⁸ Primakov, Evgenij: *Meždunarodnye otnošenija nakanune XXI veka: problemy – perspektivy* (Die Internationalen Beziehungen am Vorabend des 21. Jahrhunderts: Probleme – Perspektiven). In: *Meždunarodnaja žizn'*, 10/1996, S. 3-13; ders.: *Na gorizonte – mnogopoljusnyj mir* (Am Horizont – eine multipolare Welt). In: *Nezavisimaja gazeta*, 22.10.1996.

Für Dugins Bewegung „Eurasien“ drückt sich der Eurasismus „auf planetarischer Ebene ... als Widerstand gegen die einpolige Globalisierung aus“, die von „Atlantisten“ forciert werde.⁶⁹ Schirinowskij und seine LDPR beschwören die „multipolare Welt“ ebenso wie die Russisch-orthodoxe Kirche. Dieses Konzept kann sich insgesamt auf eine breite Zustimmung in den russischen politischen Eliten stützen. Analytisch lässt es sich daher eindeutig dem „patriotischen Konsens“ zuordnen. Simon stellt einen – überzeugenden – Zusammenhang zwischen diesem theoretischen Postulat und der Renaissance der Geopolitik in Russland her.⁷⁰

Verschiedene russische und westliche Beobachter erlagen offenbar einem Irrtum, als sie nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA die „multipolare Welt“ deswegen für hinfällig erklärten, weil Russland nun endgültig auf einen „prowestlichen Kurs“ gegangen sei.⁷¹ So kam die „multipolare Welt“ in Dokumenten, die anlässlich russisch-chinesischer und russisch-indischer Gipfeltreffen unterzeichnet wurden, auch nach 2001 regelmäßig vor.⁷² In einem Ende 2002 erschienenen Buch glaubte Primakow, eine „eindeutige Bewegung“ hin zu einer multipolaren Welt zu erkennen.⁷³ Später wagte er die Behauptung, dass es „heute überhaupt keine Supermächte gibt“.⁷⁴ Die USA

⁶⁹ Evrazijskij vzgljad. Mirovossrenčeskaja platforma OPOD „Evrazija“, osnovnye principy doktrinal’noj evrazijskoj platformy (Die eurasische Sicht. Die weltanschauliche Plattform der Allrussländischen politischen gesellschaftlichen Bewegung „Eurasien“, Grundprinzipien der eurasischen Doktrinenplattform). Moskva 2002, S. 15, 23.

⁷⁰ Simon hatte Primakows „multipolare Welt“ bereits in einen Zusammenhang mit dem „patriotischen Konsens“ gebracht. Einige wenige andere Autoren nahmen die „multipolare Welt“ dann direkt in die Bestandteile dieses „Konsenses“ auf, vgl. Alexandrova a. a. O., S. 2; Adomeit, Hannes: Russische Aussen- und Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. SWP – AP 3091. Ebenhausen 1999, S. 14.

⁷¹ Felgenhauer, Pavel: Multipolar World Revived? In: The Moscow Times, 5.12.2002, S. 9.

⁷² Vgl. Malek, Martin: Russian Policy Toward South Asia. In: Asian Survey, 3/2004, S. 384-400, S. 384f.

⁷³ Primakov, Evgenij: Mir posle 11 sentjabrja (Die Welt nach dem 11. September). Moskva 2002, S. 141.

⁷⁴ Primakov, Evgenij: Mir bez sverchderžav (Eine Welt ohne Supermächte). In: Izvestija, 26.8.2006, S. 4.

würden – so zeigt man sich in Russland bei vielen Gelegenheiten überzeugt – ihr Ziel einer „einpoligen Welt“ wegen vielfältiger internationaler Widerstände, die auch und gerade von Russland angeleitet und gebündelt werden sollten, nicht erreichen.

Mit dem Konzept der „multipolaren Welt“ will Moskau auch seine Eigenständigkeit betonen. Primakow meinte, dass sich Russland als eigener „Pol“ anderen „Polen“ nicht anschließen könne und dürfe. Das korrespondiert mit der erwähnten Auffassung, dass Russland einen eigenen und von „westlichen Modellen“ explizit unabhängigen Weg gehen sollte. Der Ansatz der „multipolaren Welt“ lässt sich auch als russischer Versuch interpretieren, der offenkundigen Asymmetrie gegenüber den in den Bereichen Wirtschaft und konventionelle Streitkräfte überlegenen USA ideologisch zu kontern. Das hat sich als durchaus erfolgreich erwiesen, da viele Staaten der Welt zweifellos eine (angebliche oder tatsächliche) Dominanz der USA ablehnen und sich zahlreiche Spitzenpolitiker selbst in Mitgliedsländern von NATO und EU – darunter Frankreichs Präsident Jacques Chirac – sowie bekannte Persönlichkeiten wie der Historiker Paul Kennedy offen auf die „multipolare Welt“ berufen bzw. eine solche verlangen. Dazu kommen aufstrebende Schwellenländer bzw. Länder der Dritten Welt wie China, Indien und der Iran. In Teheran unterstützte man die „multipolare Welt“ – unter explizitem Rückgriff auf Russland – schon lange vor der Präsidentschaft Mahmud Ahmadinedschads. Dieser sprach sich u. a. bei einer Rede in Havanna (Kuba) im September 2006 deutlich für eine „multipolare Welt“ und gegen „Unilateralismus“ (eine Anspielung auf die USA) aus.⁷⁵

Russland strebt insbesondere seit 1996, als Primakow als Außenminister antrat, nach der Schaffung von antiamerikanischen Koalitionen. Eine geradezu zwangsläufige Begleiterscheinung dieser Politik ist der bis heute anhaltende Reflex, alle von den USA angeblich oder tatsächlich unter Druck gesetzten Regimes politisch und diplomatisch (und auch in

⁷⁵ G-15 able to play effective role at eco-political arena: President. Havana, Sept. 15 (2006), IRNA, <<http://www2.irna.ir/en/news/view/line-17/0609157144104023.htm>>, abgerufen am 2.9.2008.

der UNO sowie anderen internationalen Organisationen) in Schutz zu nehmen, demonstrativ gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu ihnen herzustellen bzw. aufrecht zu erhalten, Waffen zu liefern usw. Das betraf bzw. betrifft in erster Linie Belarus, Restjugoslawien/Serbien, Syrien, Saddam Husseins Irak, den Iran, den Sudan, Nordkorea und Venezuela.

Die offizielle russische Außen- und Sicherheitspolitik folgt in diesem Bereich – gewollt oder ungewollt – einem Szenario Dugins, der es als die Hauptaufgabe Russlands als „Zentrums Eurasiens“ definierte, so viele Staaten und geopolitische Räume wie möglich gegen die USA zu vereinigen.⁷⁶ Diese anhaltende russische „Suche nach Verbündeten“, bei der Moskau zu einem maßgeblichen Teil auf aus der Sowjetzeit stammende Kontakte und Beziehungen zurückgreifen kann, gilt als Beitrag zur Herstellung bzw. Aufrechterhaltung einer „multipolaren Welt“. Die russischen Waffenverkäufe an China, Indien, Venezuela, Syrien, den Iran usw. sollen ebenfalls durch eine Stärkung von US-kritischen Ländern die „multipolare Welt“ nach russischem Muster fördern.⁷⁷

IV.4.2. Das „Dreieck“ Russland-China-Indien

Die Idee eines „Dreiecks“ aus Russland, China und Indien wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Primakow bei einem Besuch in New Delhi Ende 1998 (als die Kosovo-Krise wegen der Massenvertreibungen von ethnischen Albanern durch serbisches Militär und Paramilitärs allmählich eskalierte) vorgebracht. Er schlug seinem indischen Amtskollegen Atal Bihari Vajpayee vor, zusammen mit China gegen die USA Front zu machen. Ein solches „Dreieck“ würde Russland mit zwei weltpolitisch sehr bedeutenden und dem Westen (und v. a. den USA) bekannt skeptisch bis kritisch gegenüberstehenden Ländern verbinden, die

⁷⁶ Dugin, Aleksandr: *Osnovy Geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii* (Die Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands). Moskva 1997, S. 216f.

⁷⁷ Felgenhauer, Pavel: *How Iran Outplayed Russia*. In: *The Moscow Times*, 15.3.2001, <http://www.ransac.org/Projects%20and%20Publications/News/Nuclear%20News/2001/03_16_01.html#5b>, abgerufen am 2.9.2008.

gleichzeitig die wichtigsten Kunden seines militärisch-industriellen Komplexes sind: Peking und New Delhi kaufen zusammen etwa drei Viertel des gesamten russischen Rüstungsexports. Das ist Moskauer Stimmen zufolge nicht isoliert von den eigenen außenpolitischen Zielen zu betrachten: „Indem wir die Verteidigung Indiens und Chinas stärken, stärken wir die russische Sicherheit.“⁷⁸

Dugin meinte: „Die These vom Dreieck ... und Jelzins und Putins These von der ‚multipolaren Welt‘ sind nichts anderes als der direkte Ausdruck der eurasischen Idee auf strategischer Ebene.“⁷⁹ Russische Offizielle mit Putin an der Spitze riefen immer wieder zu mehr Kooperation zwischen Russland, Indien und China auf. Russland sieht in Separatismus und Terrorismus eine gemeinsame Bedrohung für alle drei Staaten: Moskau habe das Problem in Tschetschenien, Chinas Einheit sei in Tibet, Sinkiang und Taiwan bedroht, und Indien sei in Kaschmir gefährdet. Der Umstand, dass Moskau selbst Separatisten in verschiedenen Ländern der GUS politisch und militärisch unterstützt hat (Dnjestr-Gebiet/Moldawien, Abchasien und Südossetien/Georgien, Berg-Karabach/Aserbaidschan), ist traditionell kein Thema zwischen Russland einerseits sowie China und Indien andererseits: Beide Mächte respektieren die russischen „Sonderinteressen“ in der GUS und stehen auch hinter der russischen „Antiterror-Operation“ in Tschetschenien.

Putin setzte sich dafür ein, die nach wie vor bestehenden territorialen Streitigkeiten zwischen China und Indien (die 1962 zu einem Grenzkrieg geführt hatten) nicht zum Anlass für neue Kontroversen zu nehmen. Moskau kann denn auch kein Interesse an einem Konflikt zwischen den beiden anderen „Ecken des Dreiecks“ haben, da dieses dadurch geschwächt würde – und aus russischer Sicht kann nur ein intaktes „Dreieck“ dem Einfluss der USA in Asien effektiv entgegentreten. Russische Stimmen betrachten das „Dreieck“ als „starkes Werkzeug geopolitischen Einflusses“. „Alle seine Teilnehmer stimmen mit den politischen Zielen

⁷⁸ So der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, General Andrej Nikolajew, am 15. Dezember 2002 bei einem Briefing in Moskau in Gegenwart des Verfassers.

⁷⁹ Dugin a. a. O. (2000).

überein, die amerikanische Strategie einer einpoligen Welt zum Scheitern zu bringen und ein eigenes Machtzentrum zu schaffen.“⁸⁰ Die „multipolare Welt“ ist in vielen von Vertretern der drei Länder unterzeichneten politischen Dokumenten anzutreffen.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass sich Russland gerne in der Rolle des informellen Anführers des imaginären „Dreiecks“ sehen würde, obwohl es die mit weitem Abstand geringste Bevölkerungszahl unter den drei Ländern aufweist. Damit in Übereinstimmung steht auch, dass Moskau bei jeder Gelegenheit zu erkennen gibt, dass es seine Rolle nicht auf jene eines Lieferanten von Energieträgern für die aufstrebenden Volkswirtschaften Chinas und Indiens reduzieren zu lassen gedenkt. Moskau war klar die treibende Kraft hinter den Treffen hochgestellter Vertreter der drei Länder, die zusammen zwei Fünftel der Weltbevölkerung stellen und etwa die Hälfte der vorhandenen Atomsprenköpfe kontrollieren. Am 14. September 2002 trafen sich die Außenminister Igor Iwanow (Russland), Tang Jiaxuan (China) und Yashwant Sinha (Indien) am Rand der UNO-Vollversammlung in New York zum ersten Mal in diesem Format. Im Juni 2005 versammelten sich die Außenminister Sergej Lawrow, Li Zhaoxing und Natvar Singh in Wladiwostok (Russland). Eine seriöse Moskauer Zeitung schrieb aus diesem Anlass, dass „it is well known that the idea of creating an external political alliance with Russia, China and India participation always had one goal – to counterbalance the American power.“⁸¹ Im Juli 2006 hielten Putin, der chinesische Präsident Hu Jintao und der indische Premier Manmohan Singh das erste Treffen dieser Art ab, und zwar nach dem Ende des G-8-Gipfels in Putins Heimatstadt St. Petersburg. Aus diesem Anlass unterstrich der russische Präsident „similar views on and interests in major international

⁸⁰ Mjasnikow, Viktor: Evrazijskij treugol'nik: Moskva i Peking priglašajut Deli v svoju kompaniju (Das eurasische Dreieck: Moskau und Peking laden Delhi in ihre Gesellschaft ein). In: Nezavisimaja gazeta, 29.8.2005, S. 3.

⁸¹ Zygar, Mikhail: The Third Among the Equals. Moscow, New Delhi and Beijing are creating counter-revolutionary union. In: Kommersant', 3.6.2005, <<http://www.kommersant.com/page.asp?id=582650>>, abgerufen am 2.9.2008.

and regional issues“ der drei Länder.⁸² Im Februar 2007 kamen deren Außenminister in New Delhi zusammen. Eine Moskauer Tageszeitung meinte zu ihrem Abschlusscommuniqué, dass es „eine positive Antwort auf die Frage gab, ob ein geostrategisches Dreieck Moskau-Delhi-Peking existiert.“⁸³ Im Oktober 2007 hieß der chinesische Außenminister Yang Jiechi seine Amtskollgen aus Russland und Indien, Lawrow und Pranab Mukherjee, in Harbin willkommen. Ihr wichtigstes Ziel war es, der Welt zu demonstrieren, dass das „Dreieck“ an Relevanz gewinnt – und zwar vor dem Hintergrund von Bemühungen zur Schaffung eines amerikanisch-japanischen Raketenabwehrsystems im Pazifik und angeblichen Versuchen der USA, in Mittelasien Fuss zu fassen⁸⁴ (obwohl es Moskau 2005 gelungen war, eine Schließung des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Chanabad in Usbekistan zu erreichen und Taschkent 2006 in die „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ [OVkS] zurückgekehrt ist.

Moskau versucht, die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), in der Indien Beobachterstatus hat (siehe dazu das nächste Kapitel), sicherheitspolitisch mit dem „Dreieck“ zu vernetzen. Der damalige russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow meinte im Dezember 2005, trilaterale Militärmanöver mit China und Indien unter SOZ-Ägide „nicht ausschließen“ zu wollen. Eine Moskauer Zeitung, die den außen- und sicherheitspolitischen Kurs des Kremls üblicherweise „erläutert“ und gegen angebliche und tatsächliche Kritik aus dem In- und Ausland verteidigt, meinte dazu: „Somit hat Moskau einen militärpolitischen Zusammenschluss mit Teilnahme seiner asiatischen Partner

⁸² Zitiert nach: China, Russia, India hold first trilateral summit. Xinhua, 17.7.2006, <http://news.xinhuanet.com/english/2006-07/18/content_4846589.htm>, abgerufen am 2.9.2008.

⁸³ Strokan', Sergej: Mnogopoljarnyj den'. Na včerašnej vstreče v Deli Rossija, Indija i Kitaj vnov' zajavili o neprijatii odnopoljarnogo mira (Ein multipolarer Tag. Auf dem gestrigen Treffen in Delhi wiederholten Russland, Indien und China ihre Ablehnung einer einpoligen Welt). In: Kommersant', 15.2.2007, S. 10.

⁸⁴ Gabuev, Alexander: India Out of Triangle. In: Kommersant', 25.10.2007, <http://www.kommersant.com/p818502/India_Russia_China_meeting/>, abgerufen am 26.10.2007.

geschaffen. Es ist charakteristisch, dass diese Militärallianz alle Atom-
mächte⁸⁵ umfasst, die nicht der NATO angehören.⁸⁶

Es ist unzutreffend, dass „Russia, China, and India (are) too weak to
balance US power in any significant measure“.⁸⁷ Das „Dreieck“ dürfte
allerdings in der näheren Zukunft kaum institutionalisiert werden.
Insbesondere Indien hat durchaus Interesse an tragfähigen Beziehungen
zu Washington. Zwischen Indien und China herrscht nach wie vor
erhebliches Misstrauen, und ihre (auch atomare) Rüstung ist zu einem
nicht unerheblichen Teil gegeneinander gerichtet. Zudem ist der Erz-
feind Indiens, Pakistan, ein alter Klient Pekings, das auch das mili-
tärliche Nuklearprogramm Islamabads gefördert hat. Allerdings kam es
in den letzten Jahren zu einer chinesisch-indischen Annäherung auch in
den Bereichen Sicherheit und Militär. So hielten die beiden Länder im
Dezember 2007 ihr erstes gemeinsames Militärmanöver ab: In der chine-
sischen Provinz Yunnan, die an Indien grenzt, wurde „Terrorbekämp-
fung“ geübt.

⁸⁵ Das ist ungenau, da Pakistan, Israel und Nordkorea unberücksichtigt sind.

⁸⁶ Muchin, Vladimir/Mjasnikov, Viktor: Dur' vyšibajut minometom (Eine Torheit wird
mit dem Granatwerfer ausgetrieben). In: Nezavizimaja gazeta, 17.10.2005, <http://www.ng.ru/politics/2005-10-17/1_dur.html>, abgerufen am 13.12.2007.

⁸⁷ Pant, Harsh V.: The Moscow–Beijing–Delhi ‘Strategic Triangle’: An Idea Whose
Time May Never Come. In: Security Dialogue, 3/2004, S. 311-328.

V. Ausgewählte geopolitische Initiativen und Vorgänge

V.1. Zur Politik Russlands in der GUS

V.1.1. Allgemeines

Die GUS hat 1991-1992 zweifellos dazu beigetragen, den Zerfall der UdSSR in kontrollierte Bahnen zu lenken und ein „jugoslawisches Szenario“ in (post-)sowjetischen – und damit sehr viel größeren – Maßstäben zu verhindern. Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion hatten die postsowjetischen Republiken den relativ größten Freiraum gegenüber Russland, das in erster Linie mit inneren Problemen – und v.a. Wirtschaftsreformen – befasst und nach übereinstimmender Meinung der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Analytiker nach außen „schwach“ war. Schon bald aber trachtete Moskau, die GUS zu einem Instrument zur Wahrung bzw. Stärkung seines Einflusses gegenüber den anderen früheren Sowjetrepubliken zu machen. Die anderen GUS-Staaten hätten, so die „Konzeption für Außenpolitik“ (2000), die russischen „Interessen ... im notwendigen Maße zu berücksichtigen.“⁸⁸ Und bereits 1995 machte Präsident Boris Jelzins grundlegender und bis heute gültiger Erlass „Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“ (14. September 1995) explizit, dass „im Zusammenwirken mit dritten Ländern und internationalen Organisationen von ihrer Seite Verständnis erreicht werden“ solle, dass die GUS „v.a. Interessenzone Russlands ist.“⁸⁹

⁸⁸ Konzeption. Außenpolitik der Russischen Föderation, <<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm>>, abgerufen am 7.6.2008.

⁸⁹ Strategičeskij kurs Rossii s gosudarstvami – učastnikami Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv. Utveržden Ukazom Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 14 sentjabrja 1995 g. (Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS), No. 940, <<http://www.ln.mid.ru/ns-osndoc.nsf/0e9272bafa34209743256c630042d1aa/4e3d23b880479224c325707a00310fad?OpenDocument>>, abgerufen am 8.6.2008.

Offenbar sollte nach dem Zerfall des „äußeren Imperiums“ (also des Warschauer Paktes) bzw. des gesamten „Sozialistischen Weltsystems“ (1989-91) wenigstens das frühere „innere Imperium“, d. h. das Territorium der GUS (auch „postsowjetischer Raum“ genannt), soweit wie möglich unter der Kontrolle Moskaus gehalten werden. Ein 2002 in Moskau erschienenes Lehrbuch für die Geschichte der UdSSR bezeichnet die GUS offen als „Hebel“, mit dem Russland „seine Partner in der GUS – und besonderes die Ukraine – vereinigen und beeinflussen kann.“⁹⁰ Und ein russisches Lehrbuch für Völkerrecht meinte, dass die GUS dazu aufgerufen sei, „die Sicherheit im eurasischen Raum der früheren UdSSR zu garantieren.“⁹¹ Daraus ergeben sich bereits klare sicherheits- und militärpolitische Funktionen der GUS.

Putins Russland meldete dann, gestützt auf rasch steigende Erdöl- und Erdgaspreise, ab dem Jahr 2000 seine Großmachtansprüche mit zunehmendem Selbstbewusstsein an. Moskau forderte nach außen umso nachdrücklicher „Mitsprache“ ein, je autoritärer und konservativ-nationalistischer es im Inneren wurde. Besonders nachdrücklich trägt Moskau seine Ansprüche in der GUS vor, und diese ist auch die einzige Region, wo es aus verschiedenen Gründen (darunter das weitgehende Desinteresse von Politik und Öffentlichkeit im Westen) einige Aussichten hat, seine Ziele in einem signifikanten Umfang zu verwirklichen. Grundlegende offizielle Dokumente zur Außen- und Sicherheitspolitik, Erklärungen russischer Politiker und Militärs, v. a. aber die Praxis der russischen Politik lassen keinen Zweifel an der GUS als erster Priorität. Sie wurde auch vom neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew gleich nach seiner Amtsübernahme bestätigt. Er ergriff auch gleich konkrete Maßnahmen: In einem Erlass vom 12. Mai 2008 ordnete er die Schaffung einer beim Außenministerium anzusiedelnden „Föderalen Agentur für Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ an.

⁹⁰ Munčaeв, Šamil’/Ustinov, Viktor: Istorija Sovetskogo gosudarstva (Die Geschichte des Sowjetstaates). Moskva 2002, S. 652.

⁹¹ Kolosov, Ju. M./Krivčikova, E. S.: Meždunarodnoe pravo (Völkerrecht). Moskva 2001, S. 377.

V.1.2. Das „nahe“ und das „ferne“ Ausland

Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „nahen Ausland“, d. h. den anderen GUS-Staaten, und dem „fernen Ausland“, also dem „Rest der Welt“. Es handelt sich hier aber nicht um geographische, sondern um „politische“ Entfernungen: Das Tausende Kilometer von Zentralrussland entfernte Tadschikistan ist nämlich „nahes Ausland“, während das vor den Toren von St. Petersburg gelegene Finnland als „fernes Ausland“ gilt. Dies ließ bei manchen Beobachtern den Verdacht aufkommen, dass man in Moskau den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern der Welt zubilligt.

„Integration“ im Rahmen der GUS hat nur wenig mit jenen Prozessen zu tun, die man in der EU mit dem gleichen Begriff bezeichnet. In Moskau meint man damit de facto eine weitgehende Übernahme der russischen Linie in außen- und sicherheitspolitischen Fragen durch die anderen GUS-Mitglieder. Moskau hat diese immer wieder auf einen „einheitlichen“ – d. h. seinen – Kurs zu verpflichten versucht, so z. B. gegenüber den russischen Militärkampagnen in Tschetschenien (1994-1996 und seit 1999), der NATO-Osterweiterung, dem Kosovo-Einsatz der NATO 1999, der Irak-Intervention der USA 2003 usw.

V.1.3. Die „Strategie der zwei Grenzen“

Das Dokument „Über die nationale Sicherheit der Russländischen Föderation (1996-2000)“ hatte u. a. einen Schutz der so genannten „Außengrenzen der GUS“ (d. h. Grenzen von GUS-Mitgliedern mit Ländern, die nicht ebenfalls der GUS angehören) auch und gerade durch russische Grenztruppen verlangt; nur dort, wo das nicht möglich ist, sollten die Grenzen Russlands selbst bewacht werden. Diesen Ansatz nennen manche russische Quellen „Strategie der zwei Grenzen“. Sie ist mit dem Konzept des „nahen“ und „fernen Auslands“ komplementär und postuliert Grenzen mit unterschiedlicher „Qualität“ in der GUS: Zu den „Außengrenzen“ sollen „innere Grenzen“ ausschließlich zwischen GUS-Mitgliedern kommen, die ohne jede Befestigungen und generell so

durchlässig wie möglich zu halten wären. Das spiegelt sich u. a. im erwähnten Dokument „Der strategische Kurs Russlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der GUS“ wider, wo es u. a. heißt: „Den nationalen Interessen Russlands und den gemeinsamen Interessen der GUS (die hier offenkundig gleichgesetzt werden, M.M.) entspricht ein verlässlicher Schutz der (Außen-)Grenzen der GUS, der ihre gemeinsame Sache und durch gemeinsame Anstrengungen durchzuführen ist. Die Arbeit an Verträgen ... über die Stationierung von Grenztruppen der Russländischen Föderation (in anderen GUS-Staaten, M.M.) ist abzuschließen. Die Möglichkeit der künftigen Schaffung von regionalen Vereinigungen von Kommanden von Grenztruppen der GUS-Staaten ist zu untersuchen, ein einheitliches System des Schutzes ihrer Grenzen ist anzustreben.“ Und: „Den langfristigen Plänen Russlands entspricht die Erhaltung des Prinzips der Offenheit der Grenzen innerhalb der GUS.“⁹²

Moskau musste bei der Umsetzung seiner Vorstellungen zur Grenzpolitik allerdings Rückschläge hinnehmen: Schon 1993 hatten die russischen Grenztruppen aus Aserbaidschan abziehen müssen, 1999 aus Georgien, Kirgisien und Turkmenien sowie 2005 auch von der als besonders sensibel geltenden Grenze zwischen dem GUS-Mitglied Tadschikistan und Afghanistan. Aber auch nach dem Rückzug der russischen Grenztruppen aus Kirgisien und Tadschikistan blieben russische „Berater“ für die nationalen Grenztruppen vor Ort; zudem bildet Russland weiter Personal für sie aus. Die letzte postsowjetische Republik, die ihre „GUS-Außengrenzen“ (d. h. zur Türkei und zum Iran) unter Teilnahme russischer Grenztruppen bewacht, ist (seit 1992) Armenien. Und der „Rote Stern“ erwähnte die „Strategie der zwei Grenzen“ noch Anfang 2008.⁹³

⁹² Strategičeskij kurs Rossii s gosudarstvami – učastnikami Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv, a. a. O.

⁹³ Sumarokov, Leonid: Tjan'-Šanskij rubež Rossii (Die Tjan-Schansker Grenze Russlands). In: Krasnaja zvezda, 26.1.2008, <http://www.redstar.ru/2008/01/26_01/3_01.html>, abgerufen am 28.1.2008.

V.1.4. Vom Vks zur OVks

Am 15. Mai 1992 unterzeichneten Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Armenien in der usbekischen Hauptstadt Taschkent den Vertrag über kollektive Sicherheit/Vks (auch „Taschkenter Vertrag“), der mit seiner Beistandsklausel ein Versuch war, einen einheitlichen militärstrategischen Raum in der GUS zu erhalten bzw. aufzubauen. 1993 traten noch Aserbaidshan, Georgien und Belarus bei. Die Ukraine, Turkmenien und Moldawien blieben dem Vks zum Missfallen Russlands fern.

Der Vertrag über kollektive Sicherheit/Vks („Taschkenter Vertrag“) von 1992

Artikel 1: Die Teilnehmerstaaten des Vks verzichten in den internationalen Beziehungen auf den Einsatz von Gewalt oder Drohungen mit einem solchen. – Die Teilnehmerstaaten werden nicht in Militärbündnisse eintreten oder an Aktivitäten teilnehmen, die gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtet sind. – Im Falle der Entstehung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa und Asien und des Abschlusses von Verträgen über kollektive Sicherheit treten die Teilnehmerstaaten des Vks in unverzügliche Konsultationen ein, um Änderungen in den Vks einzufügen.

Artikel 2: Die Teilnehmerstaaten des Vks werden sich in allen wichtigen Fragen der internationalen Sicherheit, die ihre Interessen tangieren, konsultieren und ihre Positionen zu diesen Fragen abstimmen. – Im Falle einer Bedrohung der Sicherheit, der territorialen Integrität und Souveränität eines oder mehrerer Teilnehmerstaaten wird sofort ein Mechanismus gemeinsamer Konsultationen mit dem Ziel in Gang gesetzt, die Positionen zu koordinieren und die entstandene Bedrohung zu beseitigen.

Artikel 3: Die Teilnehmerstaaten des Vks bilden einen Rat für kollektive Sicherheit, dem die Staatsoberhäupter der Teilnehmerstaaten und der Oberkommandierende der Vereinigten Streitkräfte der GUS (die 1993 aufgelöst wurden, M.M.) angehören sollen.

Artikel 4: Wenn einer der Teilnehmerstaaten des Vks von einem Staat oder einer Gruppe von Staaten angegriffen wird, gilt das als Aggression gegen alle Teilnehmerstaaten. Im Falle einer Aggression gegen einen Teilnehmerstaat leisten ihm alle anderen Vertragspartner die notwendige – auch militärische – Hilfe und gewähren zur Umsetzung des Rechts auf kollektive Verteidigung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in Übereinstimmung mit Artikel 51 der UNO-Charta Unterstützung (diese Formulierung ähnelt stark dem Schlüsselsatz von Artikel 5 des NATO-Vertrages von 1949, M.M.). Über jene Maßnahmen, die auf der Grundlage dieses Artikels 4 getroffen werden, informieren die Teilnehmerstaaten unverzüglich den UNO-Sicherheitsrat. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen werden die Teilnehmerstaaten die entsprechenden Bestimmungen der UNO-Charta einhalten.

Artikel 5: Der Rat für kollektive Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Vks und von ihm geschaffene Organe übernehmen die Koordinierung und Sicherstellung der gemeinsamen Tätigkeiten der Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit dem Vks. Bis zur Schaffung dieser Organe koordiniert das Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte der GUS die Streitkräfte der Teilnehmerstaaten.

Artikel 6: Die Entscheidung über den Einsatz von Streitkräften zur gemeinsamen Abwehr einer Aggression wird von den Staatsoberhäuptern der Teilnehmerstaaten des Vks getroffen. Der Einsatz von Streitkräften der Teilnehmerstaaten des Vks im Ausland ist ausschließlich im Interesse der internationalen Sicherheit in strenger Übereinstimmung mit der UNO-Charta und der Gesetzgebung der Teilnehmerstaaten des Vertrages durchzuführen.

Artikel 7: Unterbringung und Betrieb von Objekten des Systems der kollektiven Sicherheit auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten werden von speziellen Vereinbarungen geregelt.

Artikel 8: Der Vks berührt Rechte und Verpflichtungen nach bi- und multilateralen Verträgen und Vereinbarungen, die von den Teilnehmerstaaten mit anderen Ländern abgeschlossen wurden, nicht und ist nicht gegen dritte Länder gerichtet. – Der Vks beschneidet das Recht der

Teilnehmerstaaten auf individuelle und kollektive Verteidigung gegen eine Aggression in Übereinstimmung mit der UNO-Charta nicht. – Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, keine internationalen Vereinbarungen abzuschließen, die mit dem Vks unvereinbar sind.

Artikel 9: Alle Fragen, die zwischen den Teilnehmerstaaten des Vks bei der Interpretation seiner Bestimmungen auftauchen, werden im Geiste der Freundschaft, des gegenseitigen Respekts und gegenseitigen Verständnisses gemeinsam gelöst.

Artikel 10: Der Vks steht allen interessierten Staaten, die seine Ziele und Prinzipien teilen, offen.

Artikel 11: Der Vks wird für fünf Jahre geschlossen und kann verlängert werden. Jeder Teilnehmerstaat hat das Recht auf Austritt, wenn er die anderen Teilnehmer nicht weniger als sechs Monate vor dem Auslaufen des Vks von dieser Absicht informiert und alle mit dem Austritt verbundenen (in dem Dokument nicht näher bezeichneten, M.M.) Verpflichtungen erfüllt. – Der Vks ist von jedem Teilnehmerstaat entsprechend seiner verfassungsmäßigen Prozeduren zu ratifizieren und tritt sofort nach der Abgabe der unterzeichneten Ratifikationsurkunden an das Archiv der Regierung von Belarus in Kraft (das war dann am 20. April 1994 der Fall, M.M.).

Quelle: Dogovor o kollektivnoj bezopaznosti (1992), <<http://www.dkb.gov.ru/start/index.htm>>, abgerufen am 29.6.2008.

Die erheblichen Unterschiede in den Bedrohungsperzeptionen zwischen den Vks-Mitgliedern waren von Anfang an unübersehbar. 1999 lehnten Georgien, Aserbaidshan und Usbekistan die Verlängerung ihrer Mitgliedschaft ab. Das Dokument wurde damals allerdings von verschiedenen (russischen und westlichen) Kommentatoren zu früh totgesagt: 2002 fiel der Beschluss, den Vks zu einer Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVks) aufzuwerten. 2008 trat Usbekistan der OVks bei.

V.1.5. Der Einheitliche Wirtschaftsraum von vier Staaten

2003 vereinbarten die Präsidenten Russlands, der Ukraine, Belarus' und Kasachstans die Bildung eines Einheitlichen Wirtschaftsraumes mit einem freien Fluss von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften. Es war zweifellos eines der zentralen russischen Motive bei der Initiierung dieses Projekts, die Ukraine von einer verstärkten Teilnahme an der (west-)europäischen Integration abzuhalten, weil sie damit zwangsläufig dem russischen Einfluss immer mehr entzogen wäre. Kritiker in Kiew gaben denn auch von Anfang an zu bedenken, dass der Einheitliche Wirtschaftsraum das gleichfalls offiziell deklarierte ukrainische Ziel einer Annäherung an die EU (mit der Perspektive eines Beitritts) konterkariert.

Der Anfang 2005 angetretene Präsident Viktor Juschtschenko zeigte sich gegenüber dem Einheitlichen Wirtschaftsraum von Anfang an skeptischer als sein Vorgänger Leonid Kutschma. Seine Gründungsdokumente hatten die Schaffung eines „einheitlichen Regulierungsorgans“ vorgesehen, an das die Teilnehmerstaaten bestimmte Kompetenzen delegieren sollten und das für alle verbindliche Entscheidungen zu fällen hätte. Damit verfolgte Russland weiter sein langjähriges Ziel der Schaffung von „überstaatlichen“ Einrichtungen in der GUS (oder einem Teil ihrer Mitglieder), die wegen seines erheblichen territorialen, politischen, militärischen, ökonomischen, personellen usw. Übergewichts zwangsläufig überwiegend von ihm kontrolliert würden. Ein „einheitliches Regulierungsorgan“ würde die Moskauer Möglichkeiten, auf die Innen- und Wirtschaftspolitik der Angehörigen des Einheitlichen Wirtschaftsraumes einzuwirken, zweifellos signifikant erhöhen.

Ungeachtet der dargestellten Skepsis der Ukraine seit Anfang 2005 hielt Moskau auch in der Folge an einem „einheitlichen Regulierungsorgan“ für den Wirtschaftsraum fest. Auch und gerade deswegen ist kaum daran zu zweifeln, dass es sich beim Einheitlichen Wirtschaftsraum weniger um ein für alle Teilnehmer potenziell vorteilhaftes ökonomisches Integrationsprojekt denn um eine geopolitische Initiative Moskaus handelt, die darauf abzielt, die Ukraine, Belarus und Kasachstan – d. h. die beiden anderen ostslawischen Staaten sowie den flächenmäßig größten

nichtslawischen GUS-Staat mit einer bedeutenden „russischsprachigen“ Minderheit – fester als bisher an Russland zu binden und so zu verhindern, dass sie sich an (angeblichen) „antirussischen“ Initiativen beteiligen.

V.1.6. Die „Union“ Russland-Belarus

Der Modus der „Integration“ von Russland und Belarus ist nach wie vor strittig. Der seit 1994 zunehmend autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko lehnte eine einfache Angliederung seines Landes an Russland immer wieder entschieden ab. Er verlangte stattdessen die Schaffung von den derzeitigen Führungen der beiden Länder übergeordneten staatlichen Organen, welche ihm bedeutende Einflussmöglichkeiten auch auf die russische Politik geben sollten. Diesem Ziel glaubte sich Lukaschenko allmählich anzunähern, als der gesundheitlich wie politisch zunehmend schwächere Jelzin Russland regierte. Allerdings änderten sich die Rahmenbedingungen der russisch-belorussischen „Integration“ unter dem vergleichsweise jungen und dynamischen Putin erheblich. Die meist ohnedies vorsichtig formulierte EU-Kritik am Zustand von Demokratie sowie Menschen- und Bürgerrechten in Belarus empfand die politische Klasse in Russland immer mehr als auch gegen sich gerichtet.

Es ist offen, wie Artikel 1 der belorussischen Verfassung („Belarus verteidigt seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität“) mit einem russisch-belorussischen „Unionsstaat“ vereinbar sein soll. Diese Frage interessiert allerdings bestenfalls die weitgehend ohnmächtige nationaldemokratische belorussische Opposition und ist für die praktische Entwicklung unmaßgeblich. Dafür geht es bei der russisch-belorussischen „Integration“ in erster Linie um die persönlichen Ambitionen Lukaschenkos wie Putins. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich Lukaschenko für fähig hält, Führer eines vereinigten russisch-belorussischen Staates oder überhaupt einer wenigstens teilweise wiederhergestellten Sowjetunion zu werden. Zudem spielte die russisch-belorussische „Integration“ auch in der Moskauer Debatte des so genannten „Problems 2008“ eine Rolle: Zwecks Verlängerung der Führung Putins dachten

manche Stimmen in Moskau laut über die Möglichkeit nach, ein neues vereinigt russisch-belorussisches Staatsgebilde zu gründen, als dessen Präsident Putin 2008 seine erste Amtszeit antreten könnte – mit Lukaschenko als Vize. Dazu kam es aber bekanntlich nicht.

V.1.7. Exkurs: Die GUAM bzw. GUUAM

Am 10. Oktober 1997 unterzeichneten die Präsidenten Georgiens, der Ukraine, Aserbaidschans und Moldawiens in Straßburg ein Kommuniqué über engere Zusammenarbeit. Diese informelle Vereinigung erhielt die Bezeichnung GUAM (nach den Anfangsbuchstaben der vier Länder). Die Tatsache, dass der Beitritt Usbekistans im April 1999 am Rande des NATO-Jubiläumsgipfels in Washington erfolgte, löste in Russland besonderen Ärger aus und bestätigte aus Moskauer Sicht den bereits lange gehegten Verdacht, dass die GUAM bzw. nun GUUAM ein „Trojanisches Pferd der NATO“ in der GUS sei und deren effektive „Integration“ behindern solle.

Die GUAM/GUUAM versammelte ursprünglich Staaten, die dem russischen Drängen auf eine immer engere „Integration“ in der GUS widerstehen wollten. Daher wird in Politik, Militär, Presse und Wissenschaft Russlands (sowie Belarus' und Armeniens) die bloße Existenz der GUAM/GUUAM seit Jahren ausschließlich negativ kommentiert. Grundsätzlich hält Moskau alle Zusammenschlüsse von ehemaligen Sowjetrepubliken, an denen es nicht ebenfalls beteiligt ist, für „antirussisch“ und vom „Westen“ gesteuert. Daher entwickelte Russland erhebliche Anstrengungen, um der GUAM/GUUAM politisch, diplomatisch und propagandistisch zu schaden.

Dieser Aufwand stand und steht allerdings in keinem Verhältnis zur realen Bedeutung der GUAM/GUUAM. Sie war und ist weder ein Bündnis noch eine internationale Organisation, sondern lediglich – im besten Falle – ein Beratungsgremium. Ein GUAM-Sekretariat besteht (in Kiew) erst seit 2007; die Koordinationsstrukturen sind insgesamt schwach ausgeprägt. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedern der GUAM/GUUAM blieb trotz aller Deklarationen eher be-

scheiden. Die GUAM/GUAM war zudem nie auch nur in Ansätzen in der Lage, ein Gegengewicht zum Vks zu bilden oder den russischen Hegemonieansprüchen in der GUS entgegenzutreten, auch wenn um den dortigen russischen Einfluss ständig besorgte Moskauer Politiker, „Polit-technologen“, Geopolitiker, Militärs usw. das Gegenteil zu wissen glauben.

Eine gemeinsame Peacekeeping-Einheit der GUAM für Einsätze im Rahmen der UNO und/oder der OSZE sowie eine Einheit für den Schutz von Pipelines in Aserbaidschan und Georgien werden zwar seit Jahren diskutiert, doch lässt die Verwirklichung auf sich warten. Ein herber Rückschlag für die Vereinigung war der Austritt Usbekistans Mitte 2005, der in Moskau naturgemäß unverhohlene Genugtuung auslöste.

V.1.8. Befürchtungen der Moskauer GUS-Politik

Moskau sorgt sich in seiner GUS-Politik seit vielen Jahren um: einen möglichen Zerfall der GUS (was ihr buchstäblich seit dem Moment ihrer Gründung im Dezember 1991 permanent prophezeit wird); ein allgemeines „Auseinanderdriften“ Russlands und der anderen GUS-Mitglieder; eine Degradierung der GUS zu einer „amorphen Struktur“ oder einem „Diskussionsklub“, der gegenüber seinen Mitgliedern keine verbindlichen Entscheidungen treffen bzw. umsetzen könne; eine unzureichend intensive „Integration“ bzw. „fehlende Klammerwirkung“⁹⁴ der GUS; die Möglichkeit, dass die GUS-Mitglieder ihre Angelegenheiten zunehmend bilateral untereinander lösen (was hieße, dass Russland „umgangen“ werden könne) – anstatt multilateral eben im Rahmen der GUS; das Fehlen einer Komponente der Supranationalität der GUS (im Gegensatz zur EU); eine mögliche, denkbare, schon eingetretene etc. Erweiterung des Einflusses der USA, der NATO und der EU in der GUS; NATO- und/oder EU-Beitritte von GUS-Mitgliedern; einen Rückgang des wirtschaftlichen Austausches zwischen den GUS-Staaten; eine Ablösung Russlands als Haupthandelspartner der anderen GUS-Mit-

⁹⁴ Pankow, Wladimir: Die postsowjetischen Länder driften auseinander. In: Neue Zürcher Zeitung, 27.5.2008, S. 13.

gliedert durch die EU und/oder die USA; einen Abbau von Energieträgern (und insbesondere Erdöl und -gas) durch Firmen aus der EU und Nordamerika in GUS-Republiken, so dass russische Firmen nicht oder nicht im von Moskau gewünschten Ausmaß zum Zug kämen; ein „Verdrängen“ Russlands aus den Vermittlungsbemühungen um die „frozen conflicts“ in Moldawien (Dnjestr-Gebiet), Georgien (Abchasien und Südossetien) sowie Aserbaidshan (Berg-Karabach) durch die USA, die EU und/oder die NATO.

V.2. Das Kaliningrad-Problem (2002): „Technik“ oder Geopolitik?

Im Sommer 2002 sorgte die Frage des Zugangs russischer Staatsbürger zur russischen Exklave Kaliningrad nach dem EU-Beitritt Litauens und Polens (2004) für einige Aufregung in Russland. Moskau verlangte von der EU, auf jede Visumregelung zu verzichten. Zahlreiche russische Stimmen drohten mit einer „Verlangsamung der Annäherung“ zwischen der EU und Russland oder einer „Verschlechterung der Beziehungen“ und behaupteten, dass von dem Visum-Problem die gesamte „Zukunft der Beziehungen“ zur EU abhängt. Es handle sich, so die klare Mehrheitsmeinung in Moskau, keineswegs „nur“ um eine „technische“ Frage der Ausstellung von Reisedokumenten: Putin erblickte in der Kaliningrad-Frage „ohne jeden Zweifel einen ernsthaften geopolitischen Aspekt“.⁹⁵ Der Kaliningrad-Beauftragte Putins, der nationalistische Hardliner Dmitrij Rogosin (seit Anfang 2008 Vertreter Russlands bei der NATO), der immer wieder grobe und undiplomatische Worte an die Adresse Brüssels fand (die man dort „überhörte“), schlug in die gleiche Kerbe und meinte: „Der Streit um Kaliningrad wächst sich von einer technischen Sache zu einer politischen und weiter zu einer geo-

⁹⁵ Zitiert nach: Ot rešenija problemy Kaliningrada „budet zaviset“ budučaja arhitektura Evropy“, sčitaet D. Rogozin (Von der Lösung des Kaliningrad-Problems „wird die künftige Architektur Europas abhängen“, meint D. Rogozin). In: *Ekonomičeskie novosti Rossii*, 30.6.2002, <<http://www.innov.ru/news/en/2002/07-30.htm>>, abgerufen am 17.1.2008.

politischen aus.“⁹⁶ Damit war klar, dass Moskau der EU eine geopolitische Betrachtungsweise des Problems zuschrieb, von der diese denkbar weit entfernt war und ist. Der Kreml deutete sogar an, dass Putin das Gipfeltreffen EU-Russland im November 2002 absagen könnte. Die EU ließ sich dann auf eine Lösung ein, welche die Schengen-Bestimmungen erheblich relativierte.

V.3. Die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Staatskanzleien in der EU und Nordamerika beachten die SOZ kaum, die Öffentlichkeit praktisch überhaupt nicht. Vereinzelt trifft man Charakterisierungen der SOZ als eines „Klubs von Diktaturen“, d. h. von Ländern mit überwiegend autoritären Realverfassungen. Tatsächlich steht außer Frage, dass die Organisation „does not seek to promote democratic or other political reforms in member states.“⁹⁷

Der Ursprung der SOZ liegt im sicherheitspolitischen Bereich: Ihre Keimzelle war das „Abkommen über die Stärkung des Vertrauens im militärischen Bereich in der Grenzregion“, das Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan (d. h. jene früheren Sowjetrepubliken, die an China grenzen) und China am 26. April 1996 in Schanghai unterzeichneten. Mit einer Deklaration vom 15. Juni 2001 benannte sich die Gruppe in SOZ um; zudem trat ihr Usbekistan bei.⁹⁸

⁹⁶ Ratiani, Natal'ja: Dmitrij Rogozin: „Spor vyrastaet iz techničeskogo v geopolitičeskij“ (Dmitrij Rogosin: „Der Streit wächst sich von einem technischen zu einem geopolitischen aus“) (Interview). In: Izvestija, 18.10.2002, <<http://www.izvestiya.ru/russia/article25373/>>, abgerufen am 18.1.2008.

⁹⁷ Strategic Survey 2006. The IISS Annual Review of World Affairs. London 2006, S. 195.

⁹⁸ Beim SOZ-Gipfel im Juni 2004 in Taschkent nahmen Afghanistan und die Mongolei als Gäste teil. Letztere wurde dabei als Beobachter in die Organisation aufgenommen. Beim SOZ-Gipfel in Astana im Juli 2005 kamen noch der Iran, Pakistan und Indien als Beobachter dazu.

Im April 2002 beschlossen die Chefs der Grenztruppen der SOZ-Mitgliedstaaten im kasachischen Almaty erstmals ein Dokument, das die Vereinigung von Militäreinheiten zur „Erfüllung gemeinsamer Aufgaben in der zentralasiatischen Region“ vorsieht. Dazu meinte eine Moskauer Zeitung: „Auf die Autorenschaft der jetzigen Reformen in der SOZ können mit gleichem Recht die Al-Qaida mit (Osama) bin Laden und die USA mit ihren NATO-Verbündeten Anspruch erheben.“⁹⁹ Damit wurden USA und NATO explizit auf der gleichen Ebene wie eine Terrororganisation angesiedelt.

Zahlreiche russische Stimmen ließen keinen Zweifel an der Hauptaufgabe der SOZ aus der Sicht Moskaus: Sie soll als „Gegengewicht“ zur NATO und v. a. den USA fungieren. Darüber besteht auch ein weitgehender Konsens mit den anderen SOZ-Mitgliedern. Davon zeugte u. a. die von Putin initiierte Abzugsaufforderung an die USA aus dem post-sowjetischen Mittelasien auf dem SOZ-Gipfeltreffen in der kasachischen Hauptstadt Astana Anfang Juli 2005.¹⁰⁰ Selbst eine die Sicherheitspolitik des Kremls sonst wortreich verteidigende Moskauer Zeitung merkte zu Stellungnahmen von Verteidigungsminister Iwanow zu einer angeblichen wichtigen Rolle der SOZ bei der (bei ihren Zusammenkünften stets als zentral bezeichneten) Terrorbekämpfung an: „Es entsteht der Eindruck, dass Terroristen über hochgenaue Marschflugkörper sowie Aufklärungsflugzeuge und -satelliten verfügen und dass jeder Feldkommandeur ein Notebook mit einer Lagedarstellung in Echtzeit hat. So etwas besitzen Terroristen natürlich nicht. Dafür haben die Armee der

⁹⁹ Zitiert nach: Golotjuk, Jurij: Snova sojuzniki. Amerikancy naučili Rossiju cenit' kitajcev (Wieder Verbündete. Die Amerikaner haben Russland gelehrt, die Chinesen zu schätzen). In: Vremja Novostej, 25.4.2002, <<http://www.vremya.ru/print/22460.html>>, abgerufen am 4.2.2008.

¹⁰⁰ Socor, Vladimir: Moscow Hardens Tone to Washington on Central Asia. Eurasia Daily Monitor (The Jamestown Monitor), Volume 2, Issue 139, 19 July 2005. – Am 29. Juli 2005 teilte das usbekische Außenministerium der US-Botschaft in Taschkent mit, dass die amerikanischen Truppen innerhalb von 180 Tagen das Land verlassen müssten. Ende November 2005 zogen die USA ihre letzten Soldaten vom Stützpunkt Chanabad ab. Das war aus russischer Sicht ein wichtiger Erfolg zur Reduzierung von angeblichem oder tatsächlichem amerikanischem Einfluss in Mittelasien.

USA und ihrer NATO-Kollegen alles das und noch viel mehr.“¹⁰¹ Es war daher nur konsequent, dass die SOZ den Wunsch der USA auf Zuerkennung eines Beobachterstatus ablehnte: Schließlich kann nicht gerade jenes Land am Tisch einer Organisation Platz nehmen, gegen das sie gerichtet ist.

Es ist nicht das abstrakte Hauptziel der SOZ „to make a contribution to the security of an important region“,¹⁰² was Moskau – offenkundig nicht erfolglos – der Weltöffentlichkeit vermitteln will. Für Russland ist die SOZ ein Instrument zur Förderung konkreter geopolitischen Ziele. So meinte Putin im August 2007 beim SOZ-Gipfel in Bischkek, dass Russland „wie die anderen (SOZ-)Staaten für eine Stärkung eines multipolaren internationalen Systems eintritt“.¹⁰³ Ein vom Russländischen Institut für strategische Forschungen, das Aufträge für Regierungsinstanzen erfüllt, herausgegebenes Buch meinte sogar, dass die SOZ nach der Zielvorstellung ihrer „Organisatoren“ einer der „Pole“ der Welt werden soll.¹⁰⁴ Es ist daher nur konsequent, wenn sich Moskau bemüht, der SOZ allmählich den Charakter eines auch militärpolitischen Zusammenschlusses zu verleihen. Viele Kommentatoren meinen zwar, dass Peking diesen Bestrebungen eher skeptisch gegenübersteht, doch war in der SOZ von Anfang an eine bestimmte militärische Komponente präsent. Im März 2000 trafen sich die Verteidigungsminister der Mitgliedsländer in Astana zum ersten Mal. Und anlässlich eines Gipfeltreffens der Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer der SOZ notierte eine bekannte

¹⁰¹ Mjasnikov, Viktor: Varšavskij dogovor perekočeval v Aziju (Der Warschauer Vertrag ist nach Asien übersiedelt). *Nezavisimaja gazeta*, 27.4.2006, S. 2.

¹⁰² Ferdinand, Peter: Sunset, sunrise: China and Russia construct a new relationship. In: *International Affairs*, 5/2007, S. 841-867, S. 855.

¹⁰³ Russian President Calls For More Security Cooperation Within ‘Club Of Dictators’. In: *RFE/RL Newslines*, Vol. 11, No. 151, Part I, 16 August 2007, <<http://www.rferl.org/newslines/2007/08/1-RUS/rus-160807.asp>>, abgerufen 4.2.2008.

¹⁰⁴ Komissina, I. N./Kurtov, A. A.: Šanchajskaja Organizacija Sotrudničestva (Die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit). In: Kokarev, K. A. (Hrsg.): *Rossija v Azii: problemy vzaimodejstvija* (Russland in Asien: Probleme des Zusammenwirkens). Moskva 2006, S. 251-316, S. 311.

Moskauer Zeitung am 27. Oktober 2005: „Die bevölkerungsstärkste Regionalorganisation militarisiert sich rasch.“¹⁰⁵

Bisher ist die SOZ kein kollektives Sicherheitssystem, d. h. es fehlt eine Vereinbarung, der zufolge ein Angriff auf ein Mitglied als Aggression gegen alle gewertet wird, die dann auch Unterstützung leisten sollen. Den Großteil ihrer Mittel wendet die SOZ aber für sicherheitsrelevante Fragen auf – und v. a. für die Abhaltung von Militärmanövern,¹⁰⁶ die bevorzugt mit dem populären Etikett „Antiterror“ versehen wurden. Als Beispiel sei etwa „Friedensmission 2007“ im August 2007 in der chinesischen Provinz Sinkiang und dann im russischen Gebiet Tscheljabinsk genannt. Nach Angaben in der russischen Presse waren in Tscheljabinsk 6.500 Mann involviert, von denen das Gastgeberland 4.700 und China 1.700 stellte. Dazu kamen kleinere Einheiten aus Kasachstan und Tadschikistan, ein Zug Spezialpolizisten aus Kirgisien und 20 usbekische Offiziere.¹⁰⁷ Aus Anlass von „Friedensmission 2007“ kontrastierte der Generalsekretär der OVKS, der russische General Nikolaj Bordjuscha, in Stellungnahmen für die Presse SOZ und NATO: Die Übungen hätten bewiesen, dass es außer der NATO noch „andere Kräfte“ gebe, welche „Verantwortung für regionale Sicherheit übernehmen können.“¹⁰⁸ Mit anderen Worten: „Friedensmission 2007“ hatte erheblich mehr mit russischen geopolitischen Interessen denn mit „Terrorbekämpfung“ zu tun. Eine russische Tageszeitung nannte das Manöver denn auch „Teil eines Planes, die SOZ in einen zentralasiatischen militärischen und politischen Block umzuwandeln, um russische Interessen zu schützen und dem wachsenden Einfluss der USA in der Region entgegenzuwirken.“¹⁰⁹ Und

¹⁰⁵ Blinov, Artur: ŠOS – antiNATO. In: Nezavisimaja gazeta, 27.10.2005, <<http://www.ng.ru/printed/62668>>, abgerufen am 2.2.2008.

¹⁰⁶ Marat, Erica: SCO Seeks to Expand, Consolidate After Bishkek Summit. Central Asia Caucasus Analyst, Vol. 9, No. 14, 11 July 2007, S. 6-8.

¹⁰⁷ Nach Gabuev, Alexander: Maneuvers to Outflank US. The Shanghai Cooperation Organization launches military exercises. In: Kommersant', 9.8.2007, <http://www.kommersant.com/p793960/r_527/Shanghai_Maneuvers/>, abgerufen am 10.8.2007.

¹⁰⁸ Plutenko, Jurij: „Našich voennyh učenij dolžny bojatsja terroristy i narkodel'cy, a ne Zapad“ („Unsere Militärübungen müssen Terroristen und Drogenhändler fürchten, aber nicht der Westen“) (Interview). In: Novye Izvestija, 11.9.2007, <<http://www.newizv.ru/news/2007-09-11/75882/>>, abgerufen am 15.12.2008.

¹⁰⁹ Gabuev a. a. O. (9.8.2007).

für den gewöhnlich gut informierten außenpolitischen Analytiker Alexander Golz aus Moskau zeigte „Friedensmission 2007“ die Bereitschaft Russlands und Chinas, „die schwachen und korrupten zentralasiatischen Regimes mit militärischer Gewalt an der Macht zu halten.“¹¹⁰

Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass der Kreml versucht, die von ihm forcierte OVKS, die er als wichtigen Akteur der Weltpolitik betrachtet und behandelt haben will, mit der SOZ zu verbinden. Dazu wurde am 6. Oktober 2007 ein Protokoll über Zusammenarbeit der beiden Organisationen unterzeichnet, das nach Meinung einer üblicherweise sachlich-nüchtern urteilenden Moskauer Wochenzeitschrift „das Fundament eines großen militärpolitischen Blockes legt. Nach Absicht der Initiatoren einer Annäherung von OVKS und SOZ soll es sein Ziel sein, in einem Raum zwischen Belorussland und China das Analog einer eurasischen NATO zu werden, aber mit einem informellen Zentrum in Moskau und mit der Perspektive, ein Gegengewicht zur Nordatlantischen Allianz zu sein.“¹¹¹ Auch Bordjuscha verlangte eine „Vereinigung der Potenziale“ von OVKS und SOZ. Er unterstrich, dass gemeinsame Militärmanöver „natürlich möglich“ sind,¹¹² und machte kein Geheimnis aus den Anstrengungen von OVKS und SOZ, sich gemeinsam anderen Organisationen entgegenzustellen. Eine enge Zusammenarbeit von SOZ und OVKS würde die Moskauer Absichten, den Einfluss der USA und der NATO zu begrenzen oder auch zurückzudrängen, fördern. Und eine Mitgliedschaft des Iran in der OVKS, die Bordjuscha für den Fall eines Aufnahmeantrages zu „prüfen“ versprach, würde seine Organisation zweifellos erheblich aufwerten. Eine künftige Erweiterung der Doppelmitgliedschaften in SOZ und OVKS sowie deren zunehmende Koordination und Kooperation könnten zur Entstehung eines neuen Militärbündnisses führen.

¹¹⁰ Gol'c, Aleksandr: Itogi nedeli. Vse na borbu s terrorizmom! (Ergebnisse der Woche. Alle zum Kampf gegen den Terrorismus!). In: Ežednevnyj žurnal, 17.8.2007, <<http://www.ej.ru/?a=note&id=7339>>, abgerufen am 18.12.2007.

¹¹¹ Strokan', Sergej: Antiamerikanskij futbol (Antiamerikanischer Fussball). In: Kommersant' – Pervyj rejting, 14.1.2008, <<http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=840649>>, abgerufen am 14.1.2008.

¹¹² Plutenko a. a. O.

V.4. Russische Ansprüche im Nordpolargebiet

Im Sommer 2007 erregte eine russische Expedition zum Nordpol nicht nur in Russland selbst Aufmerksamkeit. Die russische Seite erklärte dazu, dass es ihr darum ginge, „wissenschaftliche Beweise dafür zu sammeln, dass das Unterwassergebirge am Nordpol mit dem russischen Festland verbunden ist“.¹¹³ Mit anderen Worten: „Die Politik“ hatte „der Wissenschaft“ vorgegeben, was zu „beweisen“ ist. Die Politisierung der Expedition war offenkundig; Moskau verfolgt in der Arktis „handfeste geopolitische Interessen“,¹¹⁴ konkret: Es erhebt offen Anspruch auf die dort vermuteten bzw. bekannten Lagerstätten an Bodenschätzen (und v. a. Energieträgern). Die Aufstellung einer aus Titan gefertigten russischen Flagge auf dem Meeresboden unter dem Nordpol, d. h. über 4.200 Meter unter der Meeresoberfläche, Anfang August 2007 stellte lediglich eine mediale Begleiterscheinung dar.

Die anderen Anrainerstaaten der Arktis, d. h. die USA, Kanada, Dänemark und Norwegen, gaben sich zwar wenig angetan vom russischen Vorgehen, zeigten gleichzeitig aber wenig Neigung, ihm aktiv(er) entgegenzutreten. Kanadas Außenminister Peter G. MacKay meinte immerhin: „Look, this isn't the 15th century. You can't go around the world and just plant flags and say 'We're claiming this territory'“.¹¹⁵ In der EU und in Nordamerika herrscht aber insgesamt wenig Bewusstsein für den Umstand, dass man jene Bodenschätze, die Russland durch unilaterales Vorgehen in der Arktis an sich bringt, teuer bei ihm wird einkaufen müssen. Verschiedene westeuropäische und nordamerikanische Kommentatoren stellten beunruhigt die Frage, ob nun ein „Kalter Krieg in der Arktis“ drohe. Damit ist nicht zu rechnen – und zwar v. a. deswegen, weil die westlichen Staaten den russischen Ansprüchen nicht nach-

¹¹³ So Außenminister Sergej Lawrow; zitiert nach: Russland erhebt Anspruch auf Rohstoffe in der Arktis. In: Neue Zürcher Zeitung, 3.8.2007, S. 7.

¹¹⁴ Seidler, Christoph: Russen wollen Flagge unterm Nordpol hissen. In: Spiegel Online, 24.7.2007, <<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,496064,00.html>>, abgerufen am 7.8.2007.

¹¹⁵ Zitiert nach: Birch, Douglas: Russia Seeks Glory at North Pole. In: Time, 2.8.2007, <<http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1649434,00.html>>, abgerufen am 10.8.2007.

drücklich entgegengetreten werden, da sie eben einen solchen „neuen Kalten Krieg“ befürchten.

Inzwischen stellt sich das russische Verteidigungsministerium nicht nur auf politische, sondern bereits auch auf militärisch relevante Spannungen im hohen Norden ein. Ende Juni 2008 erklärte General Wladimir Schamanow, Chef der Hauptverwaltung für Kampfausbildung des Ressorts, dass man an die „Konkretisierung der Pläne für die Kampfausbildung von Truppenteilen und -einheiten“ gegangen sei, „die zur Erfüllung von Kampfaufträgen in die Arktis geschickt werden können.“¹¹⁶ – Das bedeutet noch nicht, dass in der nahen Zukunft militärische Auseinandersetzungen um Gebiete drohen, deren Zugehörigkeit zwischen den Nordpol-Anrainerstaaten ungeklärt ist, doch will Moskau offenbar „politische Signale“ aussenden und seine Entschlossenheit demonstrieren.

V.5. Russische Debatten um Alaska

In Russland wird zeitweise über die „Zugehörigkeit“ Alaskas diskutiert, das vom Zarenreich 1867 an die USA verkauft worden war. Die Region wird insbesondere von russischen Nationalisten immer wieder beansprucht. So ist auf dem Parteiemblem der LDPR die Wunschvorstellung von „Russland“ zu sehen, das darin nicht nur alle früheren Sowjetrepubliken umfasst, sondern auch Gebiete, die irgendwann zu Russland gehört haben, so Finnland, Polen und eben Alaska.

Oleg Barabanow, Professor am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), einer Kaderschmiede des Außenministeriums, behauptete, dass Alaska Ansprüche auf die Wrangel-Insel erhoben habe – und daher könnte Russland vom Standpunkt eines „geopolitischen Radikalismus“ auch Alaska zurückverlangen.¹¹⁷ Aus den Positionen des US-Außenministeriums lassen sich allerdings keine Ge-

¹¹⁶ Zitiert nach: Kulikov, Sergej/Mjasnikov, Viktor: Generaly gotovjatsja k vojne za Arktiku. In: Nezavizimaja gazeta, 25.6.2008, <http://www.ng.ru/economics/2008-06-25/1_arktika.html>, abgerufen am 28.6.2008.

¹¹⁷ Věnut' Aljasku? (Interview mit Barabanow), Radio Rossii, 10.10.2007, <<http://www.radiorus.ru/news.html?rid=3252&id=225418>>, abgerufen am 16.1.2008.

bietsansprüche auf die Wrangel-Insel (oder anderes russisches Territorium) herauslesen.¹¹⁸

V.6. Der Export von Energieträgern als Instrument russischer Geopolitik

V.6.1. Erdöl- und Erdgasvorräte

Russland ist vermutlich das an Rohstoffen reichste Land der Welt. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen aus nahe liegenden Gründen Energieträger wie Öl, Gas, Kohle und Uran.

Nach der Ausgabe der BP Statistical Review of World Energy von 2007 machten die erwiesenen weltweiten Erdölreserven mit Ende 2006 1.371,7 Mrd. Fass aus. Davon entfielen 79,5 Mrd. (= 6,6%) auf Russland.¹¹⁹ Das US-Energieministerium nannte andere Zahlen: Demnach betragen die weltweiten Erdölreserven mit 1. Jänner 2007 1.317,4 Mrd. Fass, von denen Russland 60 Mrd. (= 4,55%) besitze.¹²⁰ Russland ist jedenfalls der größte nicht der OPEC angehörende Ölproduzent: BP zufolge bestritt es 2006 12,3% der Weltproduktion.

Angesichts der immer wieder diskutierten Schaffung eines Kartells Erdgas produzierender Länder kommt der Stellung Russlands und des Iran zueinander besondere Bedeutung zu. Die beiden Länder liegen bei

¹¹⁸ Status of Wrangel and Other Arctic Islands. Fact Sheet, Bureau of European and Eurasian Affairs, Washington, DC, 20.5.2003, <<http://www.state.gov/p/eur/rls/fs/20922.htm>>, abgerufen am 16.1.2008.

¹¹⁹ BP Statistical Review of World Energy, June 2007, S. 6, <http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2007/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_report_2007.pdf?bcsi_scan_914C7AC6EF34212A=0&bcsi_scan_filename=statistical_review_of_world_energy_full_report_2007.pdf>, abgerufen am 5.2.2008.

¹²⁰ International Energy Outlook 2007. Energy Information Administration, Office of Integrated Analysis and Forecasting, U.S. Department of Energy, Washington, DC, May 2007, S. 37, <[http://www.eia.doe.gov/oiaf/ieo/pdf/0484\(2007\).pdf?bcsi_scan_914C7AC6EF34212A=0&bcsi_scan_filename=0484\(2007\).pdf](http://www.eia.doe.gov/oiaf/ieo/pdf/0484(2007).pdf?bcsi_scan_914C7AC6EF34212A=0&bcsi_scan_filename=0484(2007).pdf)>, abgerufen am 5.2.2008.

den gesicherten Gasreserven auf den Plätzen 1 und 2 in der Welt: BP zufolge besaß Russland mit Ende 2006 26,3% der Weltgasreserven, der Iran 15,5%.¹²¹ Das US-Energieministerium schrieb Russland 27,2% und dem Iran 15,8% der Weltgasreserven zu.¹²² Russland erzeugte nach BP 2006 21,3%, der Iran 3,7% der Weltproduktion von 2.865,3 Mrd. Kubikmeter Erdgas.¹²³

V.6.2. Eine „Gas-OPEC“?

Die Debatten über die mögliche Einrichtung eines Kartells der wichtigsten derzeitigen und künftigen Erdgasförderländer der Welt, darunter Russland und der Iran, trafen vor 2006 in der europäischen und nord-amerikanischen Politik und Öffentlichkeit kaum auf Interesse. Die Wahrscheinlichkeit der Entstehung und effektiven Wirksamkeit eines solchen Gaskartells wird in Russland unterschiedlich bewertet, doch herrscht immerhin dahingehend weitgehende Einigkeit, dass es großes (welt-)politisches Gewicht hätte. Geopolitiker Dugin setzt sich massiv dafür ein, da Moskau dann in der Lage wäre, „Verbrauchern auf den westlichen und östlichen Ausläufern Eurasiens die Preise und sogar geopolitische Bedingungen zu diktieren.“¹²⁴ Ein solches Kartell würde aus Moskauer Sicht die Position Russlands gegenüber der EU wie auch „renitenten“ GUS-Staaten wie der Ukraine, Moldawien und Georgien stärken.

Nach Angaben des Directorate General for Energy and Transport der Europäischen Kommission bestritt die EU-25 im Jahr 2005 ihren Erdölverbrauch zu 27% und den Gasverbrauch zu 24% durch Lieferungen aus Russland.¹²⁵ Insbesondere die ostmittel- und mitteleuropäischen Mit-

¹²¹ Ebenda, S. 22.

¹²² International Energy Outlook 2007, a. a. O., S. 41.

¹²³ BP Statistical Review of World Energy a. a. O., S. 24.

¹²⁴ Dugin, Aleksandr: Velikij Bližnij Vostok: krach amerikanskich strategij (Der Great Middle East: Zusammenbruch der amerikanischen Strategien), 8.7.2006, <<http://www.evrazia.org/modules.php?name=News&file=article&sid=3167>>, abgerufen am 11.8.2006.

¹²⁵ Piper, Jeff: The EU-Russia Energy Dialogue. European Commission, Brussels 2005, S. 12.

glieder der EU sind stark auf russisches Gas angewiesen. Es ist für sich genommen bedenklich, dass die EU in einer zentralen Frage ihrer ökonomischen Sicherheit, von der große Teile ihrer Wirtschaft und damit der relative Wohlstand ihrer Bürger abhängen, bereits jetzt zu einem erheblichen Teil fremdbestimmt ist. Der Erdgasbedarf der EU dürfte aber bis 2030 nochmals um mindestens 50% ansteigen. Der Gasimport wird sich noch stärker erhöhen müssen, da von einem Rückgang der eigenen Erzeugung auszugehen ist. Allerdings sind sich auch angesehenen Quellen uneinig, ob der Anteil Russlands am Gasmarkt der EU in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu- oder abnehmen wird. Moskau bleibt aber in jedem Fall ein wichtiger Lieferant.

Die technischen Möglichkeiten halten derzeit noch nicht mit dem politischen Willen bestimmter Länder bzw. Interessengruppen zur Schaffung einer veritablen „Gas-OPEC“ Schritt. Mit dem Anteil des Gases, das verflüssigt und mit Tankschiffen zu den Verbraucherländern gebracht wird, wachsen allerdings die Möglichkeiten der Produzenten, über ein solches Gaskartell die Preise zu manipulieren. Preisabsprachen Russlands und des Iran unter Teilnahme von weiteren Gasproduzenten an der südlichen Peripherie der GUS und im Mittleren Osten könnten künftig zu anhaltend hohen Tarifen für die Verbraucher in der EU führen und das dortige Wirtschaftswachstum bremsen, die Arbeitslosigkeit erhöhen und das allgemeine Wohstandsniveau negativ beeinflussen.

V.6.3. Vom „Rohstoff-Anhängsel“ zur „Energiegroßmacht“

In den 1990er Jahren war in Russland ganz allgemein betont worden, dass man auf keinen Fall zu einem „Rohstoff-Anhängsel des Westens“ herabsinken wolle. Dann aber – und v. a. in der zweiten Amtszeit Putins (also seit 2004) – begann man, aus der Not eine Tugend zu machen. Die neuen Groß- und Weltmachtansprüche Russlands sollen sich nach dem Willen der Führung in Moskau nicht nur auf das ansehnliche Militärpotenzial gründen (die russischen Rüstungsausgaben sind im Vergleich der europäischen Industriestaaten sehr hoch), sondern auch und gerade auf das – inoffizielle – Konzept einer „Energiegroßmacht“: Russland will so viele Länder wie möglich in- und außerhalb der GUS zu den

Kunden seiner Erdöl- und Erdgasindustrie machen, die Pipelinesysteme anderer GUS-Republiken (und konkret der Ukraine und Belarus') übernehmen, sich in viele Energieversorgungsunternehmen in- und außerhalb der GUS einkaufen und auch die Lieferkette bis zu den Endverbrauchern kontrollieren. Zudem sollen andere rohstoffreiche GUS-Republiken wie Aserbaidschan, Turkmenien, Kasachstan und Usbekistan ihre Energieträger nach Moskauer Vorstellungen nur über Pipelines exportieren, die russisches Territorium kreuzen. Das bringt Transitgebühren ein und macht Liefer- wie Abnehmerländer vom Kreml abhängig, da dieser die Pipelines im Bedarfsfall leicht unterbrechen könnte. Alle diese Maßnahmen sollen möglichst viele Länder an russische Energieversorger anbinden, was sich bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch in politische Abhängigkeiten umsetzen ließe.

Als die Ukraine gegen Ende 2005 eine Erhöhung des Preises für russisches Erdgas um fast das Fünffache (eine „Strafe“ für die „Orange Revolution“ im Herbst 2004, die Viktor Juschtschenko zum Präsidenten aufsteigen ließ, so dass der prorussische Kandidat Viktor Janukowitsch nicht zum Zug kam) nicht hinnehmen wollte, stellte ihr Moskau Anfang 2006 für kurze Zeit das Gas ab. In den Worten zweier russischer Beobachter wurde Gazprom damit „zur wichtigsten politischen Waffe des Kremls.“¹²⁶

Nach Zählung der Defence Research Agency in Stockholm gab es zwischen 1991 und 2006 mindestens 55 Fälle, da Russland seine Lieferungen von Energieträgern an das Ausland gestoppt oder zumindest damit gedroht hat; davon hatten nur elf keinen politischen Hintergrund.¹²⁷ Auch angesichts dessen sind die anhaltenden Versicherungen verschiedener russischer und westeuropäischer Politiker und Beobachter, dass Russland ein „extrem verlässlicher Partner“ sei, kaum noch nachvollziehbar. Moskau macht nämlich offenkundig längst nicht mehr nur mit *den Preisen* für Erdgas und Erdöl Politik, sondern mit den Liefer-

¹²⁶ Panjuschkin, Waleri/Sygar, Michail: Gazprom. Das Geschäft mit der Macht. München 2008, S. 197.

¹²⁷ Larsson, Robert L.: Nord Stream, Sweden and Baltic Sea Security. Defence Research Agency, Stockholm 2007, S. 80f.

ungen dieser Energieträger *als solche*. Das betrifft bisher in erster Linie die GUS: Russland verwendet sein Gas als politisches Druckmittel gegen – aus verschiedenen Gründen – politisch „unbotmäßige“ Staaten wie die Ukraine, Moldawien, Georgien und Belarus¹²⁸. Wladimir Milow, der u. a. aus seiner Zeit als stellvertretender Energieminister Russlands (Mai bis Oktober 2002) die Energiepolitik seines Landes gut kennt, warnte Europa vor einer russischen Nutzung energiepolitischer Abhängigkeiten „auch zu politischen Zwecken.“¹²⁹ Eine Studie der NATO kam im Herbst 2006 zu dem Schluss, dass „Russia was seeking to use energy policy to pursue political ends, particularly in dealings with neighbours such as Georgia and Ukraine.“¹³⁰ Ein unmittelbarer Beitrag des Nordatlantikpakts zur Lösung oder Entschärfung des Problems ist allerdings nicht zu sehen, und auch die Möglichkeiten der EU sind vorerst begrenzt.

In Brüssel und in einigen EU-Mitgliedstaaten setzte anlässlich der russisch-ukrainischen Gaskontroverse 2005/2006 eine Debatte um die künftige Versorgung mit Energieträgern ein, die jedoch nicht zu rasch implementierbaren Entscheidungen über eine spürbare Verringerung der Abhängigkeit von Zulieferungen aus der GUS (und anderen akuten oder potenziellen Krisengebieten in Afrika und im Nahen Osten) führen dürfte. Dennoch warnten Moskauer Spitzenfunktionäre (von Putin abwärts) Brüssel unverzüglich sowohl vor Alternativen zu russischen Versorgern wie auch vor der Errichtung von angeblichen oder tatsächlichen Hindernissen für russische Unternehmen bei ihrer Expansion auf europäischen Märkten, die zu einer Umorientierung auf Ostasien führen könne.

¹²⁸ Ende 2006/Anfang 2007 kam es zu einer Krise um den Erdgaspreis zwischen Gazprom und Belarus, dessen autoritär regierender Präsident Alexander Lukaschenko die von Moskau verlangte Preiserhöhung von 47 auf 200 Dollar für 1.000 Kubikmeter Gas nicht akzeptieren wollte. Im Jänner 2007 war die über Belarus führende Pipeline „Druzhba“ („Freundschaft“), die russisches Erdöl nach Polen und Deutschland transportiert, für kurze Zeit unterbrochen.

¹²⁹ „Wir spüren bereits die Engpässe“ (Interview mit Wladimir Milow). In: Focus, 34/2006, S. 144.

¹³⁰ Dombey, Daniel/Buckley, Neil/Hoyos, Carola: Nato fears Russian plans for ‘gas Opec’. In: Financial Times, 13.11.2006, <http://www.ft.com/cms/s/0/af125540-7358-11db-9bac-0000779e2340.html?nclink_check=1>, abgerufen am 2.9.2008.

Nicht nur der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, sondern auch nicht wenige andere einflussreiche Stimmen in Westeuropa wandten sich selbst gegen vorsichtige Kritik nicht nur der europäischen Politik, sondern auch der Medien an der zunehmend autoritären Politik Putins oder an seinem Krieg in Tschetschenien (mit Zehntausenden Toten und Hunderttausenden Flüchtlingen), weil das angesichts der unverzichtbaren Lieferungen russischer Energieträger kontraproduktiv sei. Gleichzeitig wird – mitunter von den gleichen Kommentatoren – eine „einseitige Abhängigkeit“ der EU von Russland bestritten und eine „gegenseitige Abhängigkeit“ behauptet, da Moskau auf die Einnahmen aus dem Export in die EU angewiesen sei und Öl- und Gasströme angesichts des Fehlens ausreichender Pipelinekapazitäten nicht einfach in kurzer Zeit z. B. nach China umgeleitet werden könnten. Letzteres ist zwar unbestreitbar, doch bleibt dann offen, warum das Selbstbewusstsein der Kreml-Führung mit den Gaspreisen stetig zu steigen scheint, während die Staats- und Regierungschefs der EU – auch und gerade bei Gipfeltreffen mit Putin – unentschlossen oder sogar eingeschüchtert, jedenfalls aber uneinig wirken. Die in den Außenministerien einiger EU-Mitgliedsländer angestrebte „Annäherung durch Verflechtung“ mit Russland auch und gerade im Energiebereich impliziert eine Logik, die von der Denk- und Handlungsweise der gegenwärtigen russischen Elite weit entfernt ist und zudem die Frage ignoriert, wie erstrebenswert grundsätzlich die „Verflechtung“ einer Gemeinschaft von demokratischen Staaten (wie es die EU zu sein beansprucht) mit einem von einem zunehmend autoritären und national-konservativen Regime regierten Land wie Russland ist, dessen Wirtschaft zudem „in den internationalen Ranglisten als eine der korruptesten der Welt geführt wird.“¹³¹

In seiner 2003 verabschiedeten Energie-Strategie lässt Russland keinen Zweifel an der Absicht, Energie für geo- und sicherheitspolitische Zwecke nutzbar zu machen.¹³² Das Dokument bezeichnet den „Energie-

¹³¹ Beste, Ralf/Dohmen, Frank/Sauga, Michael/Schepp, Matthias: Die Russen kommen. In: Der Spiegel, 41/2006, S. 24-28, S. 25.

¹³² Leijonhielm, Jan/Larsson, Robert L.: Russia's Strategic Commodities: Energy and Metals as Security Levers. Swedish Defence Research Agency. Stockholm 2004, S. 11.

Faktor“ als eines der „Basiselemente der russischen Diplomatie“. Zu deren Grundaufgaben gehören die „außenpolitische Sicherstellung der Realisierung der Energie-Strategie“ und eine „Unterstützung der Interessen der russischen Treibstoff- und Energiegesellschaften im Ausland.“ Weiters zählt das Dokument die „Sicherung der politischen Interessen Russlands in der Welt“ durch den Einsatz der Ölkonzerne und die „Sicherung der politischen Interessen Russlands in Europa und in den angrenzenden Staaten sowie in der Region Asien/Stiller Ozean“ im Gasbereich zu „strategischen Zielen“.¹³³

Diese wiederum sind offenbar auch und gerade geopolitisch bedingt und motiviert. Die bekannte Moskauer außen- und sicherheitspolitische Analytikerin Lilija Schewzowa sprach von einer „Energie-Geopolitik“,¹³⁴ und Russlands Außenminister Sergej Lawrow postulierte einen Konnex zwischen Russlands Energiepolitik und der Herstellung einer „multipolaren Welt“: „Die Entstehung neuer globaler Einfluss- und Wachstumszentren, eine gleichmäßigere Verteilung von Ressourcen für Entwicklung und Kontrolle über Umweltreichtümer legt die materielle Grundlage für eine multipolare Weltordnung.“¹³⁵ Eine Publikation der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums nannte die Ölkonzerne offen „eine zusätzliche Waffe der Geopolitik“ Russlands,¹³⁶ und in den Worten der besten Wirtschafts-Tageszeitung Russlands betrachtet der Kreml Gas als „strategisches Gut und geopolitische Ressource“, die in vielerlei Hinsicht den Platz des Landes in der heuti-

¹³³ Energetičeskaja strategija Rossii na period do 2020 goda. Utverždena rasporjaženiem Pravitel'stva Rossijskoj Federacii ot 28 avgustja 2003 (Die energiewirtschaftliche Strategie Russlands für den Zeitraum bis 2020. Bestätigt durch eine Verordnung der Regierung der Russländischen Föderation vom 28. August 2003), <<http://www.minprom.gov.ru/docs/strateg/1/print>>, abgerufen am 19.1.2008.

¹³⁴ Ševcova, Lilija: Russlands Wille zur Weltmacht. In: Osteuropa, 4/2007, S. 33-52, S. 37.

¹³⁵ Lavrov, Sergej: Vnešnepolitičeskaja samostojatel'nost' Rossii – bezuslovnyj imperative (Die außenpolitische Selbstständigkeit Russlands ist ein unbedingter Imperativ). In: Moskovskie novosti, 1/2007, 19.1.2007, <<http://www.mn.ru/issue.php?2007-1-56>>, abgerufen am 19.1.2008.

¹³⁶ Matjaš, V. N.: Rossija – SŠA: Neft' i geopolitika. Politologičeskij analiz (Russland – USA: Erdöl und Geopolitik. Eine politologische Analyse). Diplomatičeskaja Akademija MID Rossii / Institut aktual'nych meždunarodnych problem. Moskva 2004, S. 111.

gen Welt bestimme.¹³⁷ Daher kommt dem Gasmonopolisten Gazprom, einem der größten Energieversorger der Welt, bei der „neuen Energieaußenpolitik“¹³⁸ Russlands auch jenseits der Grenzen der früheren UdSSR eine zentrale Bedeutung zu. In der russischen Presse wird die außenpolitische Bedeutung von Gazprom, das etwa ein Viertel der weltweiten Erdgasreserven kontrolliert und 94% des russischen Gases – das sind 16% des globalen Outputs – produziert, mitunter mit den Kernwaffen Russlands verglichen.¹³⁹ Manche mit den Verhältnissen in Russland vertraute westliche Beobachter kamen zu dem Schluss, dass das oberste Unternehmensziel von Gazprom „nicht Profit, sondern politische Schlagkraft“ sei.¹⁴⁰ Die Geschäftspolitik des Konzerns entwickelt sich denn auch in enger Abstimmung mit dem Kreml.¹⁴¹ Hohe Preise für Öl- und Gas kommen nicht nur dem russischen Staatsbudget zugute, das sich maßgeblich auf den Export dieser beiden Energieträger stützt, sondern auch jenen dem Kreml nahe stehenden Geschäftseliten, die sie fördern und absetzen. Der bekannte russische außen- und sicherheitspolitische Kommentator Andrej Piontkowskij meinte, dass Russland de facto von einem Kreis aus zehn bis 15 Personen regiert werde, die persönliche Interessen im Ölgeschäft hätten und daher an möglichst hohen Ölpreisen interessiert seien.¹⁴² Selbst die stets betont zurückhaltend formulierende BBC (und konkret der Chefredakteur des Moskauer Büros ihres Russian Service) schrieb Moskau Interesse an – hohe Öl- und Gaspreise wahrscheinlicher machender – Instabilität im Nahen

¹³⁷ Osnovnoj tovar geopolitiki (Die Hauptware der Geopolitik). In: Kommersant', 22.11.2006, S. 8.

¹³⁸ Lindner, Rainer: Blockaden der „Freundschaft“. SWP-Aktuell 3/2007, S. 1.

¹³⁹ Savickij, Andrej: Kogda lopnet puzyr' (Wenn die Blase platzt). In: Nezavisimaja gazeta, 3.2.2003, <http://www.ng.ru/economics/2003-02-03/1_gazprom.html>, abgerufen am 31.1.2007.

¹⁴⁰ Reitschuster, Boris: Putins Demokratie. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt. Berlin 2006, S. 262.

¹⁴¹ Äußerer Ausdruck dieses Umstandes ist etwa, dass Dmitrij Medwedjew, den Putin Ende 2007 zu seinem Nachfolger designierte, hohe Funktionen im Rat der Direktoren von Gazprom bekleidete: 2000-2001 Vorsitzender, 2001-2002 stellvertretender Vorsitzender und dann bis 2008 wieder Vorsitzender.

¹⁴² Piontkovskij, Andrej: Čuma na oba naši doma (Die Pest auf unsere beiden Häuser). Grani.ru, 31.8.2006, <www.grani.ru/politics/world/p.110722.html>, abgerufen 5.2. 2008.

Osten zu.¹⁴³ Möglicherweise damit im Zusammenhang steht die Beobachtung einer bekannten Fachzeitschrift, wonach sich die russischen Waffenexporte auf rohstoffreiche Regionen in Afrika und im Mittleren Osten konzentrieren.¹⁴⁴ Russland war bzw. ist denn auch einer der wichtigsten Waffenlieferanten des Sudan, von Saddam Husseins Irak, Syriens und des Iran.

V.7. Der Iran in russischen geopolitischen Szenarien

Das erste postsowjetische Programm der LDPR rechnete den Iran (wie auch Afghanistan und die Türkei) einer „politischen und wirtschaftlichen Einflusszone“ Russlands zu.¹⁴⁵ Der LDPR-Politiker Alexej Mitrofanow wollte Teheran unbedingt zum strategischen Partner Russlands im Mittleren Osten machen und bei der Herstellung eines aus dem Iran, Nordafghanistan und Tadschikistan bestehenden „Großpersien“ helfen, weil damit „eine Einmischung der USA“ in Angelegenheiten des Mittleren Ostens ausgeschlossen werde.¹⁴⁶

In Dugins Buch „Grundlagen der Geopolitik“ heißt es, dass „dem Iran die unmittelbare Sorge Moskaus in der islamischen Welt gelten muss. Vom Bündnis mit ihm hängen die lebenswichtigen strategischen und sogar eng ethnischen Interessen der Russen ab.“¹⁴⁷ Eine „Achse Moskau-Teheran“ sei eine Grundlage des eurasischen geopolitischen Pro-

¹⁴³ Eggert, Konstantin: Vozvraščenie ili turpoezdka? (Rückkehr oder Reise?). BBC Russian.com, 4.8.2006, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid_5244000/5244282.stm>, abgerufen am 2.9.2008.

¹⁴⁴ Vatanka, Alex/Weitz, Richard: Russian roulette. Moscow seeks influence through arms exports. In: Jane's Intelligence Review, 1/2007, S. 37-41.

¹⁴⁵ Obraščenie Vladimira Žirinovskogo, Predsedatelja Liberal'no-Demokratičeskoj partii Rossii k členam LDPR i sočuvstvujuščim. Programma Liberal'no-Demokratičeskoj partii Rossii. Ustav LDPR (Aufruf von Wladimir Schirinowskij, des Vorsitzenden der Liberal-demokratischen Partei Russlands an die Mitglieder und Sympathisanten der LDPR. Das Programm der Liberal-demokratischen Partei Russlands. Das Statut der LDPR). Moskva o. J., S. 9.

¹⁴⁶ Mitrofanov, Aleksej: Šagi novoj geopolitiki (Schritte einer neuen Geopolitik). Moskva 1997, S. 226f.

¹⁴⁷ Dugin a. a. O. (1997), S. 246.

jekts. „Der iranische Islam ist die beste Version des Islam für den Eintritt in den kontinentalen Block, und gerade diese Version muss von Moskau prioritär unterstützt werden.“ Die „Achse Moskau-Teheran“ hebe „alle Widersprüche zwischen Russophilie und Islamismus vom iranischen Typ auf, macht aus ihnen ein und dieselbe geopolitische Tendenz.“¹⁴⁸ Diese Formulierung verweist auch auf den Umstand, dass der Iran von der in weiten slawischen Bevölkerungsteilen Russlands herrschenden Islamophobie (die sich oft mit scharfer Ablehnung von Kaukasiern überschneidet) ausgenommen ist. Im Iran stießen solche und ähnliche Überlegungen naturgemäß auf offene Ohren. So diskutierten Vertreter der Verteidigungsministerien der beiden Länder eine „Achse Moskau-Teheran-New Delhi“ mit „Abzweigungen“ nach Jerewan (Armenien) und Duschanbe (Tadschikistan).¹⁴⁹

Das postsowjetische Bemühen Moskaus um enge Beziehungen zum Iran lässt sich in den historischen Kontext des Strebens bereits des zaristischen Russlands und (nach 1945) der UdSSR an ein „warmes Meer“ (d.h. den Indischen Ozean) stellen, das sich u. a. in der Afghanistan-Intervention (1979-1989) sowie in aktiver Bündnispolitik in Ostafrika, Süd- und Südwestasien (mit Einrichtung verschiedener Stützpunkte) manifestiert hatte. Schirinowskijs „letzter Sprung in den Süden“¹⁵⁰ steht letztlich ebenso in dieser Tradition wie Dugin, der meinte, dass eine „Achse Moskau-Teheran“ viele Probleme für sein imaginiertes „Neues Imperium“ unter russischer Führung löse: „Indem man den Iran in den südlichen Pol des Imperiums einbezieht, würde Russland augenblicklich jenes strategische Ziel erreichen, zu dem es ... einige Jahrhunderte strebte – den Zugang zu warmen Meeren.“¹⁵¹ Dugin hofft insbesondere auf russische Marinebasen im Iran. Die „strategische Integration“ im

¹⁴⁸ Ebenda, S. 244, 242.

¹⁴⁹ Russia Reportedly Seeking Strategic Axis, Military Production Cooperation. BBC Monitoring, 3.1.2001, Excerpt from report by London-based newspaper Al-Sharq al-Awsat on 29 December (2000).

¹⁵⁰ So der Titel eines 1993 erschienenen Buches, in dem er das geopolitische Phantasieszenario einer russischen Expansion in Richtung Indischer Ozean zeichnete, wo russische Soldaten schließlich ihre Stiefel waschen würden; Žirinovskij, Vladimir: Poslednij brodok na jug (Der letzte Sprung in den Süden). Moskva 1993.

¹⁵¹ Dugin a. a. O. (1997), S. 241.

GUS-Raum, die Dugins Bewegung „Eurasien“ in eine „Eurasische Union“ (ein „Analog der UdSSR auf einer neuen ideellen, ökonomischen und administrativen Grundlage“) überführen will, müsse sich auf eine „Achse Moskau-Teheran-Delhi-Peking“ ausweiten.¹⁵²

„Eurasien“ unterscheidet in programmatischen Deklarationen einen „amerikanischen Gürtel“ (Nord- und Südamerika), einen „euro-afrikanischen Gürtel“ (Europa westlich der GUS, Afrika und der Nahe Osten), „einen Pazifischen Gürtel“ (Ost- und Südostasien, Australien) sowie einen „Eurasischen Gürtel“ (mit Russland und der GUS, Indien etc. und dem Iran).¹⁵³ In Dugins Vision „delegiert“ Moskau als „Zentrum Eurasiens“ im Rahmen des „Neuen Imperiums“ an Teheran eine „Führung der ‚iranischen Welt‘“ und die „Einrichtung eines mittelasiatischen geopolitischen Blocks“, der dem „atlantischen Einfluss in der ganzen Region“ ebenso wie der „pantürkischen Expansion“ entgegenwirken solle.¹⁵⁴ Wenn sich Aserbaidshan nicht von Ankara auf Teheran umorientiere, sei es zwischen dem Iran, Russland und Armenien aufzuteilen.¹⁵⁵

¹⁵² Evrazijskij vzgljad a. a. O., S. 14.

¹⁵³ Ebenda, S. 44.

¹⁵⁴ Dugin a. a. O. (1997), S. 242.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 243.

VI. Die Rolle der Kernwaffen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands

VI.1. Atomwaffen als politisches und militärisches Instrument

Russland betrachtet sein Atomarsenal nicht nur als militärisches Instrument für den derzeit und in der überschaubaren Zukunft wenig wahrscheinlichen Fall eines Atomkrieges, sondern auch als politischen „Hebel“. Zahlreiche russische Politiker, Militärs und Medien zeigen sich immer wieder davon überzeugt, dass es einzig und alleine die Kernwaffen sind, die den Westen davon abhalten, gegen Russland militärisch zu intervenieren (etwa wegen des Tschetschenien-Krieges, auch wenn dieser in Westeuropa und Nordamerika spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA aktiv oder passiv unterstützt wird).

In den „Grundbestimmungen der Militärdoktrin der Russländischen Föderation“ von 1993 hieß es, dass Russland seine Kernwaffen gegen keinen Staat einsetzen werde, der Teilnehmer des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 ist und über keine Kernwaffen verfügt, „außer im Falle a) eines bewaffneten Überfalls auf die RF, ihr Territorium, ihre Streitkräfte und andere Truppen oder ihre Verbündeten durch einen solchen Staat, der durch ein Bündnisabkommen mit einem Staat verbunden ist, der über Kernwaffen verfügt; b) gemeinsamer Handlungen eines solchen Staates mit einem Staat, der über Kernwaffen verfügt, zur Durchführung oder Unterstützung eines Eindringens in oder eines bewaffneten Überfalls auf die RF, ihr Territorium, ihre Streitkräfte und andere Truppen oder ihre Verbündeten“. Ganz ähnlich lautet die Formulierung in der erneuerten Militärdoktrin von 2000. – Damit wird eine Anwendung von Kernwaffen nicht nur als Reaktion auf einen atomar ausgeführten Angriff, sondern auch als Ersteinsatz für den Fall angedroht, dass ein Angriff mit konventionellen, chemischen und biologischen Waffen erfolgt.

Einschlägig bedeutende Aussagen erhält auch die Konzeption der nationalen Sicherheit. Dabei kam es in der Fassung von 2000 gegenüber der Variante von 1997 nach allgemeiner Auffassung der Beobachter zu einer Senkung der Schwelle für einen Atomwaffeneinsatz: Während es in der Fassung von 1997 hieß, dass er bei einer „Bedrohung für die Existenz Russlands als souveräner Staat“ erfolgt, wurde er 2000 für den Fall vorgesehen, dass bei der „Abwehr einer bewaffneten Aggression alle anderen Maßnahmen zur Krisenbeilegung ausgeschöpft wurden oder sich als uneffektiv erwiesen“ hätten.

Die Militärdoktrin von 2000 lässt keinen Zweifel daran, dass Russland in lokalen Kriegen wie auch internationalen militärischen Konflikten eine „Neutralisierung des Aggressors“ und eine Regelung zu Bedingungen erreichen müsse, die seinen Interessen entsprechen. – Das impliziert offenkundig die Vorstellung von der Gewinnbarkeit eines jeden Krieges.

VI.2. Atomstrategische Abrüstung

Am 24. Mai 2002 unterzeichneten Putin und sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush den „Treaty between the United States and the Russian Federation on Strategic Offensive Reductions“, der den beiden Ländern bis 31. Dezember 2012 je 1.700 bis 2.200 Atomsprengköpfe zugesteht. Jede Vertragspartei hat das Recht, Zusammensetzung und Struktur ihrer Offensivwaffen frei zu bestimmen. Washington hatte zunächst überhaupt keinen Vertrag gewollt und eine unverbindliche Übereinkunft für ausreichend gehalten, doch setzte sich Moskau mit seiner Forderung nach einem verbindlichen Dokument durch. Wenn es implementiert wird, hätte Russland eine Abrüstung der USA auf ein Niveau erreicht, das es sich leichter leisten kann. Die USA hätten nämlich kaum Probleme, den vom (Ende 2001 für erfüllt erklärten und im neuen Vertrag bestätigten) START-I-Vertrag von 1991 gesetzten Rahmen von 6.000 Sprengköpfen voll auszuschöpfen, was aber für Russland wirtschaftlich schwieriger zu verkraften wäre. Die USA erkannten jedenfalls mit diesem Vertrag grundsätzlich (erneut) das von Moskau auch nach dem Ende der UdSSR entschieden verfochtene Prinzip der „atom-

strategischen Parität“ zwischen den beiden Ländern an, obwohl sie aufgrund ihres Wirtschaftspotenzials zweifellos mehr strategische Atomwaffen unterhalten könnten als Russland.

„Strategic Offensive Reductions“ enthält keinerlei Bestimmungen allgemein zur Verifikation oder konkret zur Zählweise der Sprengköpfe. Russische Kritik an dem Dokument bezog sich insbesondere auf den Umstand, dass keine Vernichtung demontierter Sprengköpfe vorgesehen ist, so dass beliebig viele für eine spätere Reaktivierung eingelagert werden können. Dafür trat Russland am Tag nach dem formalen Ausscheiden der USA aus dem ABM-Vertrag (13. Juni 2002) aus dem Anfang 1993 unterzeichneten START-II-Vertrag aus und entledigte sich damit des dort verankerten Verbots von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) auf landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM).

VI.3. Die Zukunft der strategischen Nuklearkräfte Russlands

Die bekannte Fachzeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientists“ schätzte, dass Russland Anfang 2007 ca. 5.670 einsatzfähige Atomsprengköpfe, davon 3.339 strategische und 2.330 nichtstrategische, besaß. Dazu kamen 9.300, die in Reserve gehalten wurden oder auf ihre Zerlegung warteten. Damit belief sich das russische Atomarsenal insgesamt auf etwa 15.000 Sprengköpfe. Demgegenüber hatten die USA Anfang 2007 5.021 aktive strategische Sprengköpfe, davon 1.050 auf ICBM, 2.016 auf seegestützten Interkontinentalraketen (SLBM) und 1.955 auf Bombern. Dazu kamen noch 500 nichtstrategische Sprengköpfe. Ca. 4.230 Sprengköpfe befanden sich in Lagern und warteten auf ihre Zerlegung. Damit verfügten die USA über ca. 10.000 Sprengköpfe.¹⁵⁶

¹⁵⁶ Natural Resources Defense Council (2007b): U.S. nuclear forces, 2007. In: Bulletin of the Atomic Scientists, No. 2/2007, S. 79-82.

Tabelle 1: Die Entwicklung des strategischen Atomarsenals Russlands (Sprengköpfe)

	2007	2012	2020
ICBMs	1.843	665	254
SLBMs	624	600	744
Bomber	872	788	728
Summe	3.339	2.053	1.726

Quelle: Natural Resources Defense Council (2007a): Russian nuclear forces, 2007. In: Bulletin of the Atomic Scientists, No. 2/2007, S. 61-64.

Diese Tabelle enthält für 2012 und 2020 Schätzungen für den Fall, dass die ICBM vom Typ Topol-M nur je einen Sprengkopf tragen. Allerdings kündigte der Kommandeur der Strategischen Raketentruppen, Generaloberst Nikolaj Solowzow, im Dezember 2006 und nochmals im Mai 2007 an, die Topol-M nach dem Auslaufen des START-Vertrages 2009 mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausstatten zu wollen. Wenn nun die Topol-M je drei MIRV erhalten, dürfte Russland 2015 ca. 2.210 einsatzbereite strategische Sprengköpfe besitzen.¹⁵⁷

Russische Politiker und Militärs lassen keinen Zweifel an dem Umstand, dass sie in nuklearstrategischer Hinsicht nach wie vor die USA als ihr Referenzland (und nicht etwa Mittelmächte wie Großbritannien, Frankreich, China oder Indien) betrachten, gegenüber dem sie nicht ins Hintertreffen geraten wollen und das es „abzuschrecken“ gilt. Im Juni 2008 meinte Finanzminister Alexej Kudrin wörtlich, dass „Russland als einziges Land der Welt die atomare Parität mit den USA“ gewährleiste. „Solange es diese Parität gibt, beginnt kein Atomkrieg.“ Die anderen Kernwaffenmächte wie Frankreich oder China könnten keine atomare Parität mit den USA gewährleisten; dies sei eine „Mission Russlands“. Deshalb, so Kudrin, entfallen rund 30 Prozent der Gesamtausgaben des russischen Haushalts auf Sicherheits- und Verteidigungsausgaben.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Kristensen, Hans: Russian Nuclear Forces 2007. Updated May 9, 2007, <http://www.fas.org/blog/ssp/2007/04/article_russian_nuclear_forces.php>, abgerufen am 12.12.2008.

¹⁵⁸ Zitiert nach: Vizepremier: Russland verhindert Atomkrieg durch atomare Parität mit USA. RIA Novosti, 25.6.2008, <<http://de.rian.ru/safety/20080625/112111374.html>>, abgerufen am 26.6.2008.

Zahlreiche hohe und höchste Funktionsträger von Putin abwärts verlangen immer wieder die gesicherte Fähigkeit, „jeden potenziellen Aggressor zu vernichten, welche modernen Waffensysteme dieser Aggressor auch besitzt“¹⁵⁹ – eine klare Anspielung auf die USA.

¹⁵⁹ Putin, Vladimir: Zaključitel'noe slovo na soveščanii rukovodjaščego sostava Vooružennyh Sil. Moskva, Ministerstvo oborony (Abschlusswort bei der Versammlung der Führung der Streitkräfte. Moskau, Verteidigungsministerium), 16.11.2006, <<http://www.kremlin.ru/text/appears/2006/11/113890.shtm>>, abgerufen am 25.4.2006.

Abkürzungsverzeichnis

ABM	Anti-Ballistic Missile
BBC	British Broadcasting Corporation
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
CIS	Commonwealth of Independent States
FAPSI	Federal'noe Agentstvo Pravitel'stvennoj Svjazi i Informacii (Föderale Agentur für Regierungs-Fernmeldewesen und Information)
FSB	Federal'naja Služba Bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
FSK	Federal'naja Služba Kontrrazvedki (Föderaler Dienst für Gegenspionage)
FSO	Federal'naja Služba Ochrany (Föderaler Schutzdienst)
G-15	Group of 15
GRU	Glavnoe Razvedyvatel'noe Upravlenie (Hauptverwaltung für Aufklärung)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IRNA	Islamic Republic News
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPRF	Kommunističeskaja Partija Rossijskoj Federacii (Kommunistische Partei der Russländischen Föderation)
LDPR	Liberal'no-demokratičeskaja Partija Rossii (Liberal-demokratische Partei Russlands)
MGIMO	Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij (Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen)
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

OVkS	Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit
RF	Rossijskaja Federacija (Russländische Föderation)
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
SLBM	Submarine-launched ballistic missiles
SOZ	Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit
START	Strategic Arms Reduction Talks
SVR	Služba Vnešnej Razvedki (Dienst für Auslandsaufklärung)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
VkS	Vertrag über kollektive Sicherheit
VKSE	Vertrag über konventionelle Rüstung in Europa